



universität  
wien

# Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

“Solvency II – Regulierung in der Lebensversicherung  
(EU Vergleich)”

Verfasserin

**Marija Nikolic**

angestrebter akademischer Grad

**Magistra der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften**  
**(Mag. rer. soc. oec.)**

Wien, im April 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 157

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Internationale Betriebswirtschaft

Betreuer:

o. Univ.- Prof. Dr. Jörg Finsinger

## **Eidesstattliche Erklärung**

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, am 16.04.2008

Nikolic Marija

***Meinen Eltern.***

***„Nema ljepšeg zadatka nego što je omogućiti nekom razvitak,  
pomoći čovjeku u njegovoj težnji za usponom“...***

*( Ivo Andric, Znakovi pored puta)*

***Beskrajnu zahvalnost dugujem svojim roditeljima za nesebičnu  
ljubav i podršku koje su me pratile svih ovih godina...***

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung und Problemstellung .....</b>	<b>8</b>
1.1. Einleitung .....	8
1.2. Problemstellung.....	9
<b>2. Lebensversicherung.....</b>	<b>11</b>
2.1. Begriffsdefinition .....	11
2.2. Historisch von A bis Z.....	14
2.3. Die Formen der Lebensversicherung .....	18
<b>3. Risikobegriff.....</b>	<b>19</b>
3.1. Definition .....	19
3.2. Risikoarten .....	20
3.2.1. Versicherungstechnische Risiken (Technical Risks) .....	21
3.2.2. Kapitalanlagerisiken (Investmentsrisks) .....	24
3.2.3. Sonstige Risiken (Non-technical risks).....	26
3.3. Das Risikomanagement .....	27
<b>4. Rechtliche Grundlagen.....</b>	<b>31</b>
4.1. EG-Richtlinien .....	31
4.1.1. Die 1. Generation .....	31
4.1.2. Die 2. Generation .....	32
4.1.3. Die 3. Generation .....	32
<b>5. Versicherungsaufsicht auf der europäischen Ebene.....</b>	<b>34</b>
5.1. Solvency I .....	37
5.2. Versicherungsaufsichtssystem in Österreich .....	39
5.2.1. Eigenmittelausstattung.....	39
5.2.1.1. Eigenmittelbestimmung in der Lebensversicherung.....	42
5.2.1.2. Intervention seitens der österreichischen Finanzmarktaufsichtsbehörde .....	45
5.2.2. Auswirkungen auf das österreichische Aufsichtssystem nach der Umsetzung der EU-Richtlinie .....	46

5.2.3. Stand der österreichischen Versicherungswirtschaft.....	48
<b>5.3. Versicherungsaufsichtssystem in Deutschland.....</b>	<b>50</b>
5.3.1. Solo-Solvabilitäts-Aufsicht.....	52
5.3.1.1. Aufsicht über die Solvabilität von Versicherungsunternehmen – Rechtliche Grundlagen .....	52
5.3.1.2. Eigenmittelbestimmungen in der Lebensversicherung.....	52
5.3.1.3. IST-Solvabilität.....	52
5.3.2. Solo-Plus-Aufsicht.....	53
5.3.2.1. Solvabilitätskonzept für Versicherungsgruppen und –konzerne.....	53
5.3.2.2. Methoden der Ermittlung der bereinigten Solvabilität.....	55
5.3.3. Vermögensanlage .....	56
5.3.4. Aufsicht über die Solvabilität von Rückversicherungs- unternehmen .....	59
<b>5.4. Alternative Aufsichtsmodelle .....</b>	<b>61</b>
<b>5.5. Kommentar .....</b>	<b>65</b>
<b>6. Solvency II.....</b>	<b>67</b>
6.1. Warum Solvency II?.....	67
6.1.1. Lamfalussy-Prozess.....	69
<b>6.2. Die Kernpunkte von Solvency II .....</b>	<b>71</b>
6.2.1. Die Phasen von Solvency II .....	74
6.2.2. Zeitplan des Projekts.....	77
<b>6.3. Drei-Säulen-System.....</b>	<b>80</b>
6.3.1. Erste Säule – Kapitalanforderung .....	81
6.3.2. Zweite Säule – Supervisory Review Process.....	87
Exkurs: Säule II – Governance (Design und Umsetzung) anhand des Beispiels Versicherungsunternehmens „Allianz“ .....	91
6.3.3. Dritte Säule – Marktdisziplin und Veröffentlichungspflichten.....	92
<b>7. Rechnungslegungsvorschriften .....</b>	<b>95</b>
<b>8. Schlusswort .....</b>	<b>99</b>
<b>9. Literaturverzeichnis.....</b>	<b>101</b>
<b>10. Anhang A.....</b>	<b>109</b>

<b>11. Anhang B.....</b>	<b>117</b>
<b>A) Zusammenfassung.....</b>	<b>118</b>
<b>B) Curriculum Vitae.....</b>	<b>120</b>

# Abbildungen

<b>Abbildung 1:</b> Gesamtprämien – Spartenanteile 2006 .....	13
<b>Abbildung 2:</b> Risiken in der Lebens- und Nichtlebensversicherung .....	20
<b>Abbildung 3:</b> Der Risikomanagement-Prozess in der Praxis .....	28
<b>Abbildung 4:</b> Versicherungssummen, Prämien und Leistungen .....	48
<b>Abbildung 5:</b> Prämien und Leistungen - Direkte inländische Geschäfte .....	49
<b>Abbildung 6:</b> Die Prozessstufen der Risikosteuerung .....	72
<b>Abbildung 7:</b> Aufbau der EU-Kommission und CEIOPS Arbeitsgruppen .....	78
<b>Abbildung 8:</b> Das neue Drei-Säulen-Modell der Versicherungsaufsicht .....	79
<b>Abbildung 9:</b> Mindestkapitalanforderung – Aufsichtsintervention .....	85

“Die Leistung des Versicherers ist vielmehr das abstrakte Schutzversprechen, die ständige Bereitschaft, beim Eintritt des Versicherungsfalles eine Geldleistung zu zahlen, kurz, die Gewährung von Versicherungsschutz. Die Leistung ist nicht auf den Fall des Schadeneintritts beschränkt, sondern eine davon unabhängige Dauerleistung.”

*Dieter Farny*



# 1. Einleitung

## 1.1. Einleitung

Der Versicherungsmarkt zählte nicht nur in den letzten Jahrzehnten zu den dynamischsten und bedeutendsten Kräften der Gesamtwirtschaft, sondern wird auch in Zukunft eine bedeutungsvolle Position in der Marktwirtschaft einnehmen. Um die Situation auf dem Markt kontrollieren zu können, wurden immer wieder neue gesetzliche Regelungen geschaffen.

Was bedeutet denn eigentlich „die Situation auf dem Markt kontrollieren zu können“? Die Aufgabe der Versicherungsaufsicht bestand schon immer darin, die fortwährende Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus Versicherungsverträgen zu gewährleisten. Somit muss das Versicherungsunternehmen immer in der Lage sein, die „versprochenen“ Verpflichtungen einzuhalten.

Obwohl die Versicherungsmärkte schon seit längerer Zeit gut organisiert und stabil sind, merkt man wohl wie sich diese Märkte an den geänderten Marktbedingungen, die durch Globalisierung und Deregulierung eingetreten sind, anpassen müssen. So erlauben es die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit allen Versicherungsunternehmen, nicht nur auf dem nationalen Markt, sondern auch auf den restlichen Märkten innerhalb der Europäischen Union präsent zu sein.

Seit 2000, gab es eine ganze Reihe von Ereignissen, die einen großen Einfluss auf die Versicherungswirtschaft hatten. Die hohen Schadenslasten (z.B. 11. September 2001, Flut in Zentraleuropa im Sommer 2002), das gesunkene Zinsniveau und verminderter Zufluss von neuem Kapital in der Lebensversicherung, haben die Aktualität der aufsichtsrechtlichen Problematik modelliert.

## 1.2. Problemstellung

Die Hauptaufgabe meiner Diplomarbeit ist die derzeitige und vergangene gesetzlichen Regelung, nach denen sich die Versicherungsunternehmen richten, zu präsentieren.

Es wird versucht folgende Fragen zu beantworten:

- Wie sehen die derzeitigen Regelungen im Bereich der Lebensversicherung in Österreich?
- Wie sehen die derzeitigen Regelungen im Bereich der Lebensversicherung in Deutschland?
- Welche Bestimmungen wurden durch das Projekt „Solvency I“ durchgesetzt?
- Wie werden sich die durchzusetzenden Bestimmungen des Projekts „Solvency II“ auf die Versicherungswirtschaft, mit dem Akzent auf die Lebensversicherung auswirken?

Das Ziel der ersten vier Kapitel besteht darin, komplexe Themen der Lebensversicherung und einigen auf die Lebensversicherung einflußbaren Elementen zu erklären.

Im Zweiten Kapitel werden die wichtigsten Erkenntnisse der Lebensversicherung dargestellt. Zuerst möchte ich auf die Begriffsdefinition und auf die geschichtliche Entwicklung der (Lebens-) Versicherungswirtschaft eingehen. Danach werden die Formen der Lebensversicherung aufgezählt.

Das Dritte Kapitel befasst sich mit dem Begriff des Risikos. Hier werden die Risikoarten überblicksmäßig dargestellt, da diese eine sehr wichtige Rolle bei den neuen Solvency II – Regelungen spielen. Sie sind nämlich das Hauptthema der zweiten Säule. Die Wichtigkeit eines Risikomanagements in einem Unternehmen wird auch hervorgerufen.

Im vierten Kapitel werden die rechtlichen Grundlagen vorgestellt. Die drei Generationen der EG-Rechtlinien werden hier kurz präsentiert.

Die Versicherungsaufsicht auf der europäischen Ebene ist ein sehr komplexes Thema, das im Kapitel Fünf vorgestellt ist. Dieses Kapitel ist durch die

versicherungswirtschaftliche Situation in Österreich und Deutschland, vor allem mit dem Projekt „Solvency I“ und dessen Anwendung in diesen Ländern geprägt. Die Berechnungsmethode und Forderungen der Finanz- bzw. Versicherungswirtschaft auf der EU-Ebene werden auch näher erklärt.

Das Sechste Kapitel setzt sich mit den neuen Regelungen im Bereich der Versicherungswirtschaft auseinander. Das kommende Projekt „Solvency II“ wird hier erläutert, bzw. die geschichtliche Entwicklung und die Hauptkerne des Projekts stehen im Mittelpunkt.

Zum Schluss, da gerade parallel zu den Versicherungsaufsichtsregeln auch neue Rechnungslegungsvorschriften in Vorbereitung, bzw. in Verwendung sind, werden auch ein paar Seiten für die IFRS/IAS Vorschriften reserviert. Zu den im Kapitel Sieben geschriebenen europäischen Rechnungslegungsvorschriften, sind im Anhang einige Musterbeispiele der Berechnung vom Konzernabschluss zu finden.

## 2. Lebensversicherung

### 2.1. Begriffsdefinition

Jeder Mensch strebt nach Sicherheit. Gerade die Versicherung ist ein Mittel, das die Sicherheit bietet. So ist es auch nach der bekannten Maslow'schen Bedürfnispyramide festzustellen, dass das Bedürfnis nach Sicherheit der Befriedigung der physiologischen Grundbedürfnisse folgt.<sup>1</sup>

Da die Lebensversicherung schon im antiken Rom entstanden ist, findet man in der Literatur viele Definitionen.

*„It is not possible to give a definition of insurance which is short and precise, and at the same time completely satisfactory. (...) Insurance is an economic activity and an important one“.*<sup>2</sup>

Die wirtschaftswissenschaftliche Erklärung der Versicherung ist im Bedarfstheorie ausgedrückt. Sie besagt dass, die Versicherung eine Deckung eines im einzelnen ungewissen, insgesamt geschätzten Mittelbedarfs auf der Grundlage des Risikoausgleichs im Kollektiv und über die Zeit ist.<sup>3</sup>

Früher wurde eine Versicherung in einem nahen Verhältnis zu Spiel und Wette vorgestellt.<sup>4</sup> Heute ist anerkannt, dass sämtliche Versicherungsarten zum ökonomischen Schutz den Versicherungsnehmern dienen.

*„Lebensversicherung ist die eigenverantwortliche Absicherung des wirtschaftlichen Risikos, das aus der Ungewissheit und Unberechenbarkeit des menschlichen Lebens resultiert. Sie ist das klassische Instrument zur individuellen Gestaltung von*

---

<sup>1</sup> vgl. Von der Schulenburg (2005), S. 29

<sup>2</sup> vgl. Borch (1989), S.1

<sup>3</sup> vgl. Farny (1995), S.13

<sup>4</sup> vgl. Von der Schulenburg (2005), S.37ff

*Daseinsvorsorge, Familien- und Hinterbliebenenversicherung und zugleich der größte Zweig der Personenversicherung.*<sup>5</sup>

Lebensversicherung versichert das Langleblichkeits- bzw. Todesrisiko und zählt neben der Kranken- und Unfallversicherung zu den Personenversicherungen. Im Unterschied zur Schadenversicherung, bei der tatsächliche Schaden erstattet wird, ist bei der Lebensversicherung ein vertraglich bestimmter Betrag zu leisten. Viele einflußbare Elemente, wie z.B. der Tod zu einem bestimmten Zeitpunkt, eingetretene Krankheit, Berufsunfähigkeit usw. können zur Auslösung der Vertragsleistung führen. Da der ökonomische Nachteil, der einer Familie nach dem Tod ihres Ernährers zustoßt, nicht messbar ist, wird die Einschätzung der Versicherungssumme vom Versicherungsnehmer frei gestellt. Somit wird die Lebensversicherung als eine Summenversicherung verstanden.

Die Prämie<sup>6</sup> und die Leistung werden nach dem Äquivalenzprinzip ermittelt. Die Versicherungsprämie ist als Preis für das Wirtschaftsgut Versicherungsschutz zu sehen, wobei das Risikogeschäft gegebenenfalls mit Spar- und Dienstleistungsgeschäft gekoppelt wird.<sup>7</sup> Es wird davon ausgegangen, dass der erwartete Barwert der Prämieeinnahmen eines Vertrages gleich dem erwarteten Barwert der Ausgaben für Versicherungsleistung und Betriebskosten ist. Ausschlaggebend sind die kalkulatorischen Annahmen über die Zukunft. So verwendet man bei der Prämienkalkulation ausnahmslos die Sterbetafel, den Rechnungszins und die angesetzten kalkulatorischen Kosten.<sup>8</sup>

Bei der Aufzählung von (Basis-)Risiken, die eine Lebensversicherung abdeckt, lässt sich eine lange Liste erstellen. Deswegen ist aus der Sicht des Nachfragers die Funktion einer Lebensversicherung sehr vielfältig.

---

<sup>5</sup> vgl. Schwebler: Lebensversicherung, in Handwörterbuch der Versicherung (1988), S.417

<sup>6</sup> Den Begriff Prämie verwendet man in der Versicherungstheorie. In der Versicherungspraxis wird vom Versicherungsbetrag gesprochen.

<sup>7</sup> vgl. Farny (1995), S.45

<sup>8</sup> vgl. Lebensversicherung (download unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Lebensversicherung>)

Man kann die verschiedenen Funktionen in drei großen Gruppen einteilen<sup>9</sup>:

- Sicherheitsfunktion: Hinterbliebenenabsicherung (Ehegatten, Kinder), Altersabsicherung, Berufsunfähigkeitsabsicherung, Pflegeabsicherung, Vermögens-/Kreditabsicherung
- Sparfunktion: Sparen, Altersvorsorge, Vererbung
- Steuerliche Funktion

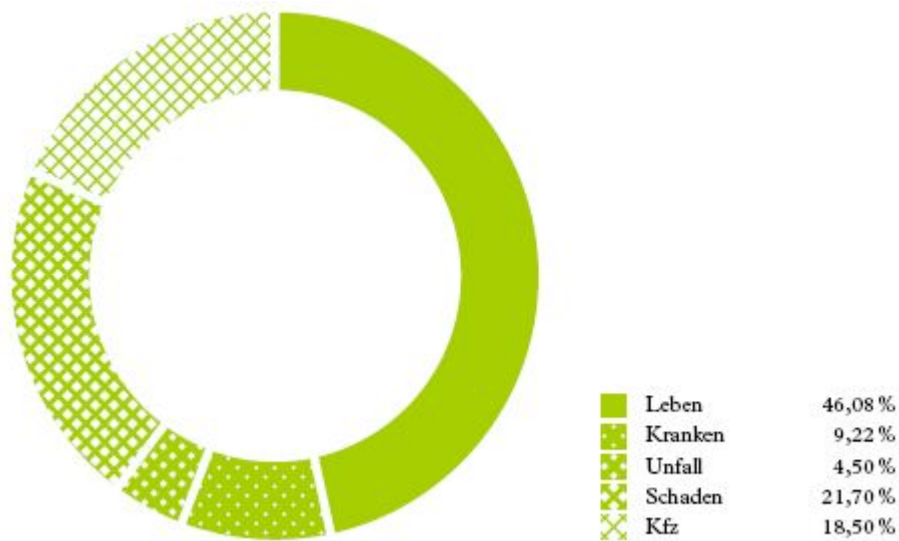
Wie groß die Bedeutung einer Lebensversicherung und deren Prämieinnahmen auf dem gesamten Versicherungsmarkt ist, ist aus der folgenden Abbildung ersichtlich. Statistisch betrachtet im Bericht von Versicherungsverband Österreichs kann man nachvollziehen, dass die Versicherungsunternehmen meistens die Prämien aus dem Lebensversicherungsgeschäft kassieren. Allein in der Lebensversicherung werden 46,08% der Gesamtprämien einbezahlt, und die restlichen 53,92% in allen anderen Bereichen: Kranken-, Unfall-, Schaden- und Kfz-Versicherung.

Besonders in den letzten Jahren ist der Prozentanstieg im Bereich Lebensversicherung, das Gesamtprämienbild betrachten, sehr ersichtlich. Auf dem Markt werden immer wieder neue Produkte seitens Versicherungsunternehmen angeboten, die dem Lebensstil der Menschen angepasst sind.

---

<sup>9</sup> vgl. Von der Schulenburg (2005), S. 113

**Abbildung 1:** Gesamtprämien – Spartenanteile 2006



**Quelle:** VVO, Jahresbericht 2006 (download unter <http://www.vvo.at/jahresbericht/index.php>)

## 2.2. Historisch von A bis Z

Lebensversicherung, als eine Art der Absicherung, hat ihre Wurzel noch im antiken Rom, wo „Beerdigungsvereine“ die Bestattungskosten ihrer Mitglieder übernahmen und von denen auch die überlebenden Verwandten materiell unterstützt waren.

Die Anfänge einer modernen Lebensversicherung, obwohl in Form einer Handelsversicherung, kehren bis ins 17. Jahrhundert zurück. In einer englischer Kafeteria, bekannt als „Lloyd’s Coffee House“, trafen sich täglich verschiedene Menschen, Kaufleute und Schiffsbesitzer, die aus jeglicher Gründen eine Absicherung für die Ware gebraucht haben. Diese „Absicherung“ bekamen sie von den so genannten Underwriter, die z.B. im Falle eines Unwetters seinen „Klienten“ eine versprochene Leistung erbrachten. Aus damaligem Kaffeehaus entstand Versicherungsbörse Lloyd’s of London.<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup> vgl. Diboky (2005), S.3ff

Die erstangebotene Versicherung in den Vereinigten Staaten (1732, Charleston, South Carolina) gewährleistete die Entschädigung bei Feuer. Erst in den späten 1760er wurde auch die Lebensversicherung angeboten.

In New York und Philadelphia wurde 1759 eine Vereinigung zur Unterstützung der armen und notleidenden Witwen und Kinder von den Presbyterianer-Synoden gegründet. Einen ähnlichen Fond haben auch die Priester der episkopalischen Kirche im Jahre 1796 gestaltet.<sup>11</sup>

Obwohl man eine Basis in allen diesen vorläufigen Formen der modernen Lebensversicherung finden konnte, fehlte jedoch eine auf bestimmten Rechnungsgrundlagen aufbauende Kalkulation. Ein Ausgangspunkt für diese Rechnungsgrundlagen waren jedoch die Erstellungen von systematischen Zinseszinsrechnung und ersten Sterbetafeln, die auf Edmund Halley (1656-1742) zurückführen. Auf der anderen Seite hat Jacob Bernoulli (1654-1705) die Bausteine einer Wahrscheinlichkeitsrechnung gestellt, was jedenfalls von großer Bedeutung für die Kalkulationen war.<sup>12</sup>

Die erste Organisation, namens Society for Equitable Assurances on Lives and Survivorships die mit versicherungsmathematisch bestimmten altersabhängigen Beiträgen arbeitete, wurde in London 1766 gegründet. Die auf diese Art berechneten Beiträge sind als Antriebsmotor der modernen Berechnung in der Lebensversicherung angesehen. So wurden im 19. Jahrhundert auch die Sterbekassen gegründet.<sup>13</sup>

Der Gründer des deutschen Versicherungswesens war Ernst-Wilhelm Arnoldi. Er gründete die Gothaer Lebensversicherungsbank, die als erste ab 1827 die Lebensversicherungen in Deutschland angeboten und verkauft hat. Gustav Hopf (1808-1872), der langjährige Leiter dieser Bank, hat wiederum die Regelungen zur Berechnung der Lebensversicherung auf den Todes- und Erlebensfall, gesetzt.

---

<sup>11</sup> vgl. Lebensversicherung (download unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Lebensversicherung>)

<sup>12</sup> vgl. Von der Schulenburg (2005), S. 116

<sup>13</sup> vgl. Lebensversicherung (download unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Lebensversicherung>)



Um für jeden Mensch, ohne Rücksicht auf die soziale oder finanzielle Lage eine Absicherung anbieten zu können, hat der Direktor der Victoria zu Berlin, Otto Gerstenberg, im Jahre 1892 die *Lebensversicherung für jedermann* eingeführt.<sup>14</sup>

Die Versicherung war durch die Einführung der Sozialversicherung durch Bismarck weiterentwickelt und verbreitet. Es entwickelte sich die Volksversicherung.

Die Entwicklung der Lebensversicherung wurde nach 1914 durch zwei Krisen sehr stark beeinflusst: Durch die nach dem ersten Weltkrieg eingesetzte Inflation, als die Kosten enorm angestiegen sind, mussten die Volks- und Großlebensversicherung eingestellt werden. Im Jahre 1923 hat die Währungsreform den Versicherungsbestand fast vernichtet.

Die zweite Krise kam gemeinsam mit dem zweiten Weltkrieg. Außendienst und Verwaltung waren zerstört; die Verluste machten insgesamt ca.80% aus.

Seitdem die Situation wieder stabilisiert war, kam es zu einer Phase starken Wachstums, sodass die Lebensversicherer bezüglich der Kapitalanlagen viel stärker als der Bankensektor wuchsen.<sup>15</sup>

...Und so ging es... vom Jahr zum Jahr, vom Jahrhundert zum Jahrhundert... Ständig wurden neuen Bestimmungen geschaffen, ausschlaggebende Berechnungsformen erfunden, gesetzliche Regelungen eingeführt und geändert... Bis heute...

Heutzutage wird das „Buch“ auf der Seite *Solvency II* aufgeschlagen. Die neuen Vorschriften werden immer noch verarbeitet, es wird verglichen, was bis jetzt nicht die brilliantesten Ergebnissen in der Lebensversicherung gebracht hat, und was auf weiterhin bestehen sollte...

Die Schadenversicherungsrichtlinie (1973) und die Lebensversicherungsrichtlinie (1979) sind als Basis der bestehenden europäischen Solvenzvorschriften für die Versicherungswirtschaft zu betrachten.

---

<sup>14</sup> vgl. Lebensversicherung (download unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Lebensversicherung>)

<sup>15</sup> vgl. Von der Schulenburg (2005), S. 116

In den vergangenen Jahren hat sich das Umfeld der Versicherungswirtschaft innerhalb der Europäischen Union grundlegend geändert. Von diesen Veränderungen sind Versicherungsunternehmen als auch Aufsichtsbehörden betroffen.

Im Jahr 1994 begann mit der Einsetzung einer Kommission unter der Leitung des damaligen Vizepräsidenten des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen, Dr. Helmut Müller, die oben genannte Weiterentwicklung der Solvabilitätsvorschriften in Europa. Der Müller-Report spiegelte die wesentlichen Änderungen und Maßnahmen wieder, die die bestehende Situation den neuen Marktverhältnissen anpassen sollten. Diese Vorschläge haben sich in zwei EU-Richtlinien weiterentwickelt: Solvency I und Solvency II.

Im Jahr 1986 wurden die Bestimmungen im Bereich der Versicherung erstmals mit der VAG-Novelle in Österreich eingeführt, die den, in den EU-Richtlinien vorgesehenen Eigenmittelbestimmungen weitgehend nachkommen. Seit damals gab es noch eine ganze Reihe von Änderungen im Versicherungsmarkt. Die letzte wesentliche Änderung erfolgte durch die VAG-Novelle 2003, die am 1. Jänner 2004 in Kraft trat. Mit dieser Novelle wurden die Richtlinien zur Bestimmung der Solvabilitätsspanne umgesetzt. Mit 1. Jänner 2004 traten im Versicherungsmarkt neue Solvenzvorschriften in Kraft.

Das Gleiche geschah auch in Deutschland, wo ebenfalls mit 1. Jänner 2004 neue Solvenzvorschriften in Kraft getreten sind. Durch diese neuen Vorschriften (Solvabilität I – Solvency I) wurden notwendige Anpassungen des bisherigen Verfahrens geschaffen.

Eine fundamentale Reform der Solvenzvorschriften für europäische Versicherungsunternehmen spiegelt das Solvency II Projekt wieder, das mit 1. Jänner 2007 in Kraft trat. Das Projekt führt zu einer Harmonisierung der Aufsichtsregeln im Finanzdienstleistungssektor, indem die versicherungsspezifischen Normen und Auslegungen in den Mitgliedsstaaten angepasst werden. Dieses Aufsichtsmodell soll die Solvabilitätsbestimmungen grundlegend neu regulieren.

## 2.3. Die Formen der Lebensversicherung

Um das Risiko abzusichern, bieten die Versicherungsunternehmen eine breite Palette von Versicherungsprodukten. Die Hauptprodukte lassen sich nach vier Kriterien einteilen<sup>16</sup>:

- nach Zahl der Personen, die in der Police genannt werden (Einzel- oder Gruppenversicherung)
- nach der Art des zu versicherten Risikos (Tod, Erlebensfall usw.)
- nach der Art der Zahlung der Leistung (Einmal- oder Rentenzahlung)
- nach der Art des Anlagemediums (Kapitallebensversicherung, fondsgebundene Lebensversicherung, indexgebundene Lebensversicherung).

---

<sup>16</sup> vgl. Von der Schulenburg (2005), S. 117

## 3. Risiko

### 3.1. Definition

Obwohl es, etymologisch betrachtet, auch positive Bedeutungen gibt, ist für den Begriff des Risikos meistens ein Synonym für negative Ereignisse reserviert. *„Seit dem 16. Jahrhundert hat sich das Wort „Risiko“ für alle Arten von Gefährdungen eingebürgert. Der Bedeutungsumkreis des Risikobegriffs ist sehr weit geworden: man spricht von wirtschaftlichen Risiken wie von gesundheitlichen, von Misserfolgsrisiken wie vom Unfallrisiko.“*<sup>17</sup>

In die Lebensversicherung stellt gerade die versicherte Person das Risiko dar. Man unterscheidet zwischen subjektiven und objektiven Risiken. Subjektives Risiko wird durch die individuelle Risikomerkmale, d.h. menschliche Eigenschaften wie Gesundheitsbewusstsein, Sorgsamkeit etc., gekennzeichnet. Objektive Risiken werden als erkennbare und offensichtliche Umstände zur Risikobeurteilung, die nachprüfbar bestimmbar sind, wie z.B. das Alter oder das Geschlecht definiert.<sup>18</sup>

In seinem Buch „Risikomanagement in Versicherungsunternehmen“ erklärt Romeike, dass die Risiken eigentlich das Kerngeschäft der Versicherungswirtschaft darstellt, wobei die Überwälzung eines Risikos mit den sicheren und planbaren Prämien kompensiert wird. Da die Risiken eine mögliche negative Abweichung von zukünftigen Plänen und Zielen sind, schließen die Versicherungsnehmer, um das Risiko abzusichern, mit den Versicherungsunternehmen meistens nicht nur einen, sondern auch mehreren Versicherungsverträge.<sup>19</sup>

---

<sup>17</sup> vgl. Romeike/Mueller-Reichart (2005), S.47

<sup>18</sup> vgl. Koch/ Umann/ Weigert (2002), S.91

<sup>19</sup> vgl. Romeike (2007), S. 7ff

## 3.2. Risikoarten

Jedes Versicherungsunternehmen steht in enger Beziehung zu Risiken, die einen sehr großen Einfluss auf die Geschäftstätigkeiten eines Unternehmens haben. Diese Risiken können die Existenz des Unternehmens gefährden, und im Extremfall können auch zum Niedergang der Gesellschaft führen.<sup>20</sup>

Die Gesellschaft ist mit der Gesamtheit aller Risiken konfrontiert. Diese Gesamtheit setzt sich aus drei Hauptkernen: „Kapitalanlagerisiken“ (investment risks), „Versicherungstechnische Risiken“ (technical risks) und „Sonstige Risiken“ (non-technical risks) zusammen. Abhängig von den versicherten Risiken, haben beide „Kapitalanlagerisiken“ und „Sonstige Risiken“ eine unterschiedlich ausgeprägte Auswirkung sowohl in Lebens- als auch in Nicht-Lebensversicherung. Auf der anderen Seite, treten die „Versicherungstechnische“ Risiken mit „unterschiedlicher Bedeutung“ in beiden Versicherungsbranchen auf.

In der Abbildung 2 werden die Unterscheidung und die Einteilung von einzelnen Risiken präsentiert. Das Ganze wurde von einer „working group“ ausgearbeitet, die von der Europäischen Kommission erstellt worden ist und die Aufgabe hatte, die Solvabilitätsregelungen zu untersuchen. Die einzelnen Risiken werden noch detaillierter erobert.

---

<sup>20</sup> vgl. Mueller Report: Solvency of insurance undertakings – Conference of insurance supervisory services of the member states of the European Union, S.11ff (download unter: [http://www.ceiops.eu/media/files/publications/reports/report\\_dt\\_9704.pdf](http://www.ceiops.eu/media/files/publications/reports/report_dt_9704.pdf))

**Abbildung 2:** Risiken in der Lebens- und Nichtlebensversicherung

Technical risks	Investment risks	Non-technical risks
<i>Current risks</i>		
- Risk of insufficient tariffs	- Depreciation risk	- Management risk
- Deviation risk	- Liquidity risk	- Risks in connection with guarantees in favour of third parties
- Evaluation risk	- Matching risk	- Risk of the loss of receivables due from insurance intermediaries
- Reinsurance risk	- Interest rate risk	- General business risks
- Operation expenses risk	- Evaluation risk	
- Major losses risk (only non-life)	- Participation risk	
- Accumulation or catastrophe risk)	- Risks related to the use of derivative financial instruments	
<i>Special risks</i>		
- Growth risk		
- Liquidation risk		

**Quelle:** Mueller Report: Solvency of insurance undertakings – Conference of insurance supervisory services of the member states of the European Union, S.4 (download unter: [http://www.ceiops.eu/media/files/publications/reports/report\\_dt\\_9704.pdf](http://www.ceiops.eu/media/files/publications/reports/report_dt_9704.pdf))

### 3.2.1. Versicherungstechnische Risiken (Technical Risks)

„Die Kernkompetenz eines Versicherungsunternehmens liegt im Transfer von Risiken vom Versicherungsnehmer zum Versicherer. Die Risiken ergeben sich dabei aus den Wahrscheinlichkeitsverteilungen der Einzelschäden.“<sup>21</sup>

Dieses Risiko ist als gefährlich zu betrachten, weil es im Unternehmen vorkommen kann, dass der Gesamtschaden des Bestandes die Summe der Gesamtprämie und des vorhandenen Sicherheitskapitals übersteigt.<sup>22</sup>

<sup>21</sup> vgl. Von der Schulenburg (2005), S. 55

<sup>22</sup> vgl. Farny (1995), S.450

- ***Laufende Risiken (Current risks)***

### **Untertariffierungsrisiko (Risk of insufficient tariffs)**

Unter dem Untertariffierungsrisiko wird die Gefahr von Kalkulationsfehlern verstanden. So kann es z.B. zu gering erhobenen Beiträgen, aufgrund mangelnden Sachverständes kommen.

„Handelt es sich um eine vorsätzliche Fehlkalkulation, so könnte man dieses Risiko auch als Managementrisiko einstufen, handelt es sich um eine Fehlkalkulation trotz verantwortungsbewusster Tariffierung unter Hinzuziehung aller verfügbaren Informationen, so könnte man dieses Risiko auch unter dem Änderungsrisiko subsumieren.“<sup>23</sup>

### **Änderungsrisiko (Deviation risk)**

Das Änderungsrisiko spiegelt eine Abweichung des tatsächlichen Gesamtwertes der Schäden vom geschätzten Erwartungswert wieder.<sup>24</sup> Zur solchen Abweichung kommt durch Änderung der risikobeeinflussenden Faktoren, wie z.B. Veränderung von Sterblichkeit und Morbidität, Zinsverfall, Kriminalität etc. und durch die Einführung neuartiger Produkte am Markt.

### **Bewertungsrisiko (Evaluation risk)**

Hier besteht die Gefahr, dass die versicherungstechnischen Rückstellungen nicht ausreichend sind, um die Leistungen aus den Versicherungsverträgen zu erbringen.

---

<sup>23</sup> vgl. Mueller Report: Solvency of insurance undertakings – Conference of insurance supervisory services of the member states of the European Union, S.5 (download unter: [http://www.ceiops.eu/media/files/publications/reports/report\\_dt\\_9704.pdf](http://www.ceiops.eu/media/files/publications/reports/report_dt_9704.pdf))

<sup>24</sup> vgl. Von der Schulenburg (2005), S. 58

### **Rückversicherungsrisiko (Reinsurance risk)**

Unter dem Rückversicherungsrisiko versteht man den Ausfall von Rückversicherern, bzw. eine fehlerhafte Leistungsqualität des Rückversicherers.

### **Betriebskostenrisiko (Operation expenses risk)**

Man spricht von einem Betriebskostenrisiko wenn die Gefahr besteht, dass der im Versicherungsbeitrag inkludierte Kostenzuschlag nicht ausreichend wird, um alle in Zukunft anfallenden Kosten zu decken.

- ***Sonderrisiken (Special risks)***

### **Wachstumsrisiko (Growth risk)**

„Nach Meinung der Arbeitsgruppe tritt das Wachstumsrisiko nicht isoliert von anderen Risiken bei einem Unternehmen auf; es wirkt sich vielmehr als Verursacher oder Verstärker anderer (laufender) Risiken aus, die dann letztlich den Fortbestand des Unternehmens gefährden können.“<sup>25</sup> Falls die Kalkulation der Prämien nicht mit der erforderlichen Sorgfalt gerechnet wird, besteht die Möglichkeit, dass die Risiken nicht präzise abgesichert werden.

### **Liquidationsrisiko (Liquidation risk)**

Bei dem Liquidationsrisiko besteht die Gefahr, dass bei Beendigung des Versicherungsgeschäftes, sowie der Abwicklung der Versicherungsverhältnisse nicht ausreichend liquide Mittel zur Verfügung stehen, um alle Verpflichtungen zu erfüllen.

---

<sup>25</sup> vgl. Mueller Report: Solvency of insurance undertakings – Conference of insurance supervisory services of the member states of the European Union, S.7 (download unter: [http://www.ceiops.eu/media/files/publications/reports/report\\_dt\\_9704.pdf](http://www.ceiops.eu/media/files/publications/reports/report_dt_9704.pdf))



### 3.2.2. Kapitalanlagerisiken (Investment risks)<sup>26</sup>

Versicherungsunternehmen verfügen über viele Kapitalanlagen und sind deshalb auch mit dem Kapitalanlagerisiko konfrontiert. Diese Risiken „regulieren“ die Werterhaltung der Kapitalanlagen. Darunter sind die Wahrscheinlichkeitsverteilung von Erträgen und Aufwendungen aus Kapitalanlagen, sowie dessen zeit- und sachgerechte Liquidierbarkeit zu beachten.<sup>27</sup> Früher wurde den Kapitalanlagerisiken keine große Bedeutung zugemessen, da die Risiken des Versicherungsgeschäftes auf der Passivseite der Bilanz gesehen worden sind. Heute wird aber das Kapitalanlagerisiko wahrgenommen. Die Gefahr eines Wertfalls der Aktivwerte wird mit dem Kapitalanlagerisiko umschrieben.<sup>28</sup>

#### **Wertverlustrisiko (Depreciation risk)**

Die Veränderungen auf dem Kapitalmarkt, die Veränderungen des Währungskurses bei Fremdwährungsverpflichtungen und Ausfall des Schuldners können dazu führen, dass der Wert einer Kapitalanlage sinkt. In diesem Fall spricht man von einem Wertverlustrisiko.

#### **Liquiditätsrisiko (Liquidity risk)**

Da die Kapitalanlagen meistens langfristig gebunden sind, kann es vorkommen, dass das Versicherungsunternehmen nicht in der Lage ist, die Kapitalanlagen in Geldbeträge umzuwandeln und somit auch keine Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

---

<sup>26</sup> vgl. Mueller Report: Solvency of insurance undertakings – Conference of insurance supervisory services of the member states of the European Union, S.7ff (download unter: [http://www.ceiops.eu/media/files/publications/reports/report\\_dt\\_9704.pdf](http://www.ceiops.eu/media/files/publications/reports/report_dt_9704.pdf))

<sup>27</sup> vgl. Farny (1995), S.451

<sup>28</sup> vgl. Schierenbeck/ Hölscher (1993), S.206

### **Matching Risiko (Matching risk)**

Die Aktiva müssen immer eine passende Abdeckung der versicherungstechnischen Passiva gewährleisten. Die Wertentwicklung und Rendite der Aktiva ist durch viele Einflussgrößen veränderbar, was manchmal zur Folge hat, dass die Bedeckung der Passiva gefährdet ist. Somit entsteht das Kapitalmarktrisiko, das als „Matching-Risiko“ bezeichnet wird.

### **Zinsänderungsrisiko (Interest rate risk)**

Änderungen bei den Kursen bzw. Preisen festverzinslicher Wertpapiere werden durch das Ansteigen oder Absinken des Zinsniveaus verursacht. Je länger die Restlaufzeiten der Wertpapiere sind, umso schlechter ist diese Auswirkung für das Unternehmen.

### **Bewertungsrisiko (Evaluation risk)**

Hier besteht die Gefahr, dass eine Vermögensanlage als zu hoch und unzutreffend gewertet wird. Besonders riskant ist es bei so genannten strategischen Beteiligungen.

### **Risiko durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente (Risk related to the use of derivative financial instruments)**

In den letzten Jahren hat sich der Einsatz derivativer Finanzinstrumente rasant durchgesetzt. Dabei entstehen für die Versicherungsunternehmen Chancen, aber auch Risiken. Da es für diese außerbilanzielle Geschäfte keinen allgemein verbindlichen Bewertungsvorschriften gibt, besteht die Gefahr, dass sie auch falsch bewertet werden. Deswegen ist es sehr wichtig, geschultes Personal zu haben, das mit den derivativen Geschäften richtig handeln kann.

### **Beteiligungsrisiko (Participation risk)**

Im Beteiligungsrisiko steckt das Risiko, dass die wirtschaftliche Situation eines Unternehmens durch die Beteiligung an anderen Unternehmen verschlechtern kann.

### **3.2.3. Sonstige Risiken (Non-technical risks)**

#### **Managementrisiko (Management risk)**

Wenn ein Versicherungsunternehmen mit den unfähigen oder kriminellen Tätigkeiten vom Management zu tun hat, kommt es zu Gefahren, die die Existenz des Unternehmens in Frage stellen könnten. „Das Managementrisiko kann die eigentliche Ursache der Versicherungstechnischen und Kapitalanlagerisiken sein oder auch zur Verstärkung dieser Risiken beitragen.“<sup>29</sup>

#### **Risiken aus Garantieerklärungen gegenüber Dritten (Risk in connection with guarantees in favour of third parties)**

Hier besteht die Gefahr, dass die Wirtschaftskraft eines Versicherungsunternehmens, das gegenüber Dritten eine Garantie für die ordentliche Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen abgibt, belastet wird.

#### **Allgemeines Geschäftsrisiko (General business risks)**

Das allgemeine Geschäftsrisiko ist nicht messbar und stellt eine Gesamtheit verschiedenen Risiken, wie z.B. Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen (Änderung der Steuergesetze), des sonstigen wirtschaftlichen

---

<sup>29</sup> vgl. Mueller Report: Solvency of insurance undertakings – Conference of insurance supervisory services of the member states of the European Union, S.8 (download unter: [http://www.ceiops.eu/media/files/publications/reports/report\\_dt\\_9704.pdf](http://www.ceiops.eu/media/files/publications/reports/report_dt_9704.pdf))

und sozialen Umfelds, des Geschäftsportfolios usw. Dieses Risiko ist ein wesentliches Element der Marktwirtschaft.<sup>30</sup>

### **3.3. Risikomanagement**

Das gut organisierte Risikomanagement ist eine der wichtigsten Elemente eines erfolgreichen Versicherungsunternehmens. Alle zielorientierten Unternehmen müssen darauf Achten, das Risikomanagement in „das gesamte System“ zu integrieren, und nicht separat zu betrachten.

Die wichtigsten Ziele eines Risikomanagements sind:

1. Sicherung der Unternehmensziele
2. Steigende Erhöhung des Unternehmenswertes
3. Sicherung des künftigen Erfolgs eines Versicherungsunternehmens
4. Optimierung der Risikokosten
5. Erhöhung des Social Responsibility (soziale Verantwortlichkeit) eines Unternehmens

Damit die Existenz eines Unternehmens gewährleistet wird, müssen alle oben genannte Ziele perfekt miteinander koordinieren.

Das Risikomanagement wird als Teil der Unternehmenskultur anerkannt. Es wird empfohlen, die Organisation des Risikomanagements in einem Risikohandbuch zusammenzufassen. In Deutschland ist es vom KonTraG<sup>31</sup> vorgeschrieben, und vom Corporate Governance Kodex empfohlen, eine Dokumentation aller im Unternehmen verwendeten Schritten und Maßnahmen zu dokumentieren.<sup>32</sup>

Das Risikomanagement hat im Vordergrund die strategische, operative und taktische Ziele einzusetzen.

---

<sup>30</sup> vgl. Farny (1995), S.452

<sup>31</sup> Das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz (KonTraG)

<sup>32</sup> vgl. Rundschreiben 18/2005 von BaFin: „Die Geschäftsleistung hat das Aufsichtsorgan vierteljährlich über die Risikosituation in angemessener Weise schriftlich zu informieren.“

Auf der **strategischen Ebene** werden Risk Governance, Strategie und Risikotragfähigkeit untersucht.

Risk Governance sollte die organisatorischen Strukturen und Verantwortlichkeiten beschreiben, die sich mit der Erfassung, Überwachung und Steuerung eingegangener Risiken beschäftigen. Der erste praktische Schritt ist die Festlegung einer klaren Aufbauorganisation, wobei die entscheidenden Prozesse zur Risikoidentifizierung und Risikosteuerung definiert werden.

Die Strategie setzt sich aus einer Geschäfts- und Risikostrategie zusammen. Die Aufgabe der Geschäftsstrategie ist die Festlegung der geschäftspolitischen Ausrichtung, Zielsetzung und Planungen des Unternehmens über eine bestimmte Zeit. Die Risikostrategie enthält hingegen die Aussagen über die resultierenden Implikationen für die Risikosituation des Unternehmens, über den Umgang mit den entstehenden Risiken und über das Umgehen mit den eingegangenen Risiken.

Nachdem eine passende Strategie geklärt ist, wird ein Konzept zur Risikotragfähigkeit erstellt. Die ausreichende Risikofähigkeit beschreibt die Fähigkeit des Unternehmens, Verluste aus realisierten Risiken zu absorbieren, ohne dass daraus eine Gefahr für die Existenz des Unternehmens entsteht.<sup>33</sup>

Der Risikomanagement-Prozess spiegelt eine Vielfalt von Unternehmenstätigkeiten auf der **operationalen Ebene** wieder. Die strategische und operative Ebene des Risikomanagements bedingen sich gegenseitig, da eine möglichst vollständige Identifizierung und möglichst exakte Messung von Risiken die Grundlage für die Erstellung einer angemessenen Risikostrategie bildet. Außerdem, tragen sie auch zur Beurteilung der Risikofähigkeit des Unternehmens bei.<sup>34</sup>

Die Abbildung 3 zeigt wie ein Risikomanagement-Prozess in der Praxis aussieht. Hier ist ein Kreis zu betrachten, wobei zuerst alle Risikoquellen und mögliche Schadensfälle untersucht, bzw. identifiziert werden. Diese Phase ist sehr anspruchsvoll, da es am schwierigsten ist, notwendige Informationen zu beschaffen.

---

<sup>33</sup> vgl. Dr. Ott/ Dr. Frey/ Borowski (2007): Marktorientierte Konzepte im Risikomanagement, in: VW, 62.Jg. Heft 7, S.519ff

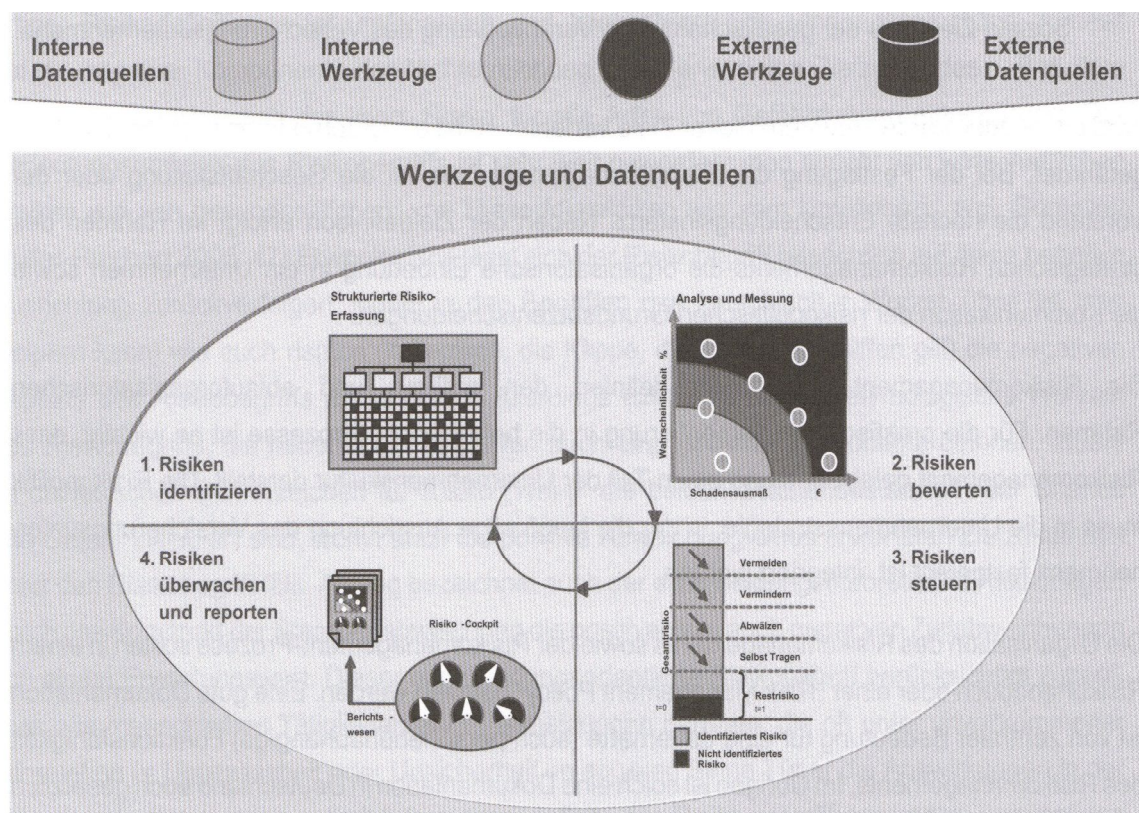
<sup>34</sup> vgl. Dr. Ott/ Dr. Frey/ Borowski (2007): Marktorientierte Konzepte im Risikomanagement, in: VW, 62.Jg. Heft 7, S.519ff

Folglich werden die entdeckenden Risiken von Experten bewertet und gesteuert. Letztendlich sind die Risiken zu überwachen, da sie sich sehr oft auch erst im Laufe der Zeit entdecken lassen.

Die Unternehmen verwenden verschiedene Methoden zur Risikoidentifikation, was sehr stark von den Risikoprofilen des Unternehmens und der Branche abhängt.

Das Interne Kontrollsystem als Komponente auf der **taktischen Ebene** ist notwendig, um die operationellen Risiken des laufenden Geschäfts besser überwachen und kontrollieren zu können. Dazu zählt auch die interne Revision, die der System- und prozessunabhängigen Prüfung und Beurteilung aller Unternehmensprozesse und Projekte dient.

**Abbildung 3:** Der Risikomanagement-Prozess in der Praxis



**Quelle:** Romeike: Risikomanagement in Versicherungen – Ein Überblick, in: Wirtschaft und Management, Schriftenreihe zur Wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Praxis, S.10

„Sharma-Report“ (siehe Punkt 6.2.), eine im Dezember 2002 veröffentlichte Studie, die einen großen Einfluss auf die Entwicklung von Solvency II hatte, hat sich sehr intensiv mit den Risikoursachen und Risikokategorisierung beschäftigt.

Die Experten sind zu dem Ergebnis gekommen, dass Risikoereignisse nur selten auf singuläre Ursachenkategorien zurückzuführen sind. Genauer gesagt, nur selten führen einzelne Risiken, bzw. Risikoklassen zu größere Schäden oder sogar Unternehmenszusammenbrüchen. Um die unerwünschte größere Schäden zu vermeiden, sollten einzelne Risiken nie isoliert betrachten werden.<sup>35</sup>

Das professionelle Management von Risiken ist eine hochkomplexe und herausfordernde Aufgabe. Meistens ist die Unterstützung durch externes Experten-Know-how empfohlen, bzw. gefragt.<sup>36</sup>

---

<sup>35</sup> vgl. Romeike (2007): Risikomanagement in Versicherungen – Ein Überblick, in: Wirtschaft und Management, Schriftenreihe zur Wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Praxis, S.10

<sup>36</sup> vgl. Loeffler/ Romeike (2007): Integration des Versicherungsmanagements in den Risikomanagement-Prozess, in VW, 62.Jg. Heft 18, S.1499ff

## 4. Rechtliche Grundlagen

Der Binnenmarkt im Versicherungswesen wurde erst am 1. Juli 1994 geschaffen. Das war ein komplexer Vorgang, da die Versicherungen, als unkörperliche Rechtsprodukte, sowohl im Rahmen des Versicherungsvertragsrechtes als auch im Rahmen des Versicherungsaufsichtsrechtes vom Recht des jeweiligen Mitgliedstaates bestimmt sind.

Um auf Binnenmarkt „einzutreten“, hat sich jeder Mitgliedstaat verpflichtet, seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften anzupassen, bzw. die EU-Richtlinien innerhalb einer bestimmten Frist im Rechtssystem zu integrieren. Der EG-Kommission hat das Recht einen Mitgliedsstaat beim Europäischen Gerichtshof zu verklagen, falls der Staat seine innerlichen Rechtsvorschriften nicht anpasst.

Nach der Harald Eggerstedt waren bei der Schaffung eines gemeinsamen Versicherungsmarktes die Rückversicherungsrichtlinie (1965), die Niederlassungsrichtlinie (1973) und die Mitversicherungsrichtlinie (1976) von entscheidender Bedeutung. Durch die Rückversicherungsrichtlinie werden die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit reguliert, die eine internationale Orientierung im Bereich des Versicherungswesens versprechen.<sup>37</sup>

### 4.1. EG-Richtlinien<sup>38</sup>

#### 4.1.1. Die 1. Generation

Der Ursprung späteren Regelungen – Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit des Versicherungsgeschäftes ist gerade in der 1. Generation der EG-Richtlinie zu sehen. Nach dem Tätigkeitslandprinzip war vorgesehen, dass ein ausländisches

---

<sup>37</sup> vgl. Cvijanovic (2006), S.37

<sup>38</sup> vgl. Gartler (2003), S.14



Versicherungsunternehmen nur nach Vorlage eines Tätigkeitsplanes und nach Erhalt der Genehmigung zum Geschäftsbetrieb in einem anderen Staat der EG tätig wird. Somit musste sich der Versicherungsnehmer direkt an ein ausländisches Unternehmen wenden, wobei er den Schutz des inländischen Aufsichtsrates verließ.

Außerdem, spiegelt die 1. Generation der EG-Richtlinie eine Vereinheitlichung der Solvabilitätsspanne und der Bildung von Rückstellungen und eines Garantiefonds wieder.

#### **4.1.2. Die 2. Generation**

Mit der 2. Generation der EG-Richtlinie wurde anstatt der Tätigkeitslandaufsicht eine Sitzlandaufsicht eingesetzt. Das wichtigste Produkt, das durch diese Generation erzeugt wurde, war die passive Dienstleistungsfreiheit. Diese Art der Dienstleistungsfreiheit hat dem Versicherungsnehmer das Recht gewährt, die Versicherungsprodukte, die im Inland nicht zugelassen waren, zu bekommen. Somit lag der Versicherungsnehmer der Versicherungsaufsicht desjenigen Staates, in dem das Lebensversicherungsunternehmen seinen Sitz hatte.

#### **4.1.3. Die 3. Generation**

Mit der Durchsetzung der 3. Generation der EG-Richtlinie wurde die Regulierung auf dem Binnenmarkt im Versicherungswesen vollendet. Diese Richtlinien gewähren eine uneingeschränkte Ausübung der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit. Nach diesen Prinzipien unterliegt der Versicherer im gesamten EU-Raum nur der Kontrolle durch die Aufsicht des Herkunftslandes. Somit wurde das Herkunftslandsprinzip erschaffen. Die Gesamttätigkeit des Unternehmens kann in allen EU-Ländern ausgeprägt sein, ohne dort Niederlassungen zu unterhalten.<sup>39</sup> Obwohl hier keine präventive Bedienungs- und Tarifkontrolle im Vordergrund stehen, müsste man doch die Vereinheitlichungen über die Zulässigkeit, Steuerung

---

<sup>39</sup> vgl. Farny (1995), S. 137f

und Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen, sowie die Regelungen bezüglich der Zuständigkeit und des Umfanges der Finanzaufsicht und eine einheitliche Zulassung für den gesamten Binnenmarkt berücksichtigen.

## 5. Versicherungsaufsicht auf europäischer Ebene

„Grundlegende versicherungsaufsichtlicher Ansätze ist der Schutz der Interessen der Versicherungsnehmer, wo bei der Sicherstellung der dauerhaften Erfüllbarkeit der Versicherungsverträge durch das Versicherungsunternehmen von zentraler Bedeutung ist. Als Zweites Ziel der Aufsicht gilt der Schutz der Funktionsfähigkeit der Versicherungswirtschaft.“<sup>40</sup>

Um diese Sicherheit gewährleisten zu können, ist die Eigenmittelausstattung der Versicherungsunternehmen zu beurteilen und damit auch die „Solvabilität“ des Unternehmens zu sichern.

Der Begriff **Solvabilität** hat drei verschiedene Bedeutungen.<sup>41</sup>

1. Die erste Bedeutung bezieht sich auf die Solvabilitätsspanne in den EG-Richtlinien, die einerseits Vorschriften für die Berechnung der Mindestkapitalanforderung (Mindestspanne) und andererseits Vorschriften für die Erfüllung dieser Anforderung zulässigen Eigenkapitals (verfügbare Spanne) darstellt.

2. Die zweite Bedeutung weist auf die Vorschriften der Finanzsolidität der Unternehmen hin. Dabei geht es um die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen, der repräsentativen Vermögenswerte sowie der Solvabilitätsspannenanforderung. Diese ist eine Definition, die von der IAIS<sup>42</sup> angenommen wird.

3. Bei der dritten Bedeutung geht es um die Erklärung der Finanzsolidität eines Versicherungsunternehmens, jedoch unter Berücksichtigung der Bedingungen seines geschäftsspezifischen Faktoren (Produkte und Preise, Verwaltung, Qualität der Führungskräfte usw.) und seines äußeren Umfelds (Wettbewerbsbedingungen, Qualität der Aktionäre usw.). Diese Konzeption richtet sich stärker auf die Zukunft ausgerichtete Betrachtung der finanziellen Lage und auf die Berücksichtigung nicht nur finanzieller Faktoren.

---

<sup>40</sup> vgl. Von der Schulenburg (2005), S. 388

<sup>41</sup> vgl. Markt/2535/03 Absatz 49-52

<sup>42</sup> IAIS- International association of Insurance Supervisors

Die **Solvabilitätsvorschriften** sorgen für die Gewährleistung der notwendigen Höhe von Eigenmitteln bzw. für die Festlegung der maximalen Höhe der Risiken, die von einem Versicherungsunternehmen übernommen werden können.

Diese Vorschriften beziehen sich auf einzelne Versicherungsunternehmen („Solo-Solvabilität“) sowie auf die Versicherungsgruppen („Solo-Plus-Konzept“<sup>43</sup>).

Das **Solvabilitätssystem** geht davon aus, dass die dauerhafte Erfüllbarkeit der Versicherungsverträge determiniert wird, womit auch die Sicherheit und Überlebensfähigkeit garantiert wird.

Das System umfasst folgende Kernpunkte<sup>44</sup>:

- Messung der Risikolage nach bestimmten Indikatoren
- Postulat einer Mindestausstattung mit Eigenmitteln
- Aufsichtsbehördliche Sanktionen im Falle des Unterschreitens der postulierten Mindestanforderungen

Um die wirtschaftliche Situation eines Versicherungsunternehmens optimal darstellen zu können, wird die Risikolage des Unternehmens durch die „Soll-Solvabilität“ und die Finanzsituation durch die „Ist-Solvabilität“ gekennzeichnet.

### **Ermittlung der SOLL-Solvabilität**

Hier unterscheidet man die Parameter:

- Solvabilitätsspanne, die aus quantitativen Größen des Gesamtversicherungsbestandes, wie z.B. Prämien, Schäden und versicherungstechnischen Passiva abgeleitet wird<sup>45</sup>  
(Def: Solvabilitätsspanne: „Mindest-Eigenkapitalnachweis von Versicherungsunternehmen um sicherzustellen, dass die Versicherungsverträge erfüllt werden können. (...) Der Nachweis der Solvabilitätsspanne und der Eigenmittel muss von jedem

---

<sup>43</sup> Berechnung einer „Gruppensolvabilität“ gemäß EU-Versicherungsgruppenrichtlinie 98/78/EG

<sup>44</sup> vgl. Von der Schulenburg (2005), S. 388

<sup>45</sup> vgl. Farny (1995), S.681

Versicherungsunternehmen jährlich der Aufsichtsbehörde erbracht und vorgelegt werden (§53 c Abs. 4 VAG)<sup>46)</sup>

- Garantiefond, das einem Drittel der Spanne entspricht
- Mindestgarantiefond, definiert als absoluter Betrag, dessen Höhe von der Risikosituation der Versicherungszweige abhängt<sup>47)</sup>

### **Ermittlung der IST-Solvabilität**

Die verfügbare Solvabilität des Unternehmens spiegelt die unbelasteten Eigenmittel wieder. Dabei werden das Eigenkapital und andere Kapitalkosten gezählt. Bei den Lebensversicherern gehören auch die Teile der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und Zukunftsgewinne dazu.<sup>48)</sup>

Die Aufsichtsbehörde, wie oben schon erwähnt, prüft einmal jährlich die Solvabilitätsrechnung mit dem Jahresabschluss. Die Behörde stellt nach der Prüfung fest, ob das Verhältnis

$$\textbf{IST-Solvabilität : SOLL-Solvabilität} \geq 1$$

erfüllt wird.

Falls das Verhältnis von IST-Solvabilität zu Solvabilitätsspanne den Faktor Eins unterschreitet (Unterschreitung der Solvabilitätsspanne), so darf die Aufsichtsbehörde ein Solvabilitätsplan verlangen, wo die Maßnahmen zur Beeinflussung von Ist- bzw. SOLL-Solvabilität präsentiert sind. Mögliche Maßnahmen sind Eigenkapitalerhöhung (Ist-Solvabilität) oder die Erhöhung der passiven Rückversicherungskapazitäten (Soll-Solvabilität).<sup>49)</sup>

---

<sup>46)</sup> vgl. Koch/ Umann/ Weigert (2002), S.111

<sup>47)</sup> vgl. Von der Schulenburg (2005), S. 389

<sup>48)</sup> vgl. Farny (1995), S. 682

<sup>49)</sup> vgl. Von der Schulenburg (2005), S. 389 sowie Farny (1995), S.682

Wenn aber das Verhältnis von IST-Solvabilität zu Garantiefonds oder zu Mindestgarantiefond den Faktor Eins unterschritten ist, ist ein Finanzierungsplan vorzulegen. In diesem Plan muss eine Beschaffung von Eigenmitteln (die Erhöhung der Ist-Solvabilität) aufgezeigt werden. In solchen Fällen hat die Aufsichtsbehörde auch das Recht die freie Verwendung der Vermögenswerte zu untersagen oder einzuschränken.<sup>50</sup>

## 5.1. Solvency I

Der Versicherungsbinnenmarkt wurde Mitte der 90er Jahre mit den Versicherungsrichtlinien der dritten Generation, Lebensversicherungsrichtlinie 92/96/EWG und Schadensversicherungsrichtlinie 92/49/EWG eingeführt.<sup>51</sup> Die gegenwärtige europäische Solvenzaufsicht hat den Ursprung in der Schadenversicherungsrichtlinie aus dem Jahre 1973<sup>52</sup> und in der Lebensversicherungsrichtlinie aus dem Jahre 1979<sup>53</sup>, die als Grundbasis für die Entstehung des Binnenmarktes waren und sind bis jetzt fast unverändert geblieben.

Nach der Realisierung dieses Binnenmarktes wurde auf der EU-Ebene deutlich, dass die geltende Solvenzvorschriften einem Reformbedarf unterlag.<sup>54</sup> Mit der Gründung einer Kommission europäischer Aufsichtsbehörden 1994 unter der Leitung von Dr. Helmut Mueller, dem damaligen Vizepräsidenten des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen, wurde der erste Schritt zur Reformierung der Solvenzaufsicht für Versicherungsunternehmen gemacht. Der Bericht dieser Mueller-Kommission, im Jahre 2007 veröffentlicht, enthielt die Vorschläge zur Modernisierung der europäischen Solvenzvorschriften. Der war auch die Grundlage der unter dem Begriff „Solvency I“ zusammengefassten EU-

---

<sup>50</sup> vgl. Von der Schulenburg (2005), S. 389 sowie Farny (1995), S.682

<sup>51</sup> vgl. Aichinger (2005), S. 27

<sup>52</sup> vgl. Richtlinie 73/239/EWG

<sup>53</sup> vgl. Richtlinie 79/267/EWG

<sup>54</sup> vgl. AON Rück: Solvency II - Anforderungen der Finanzaufsicht

Richtlinien zur Schadenversicherung (2002/13/EG) und zur Lebensversicherung (2002/83/EG).

Die Vorschriften zu Solvency I sind mit dem 1. Jänner 2004 in Kraft getreten, die mit sich Veränderung auf dem Versicherungsmarkt gebracht haben. Eine Neuerung, die allgemeiner Natur ist, ist die modifizierte Formulierung des Artikel 16 Abs. 1 der Schadenversicherungsrichtlinie, die lautet: „Jeder Mitgliedsstaat verpflichtet die Schaden- (Lebens-)versicherungsunternehmen mit Sitz in seinem Gebiet, stets eine mit Rücksicht auf den Gesamtumfang ihrer Geschäftstätigkeit ausreichende verfügbare Solvabilitätsspanne zu bilden, die mindestens den Anforderung dieser Richtlinie entspricht.“<sup>55</sup> In Österreich sind u.a. höhere Werte des Mindestgarantiefonds im VAG als vorgeschrieben zu finden.<sup>56</sup>

Die Solvabilitätskontrolle hat mit der Solvency I- Veränderungen auch die Eigenschaft eines Risikomanagementinstrumentes im Versicherungsunternehmen übernommen. Damit muss auch die geforderte Solvabilität zukünftig nicht nur zum Ende des Geschäftsjahres, sondern zu jedem Zeitpunkt gewährleistet werden. Die Befugnis der Aufsichtsbehörde zum frühzeitigen Eingriff wurde auch erweitert. Die Aufsichtsbehörde hat nunmehr das Recht, von Versicherungsunternehmen, die in Probleme geraten sind, einen Sanierungsplan zu fordern, bzw. über die Vermögenswerten zu verfügen. In diesem Sinne, falls sich die Solvabilität eines Unternehmens im Vergleich zum letzten Geschäftsjahr verschlechterte, kann die Aufsicht die Anrechnung der Rückversicherungsverträge untersagen.

Die Struktur und die wichtigsten Regelungen der Bestimmungen des Projekts „Solvency I“, sowie die Umstellung der Richtlinie in Österreich und Deutschland werden hier vorgestellt:

---

<sup>55</sup> vgl. Richtlinie 2002/13/EG Artikel 2

<sup>56</sup> vgl. § 73f VAG

## 5.2. Versicherungsaufsichtssystem in Österreich

Die derzeitigen Eigenmittelbestimmungen im österreichischen Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) finden ihren Ursprung noch im Jahre 1986, als die Bestimmungen erstmals mit der VAG-Novelle geschaffen worden sind. Seitdem wurden die gesetzlichen Vorschriften in der Versicherungswirtschaft mehrmals geändert. Die letzte wesentliche Änderung ist durch die VAG-Novelle 2003 eingetreten, als der österreichische Gesetzgeber mit dem Bundesgesetz BGB1.I Nr. 3/2003 bzw. BGB1.I Nr. 70/2004 die europäische Richtlinie in das österreichische Recht übernommen hat. Das war die Richtlinie zur Bestimmung der Solvabilitätsspanne (Solvency I), die am 1. Januar in Kraft getreten ist.

Die Europäische Aufsichtsbehördenkonferenz (später CEIOPS<sup>57</sup> benannt) hat an dieser Verbesserung der für Nichtlebensversicherung-1973 und für die Lebensversicherung-1979 bestehende Richtlinie seit den 90er Jahren gearbeitet. Gleichzeitig wurde auch eine Neuausrichtung der europäischen Solvenzvorschriften für Versicherungsunternehmen (Solvency II) vorbereitet.

### 5.2.1. Eigenmittelausstattung

Die Eigenmittelausstattung wird durch die Solvabilitätsspanne gekennzeichnet. Die verfügbare Solvabilitätsspanne ist wiederum als Differenz zwischen den Eigenmitteln und dem Eigenmittelerfordernis zu verstehen.

Die Relation zwischen den verfügbaren Eigenmitteln und den Eigenmittelerfordernis stellt der Solvabilitätsgrad oder die Solvabilitätsquote dar, der bei einem Grad von über 100% das Erfordernis voll erfüllt.<sup>58</sup>

---

<sup>57</sup> CEIOPS - Committee of European Insurance and Occupational Pensions Supervisors

<sup>58</sup> Bestehende Solvabilitätsvorschriften– Solvency I, S.1 (download unter: <http://fma.cms.apa.at/cms/solvency2/DE/einzel.html?channel=CH0399>)



## ***Eigenmittel***

Die Eigenmittel sind in § 73b VAG sind die verschiedene Bestandteile der Eigenmittel, sowie die Hinzurechnungs- bzw. Abzugsposten definiert.

So sind nach dem Gesetz folgende Posten als Eigenmittel zu betrachten<sup>59</sup>:

- 1)
  - a) das eingezahlte Grundkapital bei Aktiengesellschaften (AG) und Europäische Gesellschaften (SE)
  - b) der Gründungsfonds bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit, falls er zur Deckung von Verlusten verwendet werden kann
  - c) das Dotationskapital (auf Dauer zur Verfügung gestelltes Kapital) bei den Zweigniederlassungen ausländischer Versicherungsunternehmen
- 2) die Kapital-, Gewinn-, die un versteuerten Rücklagen sowie der versteuerte Teil der Risikorücklage (nicht erfasst werden der sog. Organisationsfonds, der den Aufbau des Unternehmens finanzieren soll und die Rücklage für eigene Aktien)<sup>60</sup>
- 3) der nicht zur Ausschüttung bestimmte Bilanzgewinn
- 4) das Partizipations- und Ergänzungskapital (nach den Umständen)

Die hinzurechende Posten sind<sup>61</sup>:

- 1) die Rückstellungen für Gewinnbeteiligung in der Lebensversicherung, wenn sie zur Deckung von Verlusten herangezogen werden dürfen, sowie die Rückstellungen für erfolgsabhängige Prämienrückstellungen in der Krankenversicherung
- 2) das nicht eingezahlte Grundkapital (nach der Genehmigung der FMA)
- 3) stille Reserven<sup>62</sup>, die aus einer Untertarifierung der Aktiva resultieren. (nach der Genehmigung der FMA)

---

<sup>59</sup> vgl. § 73b Abs. 2 VAG

<sup>60</sup> vgl. Schierenbeck/ Hölscher (1993), S.207

<sup>61</sup> vgl. § 73b Abs. 3 VAG

<sup>62</sup> vgl. Schierenbeck/ Hölscher (1993), S.208

Von den Eigenmitteln sind nach dem Gesetz, VAG § 73 einige Posten abzuziehen<sup>63</sup>:

- 1) der Bilanzverlust
- 2) die Buchwerte eigener Aktien und eigener Partizipationsscheine
- 3) der Buchwert immaterieller Vermögensgegenstände
- 4) die Beteiligungen an Versicherungsunternehmen, Versicherungs-Holdinggesellschaften, Kreditinstituten, Finanzinstituten und Wertpapierfirmen<sup>64</sup>

### ***Eigenmittelerfordernis***

Das Eigenmittelerfordernis muss ständig und in jeder Bilanzabteilung bedeckt sein. Die Bilanzabteilung umfasst sämtliche „Versicherungsarten“ – Leben-, Kranken-, Schaden- und Unfallversicherung.

Man unterscheidet zwischen dem fixen und variablen Eigenmittelerfordernis.

Die Unternehmen müssen mindestens über Eigenmittel in Höhe des fixen Mindesteigenmittelerfordernisses verfügen. Die Höhe der Mindesteigenmittelerfordernisse kann unterschiedlich sein, in Abhängigkeit von der Tätigkeit eines Unternehmens.

Betreibt das Unternehmen ausschließlich die *Lebensversicherung*, so hat es mit dem Mindesteigenmittelerfordernis in Höhe von 4,3 Millionen Euro zu verfügen. Andersfalls, wenn das Unternehmen nur die Krankenversicherung betreibt, beträgt die Summe 3,8 Millionen Euro. Mindestgarantiefonds bei Versicherungsunternehmen, die ausschließlich die Schaden- und Unfallversicherung betreibt, beträgt das Eigenmittelerfordernis 4,3 bzw. 3,2 Millionen Euro.<sup>65</sup>

Wenn die Versicherungsunternehmen seine Geschäfte nicht nur in einer, sondern in mehreren Bilanzabteilung betreiben, dann gelten andere Beträge. Für die Geschäfte im Bereich der *Lebensversicherung*, ist der Betrag in Höhe von 3,8 Millionen zu beschaffen. Die Tätigkeit im Bereich der Krankenversicherung verlangt den Mindestgarantiefond von 2,7 Millionen Euro. Die Tätigkeit in Schaden- und Unfallversicherung verlangt eine Summe in Höhe von 3,8 bzw. 2,7 Millionen Euro.<sup>66</sup>

---

<sup>63</sup> vgl. § 73b Abs. 4 VAG

<sup>64</sup> vgl. § 73b Abs. 4a i.V.m § 86a Abs. 2 Z3 VAG

<sup>65</sup> vgl. § 73f Abs. 2 VAG

<sup>66</sup> vgl. § 73f Abs. 2 Z4 VAG

Um sich nach dem Gesetz zu richten, muss jedes Versicherungsunternehmen die Eigenmittel in Höhe des Mindesteigenmittelerfordernisses halten. Das variable Eigenmittelerfordernis ist als relevantes Erfordernis zu betrachten, wenn es höher als die oben genannten Beträge ist.

Nicht eingezahlte Grundkapital und die stillen Reserven sind nicht zur Deckung des Mindestgarantiefonds vorgesehen.

#### **5.2.1.1. Eigenmittelbestimmung in der Lebensversicherung<sup>67</sup>**

Das Risikokapital und das Kapitalanlagerisiko sind zwei Hauptelemente, die die Soll-Solvabilität in der Lebensversicherung bestimmen. Durch diese Größen wird auch die Risikolage von Lebensversicherern ausgedrückt.<sup>68</sup>

##### ***Risikokapital***

Das Risikokapital (RK) stellt die Bemessungsgrundlage des versicherungstechnischen Risikos (VtR) dar. Am Stichtag, an dem auch die Berechnung der Solvabilitätsspanne vorgesehen ist, werden die Versicherungsleistungen<sup>69</sup> betrachtet. Aus der Differenz zwischen an diesem Stichtag fälligen Versicherungsleistungen und dem dafür abgespartem Kapital<sup>70</sup> berechnet sich das Risikokapital.<sup>71</sup> Das Risikokapital wird auch als mathematische Reserven bezeichnet.

---

<sup>67</sup> Die Richtlinie 2002/83/EG ist durch § 73b Abs. 1 Anlage D B) in das österreichische Recht umgesetzt.

<sup>68</sup> vgl. Farny (1995), S. 732

<sup>69</sup> Versicherungsleistungen = Versicherungssummen des Bestandes

<sup>70</sup> Deckungsrückstellungen abzüglich der um Kostenanteile verminderten Beitragsübergabe

<sup>71</sup> vgl. Von der Schulenburg (2005), S. 393

### ***Kapitalanlagerisiko***

Das Kapitalanlagerisiko wird durch die mathematischen Rückstellungen bemessen, d.h. die versicherungsmathematisch berechnete Passiva, aus denen Kapitalanlagen finanziert werden.<sup>72</sup>

### **Ermittlung der Solvabilitätsspanne**

Die Deckungsrückstellungen und die Prämienüberträge gelten als Grundlage für die Berechnung der Solvabilitätsspanne in der Lebensversicherung.

4% der mathematischen Reserven (MR), bzw. dieser Rückstellungen, ohne Abzug des Anteils der Rückversicherer, resultierend aus dem direkten Versicherungsgeschäft werden mit dem Selbstbehaltsquotienten multipliziert. Dieser Quotient ergibt sich aus dem Betrag der mathematischen Reserve abzüglich des jeweiligen Anteils der Rückversicherer und dem Bruttobetrag der mathematischen Reserve.<sup>73</sup>

Kapitalanlagerisiko:

$$KaR = 0,04 * MR * SBQ$$

wobei, KaR = Kapitalanlagerisiko, MR = mathematische Reserven und SBQ = Selbstbehaltsquotient ( $SBQ \geq 0,85$ )<sup>74</sup>

Bei Verträgen, bei denen das Kapitalanlagerisiko von Versicherungsnehmer getragen wird, bzw. bei denen das Risiko nicht negativ ist, wird nur 1% der Rückstellungen als Basis herangezogen. Außerdem werden 0,3% des riskierten Kapitals (RK) mit einem Selbstbehaltsquotient von mindestens 50% multipliziert.

---

<sup>72</sup> vgl. Von der Schulenburg (2005), S. 393

<sup>73</sup> Bestehende Solvabilitätsvorschriften– Solvency I, S.3 (download unter: <http://fma.cms.apa.at/cms/solvency2/DE/einzel.html?channel=CH0399>)

<sup>74</sup> vgl. Anlage D zu § 73b Abs. 1

Selbstbehaltsquotient ergibt sich aus dem abgelaufenen Geschäftsjahr unter Berücksichtigung eines Rückversicherungsanteils von maximal 15%.

Versicherungstechnisches Risiko:

$$VtR = 0,003^{75} * RK * SBQ, \text{ bzw.}$$

$$VtR = 0,001^{76} * RK * SBQ, \text{ bzw.}$$

$$VtR = 0,0015^{77} * RK * SBQ$$

wobei, VtR = versicherungstechnisches Risiko, RK = riskiertes Kapital, SBQ = Selbstbehaltsquotient ( $SBQ \geq 0,5$ )<sup>78</sup>

Ob 0,3%, 0,15% oder 0,1% des Risikokapitals berücksichtigt wird, hängt von der Art und Laufzeit der Versicherung.

### ***Solvabilitätsspanne in der Lebensversicherung = KaR + VtR***

Die Solvabilitätsspanne wird für nominelle als auch fondsgebundene Lebensversicherung berechnet. Hier werden aber spezielle Vorschriften verwendet, so dass sich die Solvabilitätsspanne aus der Summe folgenden Positionen ergibt<sup>79</sup>:

- Solvabilitätsbetrag der nominellen Lebensversicherung für das Kapitalanlagerisiko (siehe oben)
- Solvabilitätsbetrag der nominellen Lebensversicherung für das versicherungstechnische Risiko
- Solvabilitätsbetrag der fondsgebundenen Lebensversicherung für das Kapitalanlagerisiko
- Solvabilitätsbetrag der fondsgebundenen Lebensversicherung für das versicherungstechnische Risiko

---

<sup>75</sup> 3% des Risikokapitals für alle Versicherungen außer Todesfallversicherung mit Laufzeit von 3-5 Jahren

<sup>76</sup> 1,5% des Risikokapitals für Todesfallversicherung mit Laufzeit von 3-5 Jahren

<sup>77</sup> 1% des Risikokapitals für Todesfallversicherung mit Laufzeit bis zu 3 Jahren

<sup>78</sup> Maximale Anrechnung eines Rückversicherungsanteils von 50%

<sup>79</sup> vgl. Von der Schulenburg (2005), S. 393

- Solvabilitätsbetrag der Zusatzversicherung nach Beitragsindex
- Solvabilitätsbetrag der Tontinegeschäfte für das Kapitalanlagerisiko
- Solvabilitätsbetrag für Kapitalisierungsgeschäfte für das Kapitalanlagerisiko
- Solvabilitätsbetrag für die Verwaltung von Pensionsfonds, kollektive Vorsorge

### **Ermittlung des Garantiefonds**

Beim Garantiefonds handelt sich ebenso wie bei der Solvabilitätsspanne um einen Sollbetrag. Auf einer Seite zeigt der Garantiefonds eine kritische Schwelle der Solvabilität und auf der anderen gibt er an, in welcher Höhe ein Versicherungsunternehmen über bestimmte Eigenmittel verfügen muss.<sup>80</sup> Ein Drittel der Solvabilitätsspanne stellt der Garantiefonds dar.

### **Ermittlung des Mindestgarantiefonds**

Bei den Lebensversicherungsunternehmen ist die Höhe der Mindestgarantiefonds auf 3 Millionen Euro festgelegt. Falls es zu einer 5%-igen Erhöhung des europäischen Verbraucherpreisindex kommt, wird auch der Wert des Mindestgarantiefonds angepasst.

#### **5.2.1.2. Intervention seitens der österreichischen Finanzmarktaufsichtsbehörde<sup>81</sup>**

Nach dem österreichischen Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) hat die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) vier Stufen der Intervention betreffend die Eigenmittelausstattung:

- Das Versicherungsunternehmen hat den **Finanzierungsplan**, gemäß § 104a Abs. 2 VAG der FMA vorzulegen, wenn die Eigenmittel des Unternehmens

---

<sup>80</sup> vgl. Schierenbeck/ Hölcher (1993), S.215

<sup>81</sup> vgl. § 104a Abs. 1 VAG, § 104a Abs. 2 VAG, sowie § 104a Abs.2a VAG

nicht den Umfang des Garantiefonds entsprechen. Somit muss der Finanzierungsplan alle Angaben eines Planes für die kurzfristige Beschaffung der erforderlichen Eigenmittel. Dieser Bedarf der Genehmigung durch die FMA, die zu erteilen ist, wenn die Durchführung des Plans im Finanzierungsplan zu erwarten ist.

- Der **Solvabilitätsplan** gemäß § 104a Abs. 1 VAG ist der FMA vorzulegen, wenn das Versicherungsunternehmen über die Eigenmittel nicht im erforderlichem Ausmaß verfügt. Der Plan basiert auf der Wiederherstellung gesunder Finanzverhältnisse (Solvabilitätsspanne).
- Den **Solvabilitätsplan** gemäß § 104a Abs. 1 zweiter Satz VAG wird von der FMA verlangt, falls es ein berechtigter Grund zur Annahme, dass das Unternehmen in absehbarer Zeit nicht über die erforderlichen Eigenmittel verfügen wird. Auch dieser Plan bedarf der Genehmigung durch die FMA.
- Die FMA kann auch ein **Sanierungsplan** gemäß § 104a Abs. 2a VAG vom Unternehmen verlangen, jedoch nur wenn die finanzielle Situation des Unternehmens verschlechtert ist und ein berechtigter Grund zur Annahme besteht, dass die ausreichende Eigenmittelausstattung voraussichtlich auf Dauer nicht mehr gewährleistet wird. Dieser kann auch zusätzlich zu einem Solvabilitäts- oder Finanzierungsplan verlangt werden.

### 5.2.2. Auswirkungen auf das österreichische Aufsichtssystem nach der Umsetzung der EU-Richtlinie<sup>82</sup>

Die neuen Versicherungsvorschriften, die durch die Richtlinienumsetzung mit der VAG-Novelle 2003 in das österreichische Recht übernommen wurden, weisen relativ geringe Änderungen auf.

---

<sup>82</sup> vgl. Rundschreiben der FMA vom 12. November 2003 betreffend Änderung der Solvabilitätsvorschriften des VAG (download unter: <http://fma.gv.at>) sowie Bestehende Solvabilitätsvorschriften– Solvency I (download unter: <http://fma.cms.apa.at/cms/solvency2/DE/einzel.html?channel=CH0399>)

Im Bereich der Eigenmittel wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- Seit dem 1. Jänner 2004 dürfen die stillen Reserven bis maximal 50% des Eigenmittelerfordernisses bzw. im Falle einer Unterdeckung 50% der Eigenmittel angerechnet werden. Die Bestimmung über die Grenze von 20% der anrechenbaren Eigenmittel nach dem § 73b Abs. 2 Z1 und Z2 VAG ist somit entfallen. Immer noch aktuell ist jedoch die Genehmigungspflicht, falls diese Hinzurechnung stattfindet. Die eventuellen vorhandenen stillen Lasten werden auch berücksichtigt.
- Nach der Richtlinienumsetzung, braucht das Versicherungsunternehmen eine Genehmigung durch die FMA, wenn eine Hinzurechnung des nicht eingezahlten Grundkapitals vorgenommen wird. Das nicht eingezahlte Grundkapital hat jetzt nicht automatisch Eigenmittelcharakter. Die Anrechenbarkeit dieses Grundkapitals begrenzt sich auf 50% des Eigenmittelerfordernisses bzw. im Falle einer Unterdeckung 50% der Eigenmittel.
- Die Bestimmung der Anerkennung von Zusatzkapital unterlag auch einer Änderung. Die Grenze der Anrechnung von Partizipations- und Ergänzungskapital liegt seit 1. Jänner 2004 bei 50% des Eigenmittelerfordernisses. Die Grenze von 25% des Eigenmittelerfordernisses ist nur für das Ergänzungskapital mit fester Laufzeit festgelegt.

Bei der Berechnung des Eigenmittelerfordernisses kam es auch zu einigen Änderungen:

- Seit der VAG-Novelle 2003 sind nicht mehr die verrechneten Prämien maßgeblich, sondern es wird der höhere Wert aus verrechneten und abgegrenzten Prämien herangezogen. Die durchgeführten Änderungen betreffen auch die Erhöhung des Eigenmittelerfordernisses für Haftpflichtzweige um 50% (ausgenommen Kfz-Haftpflicht).
- Es ist bei der Berechnung des Eigenmittelerfordernisses nach den Prämien- und Schadenindex eine Änderung, bzw. Anhebung der Schwellenwerte vorgekommen. Aus dem Prämienindex wird das Erfordernis mit einem Schwellenwert in Höhe von 53,1 Millionen Euro als erste Stufe berechnet



(statt damals 10 Millionen). Beim Schadenindex geht es jetzt um eine Summe von 37,2 Millionen Euro (statt 7 Millionen).

- Die Berechnung des Selbstbehaltsquotientes wird nach den Solvency I – Regelungen über einen Zeitraum von 3 Jahren erfolgen.
- Das Absinken des maßgeblichen Eigenmittelerfordernisses wurde begrenzt.

### **5.2.3. Stand der österreichischen Versicherungswirtschaft**

Das die Versicherungsnehmerinnen aus Österreich zu den zufriedensten in ganz Europa gehören, konnte man nach einer Studie der EU-Kommission nachvollziehen. Die Studie wurde in 25 Ländern durchgeführt und ist im Jahr 2007 veröffentlicht. Fast 30 000 Konsumentinnen über 18 Jahren sind befragt.<sup>83</sup>

Dr. Louis Norman-Audenhove, Generalsekretär des österreichischen Versicherungsverbandes VVO ist über die Ergebnisse sehr erfreut, da es sich herausgestellt hatte, dass die Konsumentinnen sehr zufrieden mit dem angebotenen Service und mit der österreichischen Produktpalette sind.

Die zufriedensten Kundengruppen waren Pensionisten, Manager und Angestellte, bzw. Arbeiter. Eine sehr wichtige sozioökonomische Gruppe sind jedoch die Studentinnen, die aber am wenigsten positive Schätzungen hatten. Vielleicht sollten sich die einzelnen Versicherungen, als auch österreichischer Versicherungsverband neue „Pläne“ als Imperativ setzen, bzw. neuere Strategie vorbereiten, um diese wichtige Kundengruppe zu akquirieren.

Auch im Bereich „Image“, liegen österreichische Versicherungen, im Vergleich zu den vielen anderen europäischen Versicherern, ganz vorne.

76,1% der Befragten geben an, zufrieden zu sein. Das ist auf jeden Fall ein absolut gutes Ergebnis, worauf die österreichische Versicherungswirtschaft stolz sein kann.

---

<sup>83</sup> vgl. EU-Kommission bestätigt: Österreicher sind zufriedene Versicherungskunden!

(<http://www.vvo.at/eu-kommission-bestatigt-osterreicher-sind-zufriedene-versicherungskunden.html>)

Gleichzeitig ist es auch ein positives Anreiz, um noch besser zu werden, bzw. den Kunden ein absolut perfektes Angebot machen zu können.

Natürlich haben auch die Solvency I – Bestimmungen gute Auswirkung auf die bestehende Situation und Zufriedenheit, bzw. Sicherstellung von Kunden gezeigt. Jetzt sollten die Experten noch ein paar Jahren abwarten, um die Auswirkung von Solvency II unter die Lupe nehmen zu können.

Betrachtet man der Jahresbericht des Versicherungsverbandes und den österreichischen Lebensversicherungsmarkt in Zahlen, so ergibt sich für 2006 folgendes Bild (siehe Abbildung 4):

- Die Versicherungssumme per 31.12.2006 beträgt 188.155 Millionen Euro (im Vorjahr 179.579 Millionen Euro). Im Vergleich zum Vorjahr sieht man die Erhöhung der Versicherungssumme um 4,8%.
- Im Vergleich zum Vorjahr wurden um 0,8% mehr Prämien erwirtschaftet, das sind konkret 7.183 Millionen Euro.

**Abbildung 4:** Versicherungssummen, Prämien und Leistungen

	2002	2003	2004	2005	2006
<b>Prämien laufende</b>	3.842	4.211	4.616	4.974	5.292
Steigerung in %	7,1	9,6	9,6	7,8	6,4
<b>Prämien Einmalerläge</b>	1.776	1.493	1.549	2.150	1.891
Steigerung in %	-20,9	-15,9	3,7	38,8	-12,0
<b>Prämien gesamt</b>	5.617	5.704	6.165	7.124	7.183
Steigerung in %	-3,7	1,5	8,1	15,6	0,8
<b>Versicherungssumme</b>	141.416	157.206	168.544	179.579	188.155
Steigerung in %	6,9	11,2	7,2	6,5	4,8
<b>Leistungen (ausbezahlt)</b>	3.573	4.251	3.323	3.435	3.996
Steigerung in %	-8,0	19,0	-21,8	3,4	16,3
hievon: Ausbezahlte Gewinnbeteiligung (in Versicherungsleistungen enthalten)	1.044	935	616	591	614
<b>nachrichtlich:</b>					
<b>Versicherungsdichte</b>	698	706	754	865	867
<b>Versicherungsdurchdringung in %</b>	2,57	2,52	2,60	2,91	2,80

**Quelle:** VVO, Jahresbericht 2006 (download unter <http://www.vvo.at/jahresbericht/index.php>)

Betreffend die Einnahmen aus Prämien, merkt man ein Zuwachs von 0,8% im Bereich der Lebensversicherung. Im Jahr 2005 betrug die Summe der Prämien 7.183 Millionen Euro. Im Jahr 2005 ging es um 7.124 Millionen Euro.

**Abbildung 5:** Prämien und Leistungen - Direkte inländische Geschäfte

	2002	2003	2004	2005	2006
<b>Prämien verrechnet</b>					
Leben	5.617	5.704	6.165	7.124	7.183
Steigerung in %	-3,7	1,5	8,1	15,6	0,8
Kranken	1.252	1.300	1.344	1.398	1.437
Steigerung in %	3,8	3,8	3,4	4,0	2,8
Unfall	593	620	648	677	702
Steigerung in %	3,2	4,6	4,6	4,4	3,8
<b>Summe Personenversicherung gesamt</b>	<b>7.463</b>	<b>7.624</b>	<b>8.158</b>	<b>9.199</b>	<b>9.322</b>
Steigerung in %	-2,0	2,2	7,0	12,8	1,3
Summe Kfz gesamt	2.410	2.588	2.745	2.841	2.883
Steigerung in %	7,8	7,4	6,1	3,5	1,5
Summe Schadenversicherung gesamt (exkl. Kfz)	2.742	2.916	3.071	3.255	3.383
Steigerung in %	4,6	6,4	5,3	6,0	3,9
<b>Summe Sachversicherung gesamt (inkl. Kfz)</b>	<b>5.153</b>	<b>5.504</b>	<b>5.816</b>	<b>6.096</b>	<b>6.266</b>
Steigerung in %	6,1	6,8	5,7	4,8	2,8
<b>Summe verrechnete Prämien</b>	<b>12.615</b>	<b>13.128</b>	<b>13.974</b>	<b>15.295</b>	<b>15.589</b>
Steigerung in %	1,2	4,1	6,4	9,5	1,9

Quelle: VVO, Jahresbericht 2006 (download unter <http://www.vvo.at/jahresbericht/index.php>)

### 5.3. Versicherungsaufsichtssystem in Deutschland

Die staatliche Aufsicht von Versicherungsunternehmen besteht in Deutschland schon seit 1902, die mittels Reichsgesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 verankert wurde. Doch die Kernpunkte der Versicherungsaufsicht sind das Gesetz über die Errichtung eines Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen (BAV) sowie die Normen des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG)<sup>84</sup>. Wesentliche Vorschriften der externen Rechnungslegung findet man im HGB. Weiter Grundlagen der Versicherungsaufsicht bilden auch das Gesetz über den Versicherungsvertrag (VVG), sowie verschiedene Verordnungen und Rundschreiben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).<sup>85</sup>

„Solvabilitätsspanne“ als ein definierter Kapitalbedarf umfasst das von einem einzelnen Versicherungsunternehmen (Solo-Aufsicht) oder von einer

<sup>84</sup> vgl. Von der Schulenburg (2005), S. 388

<sup>85</sup> vgl. AON Rück: Solvency II - Anforderungen der Finanzaufsicht

Versicherungsgruppe (Solo-Plus-Aufsicht) unter Aufsichtsaspekten notwendig vorzuhaltende Volumen an freien und belasteten Eigenmittel. Der Solvabilitätsnachweis, sowie der Jahressabschluss sind vom Versicherungsunternehmen der BaFin zur Kontrolle vorzulegen.

Seit 21.7.1994, als die Umsetzung der Dritten Richtliniengeneration in deutsches Recht erfolgte, sind die einzelnen Versicherungsunternehmen als juristische Personen das Objekt der Versicherungsaufsicht (Solo-Aufsicht). Mit den anderen Wörtern: es wurde ein Übergang von einer prämien- und produktorientierten Staatsaufsicht zu einer finanzwirtschaftlich orientierten Versicherungsaufsicht vollzogen.<sup>86</sup>

Die Rechts-, Finanz- und Missbrauchsaufsicht ist im §81 VAG geregelt, während sich die nachfolgenden Paragraphen mit den wesentlichen Informations- und Eingriffsbefugnissen der Regulierungsbehörde beschäftigen. Da sind u.a. der Solvabilitäts- und Finanzplan, Missstandsaufsicht in der Lebens- und in der Krankenversicherung, Auskunfts- und Prüfungsbefugnisse, sowie Beaufsichtigungsregelungen bestimmt.

Somit ist die Aufgabe der Finanz- und Versicherungsaufsicht, die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus Versicherungsverträgen zu gewährleisten. Dabei hat die Aufsichtsbehörde gemäß §81 (2) VAG Weisungsbefugnis gegenüber den unternehmerischen Entscheidungsträgern.

Das System der Finanzaufsicht in Deutschland wird im Laufe der Zeit an mehreren Stellen angepasst und weiterentwickelt. Besonders wichtig sind Bereiche der **Solo-Plus-Aufsicht**, der **Vermögensanlage** und der **Rückversicherung**.

---

<sup>86</sup> vgl. Romeike/ Mueller-Reichart (2005), S. 113

### **5.3.1. Solo-Solvabilitäts-Aufsicht**

#### **5.3.1.1. Aufsicht über die Solvabilität von Versicherungsunternehmen - Rechtliche Grundlagen**

Die Aufsicht über die Solo-Solvabilität gilt in Deutschland für alle Versicherungsunternehmen. Versicherungsunternehmen sind im Gesetz gemäß §1 Abs.1 VAG als „Unternehmen, die den Betrieb von Versicherungsgeschäften zum Gegenstand haben und nicht Träger der Sozialversicherung sind“, definiert.

Für die reinen Rückversicherungsunternehmen gibt es keine europäische Rechtsgrundlage, so dass sie nur eingeschränkt unter die staatliche Aufsicht in Deutschland fallen. In den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist für die Aufsicht von Rückversicherungsunternehmen ein Kontinuum von vollkommener Aufsichtsfreiheit bis hin zur Aufsicht analog zu Erstversicherern zu finden.

Nachdem auch die Holdinggesellschaften durch die Aufsichtsbestimmungen nicht erfasst sind, wird die Solvabilität von Versicherungsgruppen bzw. –konzernen im Rahmen des Solo-Plus-Aufsichtssystem berücksichtigt.<sup>87</sup>

#### **5.3.1.2. Eigenmittelbestimmung in der Lebensversicherung**

Solo-Solvabilitätsanforderungen für Lebensversicherer sind durch die Richtlinie Lebensversicherung 2002/83/EG in das deutsche Recht umgesetzt. Daher darf ich auf Punk 5.2.1.1. Eigenmittelbestimmungen in der Lebensversicherung verweisen.

#### **5.3.1.3. IST-Solvabilität**

Gemäß §53c VAG müssen „freie und unbelasteten Eigenmittel“ in der Lage sein, eventuelle Verluste finanzieren zu können. Zu diesen Eigenmitteln zählen insbesondere Eigenkapitalbestandteile:

---

<sup>87</sup> vgl. Von der Schulenburg (2005), S. 388

- Summe des Eigenkapitals, die in der Bilanz ausgewiesen wurde. Dazu gehören u.a. das eingezahlte Grundkapital, Gewinnrücklagen, Gewinnvortrag abzüglich auszuschüttender Dividenden...
- aus der Aktiva resultierende stille Reserven (meistens sind das Grundstücke oder Wertpapiere)
- freie Teile der Rückstellungen für Beitragsrückerstattung
- bestimmte Fremdkapitalteile, die zur Verlustdeckung vorgesehen sind
- Zukunftsgewinne, wobei auf Antrag bis zu 50% der zukünftigen Unternehmensgewinne verwendet werden dürfen<sup>88</sup>

Immaterielle Vermögenswerte, wie Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb, der aktivierte Geschäfts- oder Firmenwert, voraussichtliche Steuerentlastungen usw. werden von der Summe der Eigenmittel abgezogen. Neben die aufgezählten immateriellen Vermögenswerte wird auch der Verlustvortrag abgezogen.

Eine Unterschreitung der Solvabilitätsspanne bringt die aufsichtsrechtlichen Konsequenzen mit sich. In diesem Fall muss das Unternehmen auf Verlangen der Aufsichtsbehörde einen Solvabilitätsplan vorlegen.

### **5.3.2. Solo-Plus-Aufsicht**

#### **5.3.2.1. Solvabilitätskonzept für Versicherungsgruppen und -konzerne**

Die Versicherungsgruppenrichtlinie aus dem Jahre 1998 (Richtlinie 98/78/EG), die mit Wirkung zum 1.1.2001 in deutsches Recht umgesetzt wurde, ist eine Basis für die Solo-Plus-Aufsicht. Diese Richtlinie wurde durch die Richtlinie 2002/87/EG (Finanzkonglomeratrichtlinie) vom 16. Dezember 2002 des Europäischen

---

<sup>88</sup> Da die Zukunftsgewinne eine erst in die Zukunft zu erwirtschaftende Größe, und nicht derzeit zur verlustdeckungsverfügbare Mittel sind, ist in der Richtlinie 2002/83/EG gefordert, dass die Anrechnung von denen begrenzt und nur noch bis zum 31.12.2009 anerkannt wird.

Parlaments und des Rates geändert.<sup>89</sup> Somit sind die Versicherungsgruppen und –konzerne zusätzlich zur Solo-Solvabilität der einzelnen Erstversicherungsunternehmen verpflichtet, eine bereinigte Solvabilität für Versicherungsgruppen nachzuweisen. Die entsprechenden Vorschriften des deutschen Rechts sind in den §§ 104a - 104i VAG zu finden.

Die Erstversicherungsunternehmen, die die Obergesellschaften in Konzernen darstellen sowie die Erstversicherer, die ein Erst- oder Rückversicherungsunternehmen als Obergesellschaft haben oder einer reinen Versicherungs-Holding gehören sind verpflichtet, die Solo-Plus-Solvabilität zu ermitteln.<sup>90</sup> Somit ist eine gruppenbezogene Soll-Solvabilität als Mindesthöhe der nachzuweisenden Eigenmittel sowie den Nachweis der vorhandenen Eigenmittel der Gruppe als Ist-Größe zu ermitteln.

Der hohe Verlust einer Gesellschaft innerhalb der Gruppe könnte zu den Verlusten bei anderen Gesellschaften der Gruppe führen und andere Versicherer gefährden. Solche Verluste könnten aus den gruppeninternen Geschäften<sup>91</sup> und Verflechtungen sowie Risikokulminationen in den Versicherungsgeschäften entstehen.<sup>92</sup>

Eine Mehrfachbelegung von Eigenmitteln („double gering“) stellt eine Ausweitung des Geschäftsvolumens ohne zusätzliches Eigenkapital, die bei der Solo-Plus-Aufsicht ausgeschlossen ist. Darunter versteht man die Möglichkeit eines Versicherers, diese Ausweitung zu tätigen, indem er statt sonstiger Vermögenswerte eine Beteiligung an einem Versicherungsunternehmen hält.

Gruppeninterne Kapitalausschöpfung ist auch nicht gestattet.

---

<sup>89</sup> vgl. Rundschreiben 2/2006 (VA) der BaFin (download unter: [www.bafin.de](http://www.bafin.de))

Dieses Rundschreiben ist erstmalig für das nach dem 31. Dezember 2004 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden.

<sup>90</sup> vgl. § 104b VAG

<sup>91</sup> gemäß § 104e Abs. 2 VAG: Darlehen, Garantien und außerbilanzmäßige Geschäfte, Eigenmittel im Sinne von § 53c, Kapitalanlagen, Rückversicherungsgeschäfte und Kostenteilungsvereinbarungen

<sup>92</sup> vgl. § 104e VAG

### 5.3.2.2. Methoden der Ermittlung der bereinigten Solvabilität

In der EU-Richtlinie stehen für die Berechnung der bereinigten Solvabilität drei Methoden zur Verfügung: Abzugsmethode, Aggregationsmethode und die Ermittlung auf der Basis des konsolidierten Jahresabschlusses.<sup>93</sup>

Jedenfalls muss die Differenz zwischen den vorhandenen Mitteln (Konzern-Ist-Solvabilität) und Anforderungen (Konzern-Soll-Solvabilität) größer oder gleich Null sein. Diese Differenz heißt auch die Solvabilitätsüberdeckung.

- Bei der *Aggregationsmethode* wird die Konzern-Ist-Solvabilität, bzw. das Eigenmittel aus den für die Berechnung der Solvabilität zugelassenen Mitteln der Konzernmutter zuzüglich der anteiligen Eigenmittel der Konzerntöchter ermittelt. Von dieser Summe werden die Solvabilitätsspanne bzw. die Konzern-Soll-Solvabilität der Mutter und anteilige Solvabilitätsspannen der Töchter sowie die Buchwerte der Töchter abgezogen.

Um den unerwünschten „double-gering“ Effekt zu vermeiden, werden in die Berechnung auch zum Konzern gehörende Rückversicherungsunternehmen einbezogen. Bei einer Soll-Solvabilität von Null werden die Rückversicherer als Erstversicherer behandelt.<sup>94</sup>

- Im Vergleich zu der Aggregationsmethode ist die *Abzugsmethode* einfacher aufgebaut. Bei der Verwendung dieser Methode, ist bei der Berechnung von den Eigenmitteln (Konzern-Ist-Solvabilität) nur das Eigenmittel der Muttergesellschaft zu berücksichtigen.
- Die *Methode auf der Basis des konsolidierten Jahresabschlusses* bietet den Vorteil der gruppenweit einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsspielräume. Der Vorteil spiegelt sich bei den Konzernrechnungslegung durchgeführten und geprüften Kapital-, Schulden-, Aufwands- und Ertragskonsolidierung und Zwischenergebniseliminierung wieder. Derzeit werden sowohl ein HGB-Konzernabschluss als auch ein Konzernabschluss nach IAS von der Aufsichtsbehörde akzeptiert.

---

<sup>93</sup> vgl. Richtlinie 98/78/EG Anhang I und II

<sup>94</sup> Die Rückversicherungsunternehmen unterliegen keinen Solo-Solvabilitäts-Vorschriften.



Die Ist-Solvabilität als auch die Soll-Solvabilität werden anhand des konsolidierten Jahresabschlusses ermittelt. Bei der Berechnung der Solvabilitätsspanne werden die geforderten Solvabilitätsspanne der Töchter addiert, während die Anteile an den Solvabilitätsspannen, die auf andere Gesellschafter entfallen, ausgeklammert werden.

Diese Methode bietet das höchste Maß an Operativität.

### **5.3.3. Vermögensanlage**

Mit dem neuen Anlagenkatalog gemäß Anlageverordnung stellt die Aufsichtsbehörde neue und höhere Anforderungen an die Vermögensanlage der Versicherer. Dieser Anlagenkatalog ist in den Vorschriften der Anlagenverordnung (AnlV), die am 20. Dezember 2001 den § 54a VAG abgelöst haben, befasst.

Mit den neuen Bestimmungen wird eine höhere Qualität des Anlagenmanagements und der internen Kontrolle garantiert. Gleichzeitig entsprechen sie auch den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG).

Hier wurden unter anderen zusätzlichen Anlagemöglichkeiten geschaffen, die Möglichkeiten der Fondsanlage wurden erweitert und die Risikokapitalquote wurde von 30 auf 35% erhöht.

Diese Verordnung fordert, dass Versicherungsunternehmen eine perspektivischen Anlagepolitik und sonstigen organisatorischen Maßnahmen sicherstellen müssen. Die Umsetzung der Anlagepolitik soll eine detaillierte Analyse der Risiken auf der Aktiv- und Passivseite und das Verhältnis beiden Seiten regeln.<sup>95</sup> In dieser Analyse werden die verschiedenen Arten des Risikos, wie z.B. das Marktrisiko, Kreditrisiko, Liquiditätsrisiko, Währungsrisiko, Betriebsrisiko und Rechtsrisiko, beachtet. Die Aufgabe der Analyse ist das Stresstest und Szenarioanalyse durchzuführen.<sup>96</sup>

---

<sup>95</sup> Asset-Liability-Management

<sup>96</sup> vgl. Dr. Goretzky/ Sijanski (2007): Die neue Anlageverordnung: Ein bisschen Solvency II schon 2008?, in: VW, 62.Jg. Heft 24, S.2054

Die Versicherungsunternehmen haben neben dem vierteljährlich einzureichenden Bericht über die Zusammensetzung der Anlagen auch die Information über ihre Buch und- und Zeitwerte vorzulegen. Somit hat die Aufsicht in die bilanziellen Reserve- bzw. Lastensituation des Unternehmens.

Die erwähnte Stress-Test stellen eine Form der Belastbarkeitsrechnung, die zeigen sollen, ob ein Versicherungsunternehmen im Falle starkes Einbruchs der Kurse seiner Wertpapieranlagen weiterhin die Möglichkeit hätten, die Verpflichtungen gegenüber Kunden zu erfüllen. Diese Ergebnisse sind auch vierteljährlich der Aufsicht mitzuteilen.<sup>97</sup>

Das Stresstestmodell<sup>98</sup> bezieht sich wie folglich auf die Marktwerte des gesamten Aktien- und Rentenbestandes im Umlaufvermögen:

Szenario A: - Marktverlust Aktien 35%

- Marktverlust Renten 10%

Szenario B: - Marktverlust Aktien 20%

- Marktverlust Renten 5%

Die Bonitätsrisiken bei Darlehen und festverzinslichen Wertpapieren aus dem Anlagenvermögen werden mit Abschlägen berücksichtigt:

AAA-BBB (Investment-Grade)	0%
BB-B (Non-Investment-Grade)	-10%
CCC-D (Non-Investment-Grade)	-30%
Ohne Rating	-10%

Beide Fälle (Szenario A und B) kalkulieren die Bonitätsrisiken mitein.

Szenario A geht von einem Marktverlust in der Höhe von 35% bei Aktien und 10% bei Renten. Szenario B rechnet mit einem Kursverlust von 20% bei Aktien und 5% bei Renten.

---

<sup>97</sup> Horsch/ Schölisch/ Sturm: Stress-Test: Regulierung der Kapitalanlagen von Lebensversicherungsunternehmen, in: Finanzbetrieb 12/2003

<sup>98</sup> Vorschriften zur Durchführung des Stresstest sind im Rundschreiben 30/2002 Anlage C erfasst.

Die Ergebnisse beider Stresstests sind der BaFin mitzuteilen. Hier werden die Einflüsse auf die Buchwerte von Anlage- und Umlaufvermögen präsentiert.

Falls der Stresstest A nicht bestanden ist, muss der Vorstand informiert sein, was auch der BaFin zu berichten ist. Im Falle dass beide Tests nicht bestanden sind, kann die BaFin die Informationen verlangen, die die Wiederherstellung der Risikofähigkeit festlegen. Neben dem Vorstand, muss in diesem Fall auch der Aufsichtsrat informiert werden.

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hatte vor, die neue Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen nach der Kabinettsitzung am 5. Dezember 2007 zu verabschieden. Die wesentlichen Änderungen wären:

- *Gleichstellung der Vollmitgliedsstaaten der OECD<sup>99</sup>*: Nachdem den Staaten des EWR die Vollmitgliedsstaaten der OECD gleichgestellt werden, soll eine weitergehende Liberalisierung mit neuen Anlagespielräumen ermöglicht werden.
- *Anlagemöglichkeit bei Darlehen, bei denen das Ausfallrisiko versichert ist*: Nach dieser Bestimmung ist die Anlage in Darlehen möglich, auch wenn ein Versicherungsunternehmen oder ein Rückversicherungsunternehmen das Ausfallrisiko versichert hat. Bisher war es erlaubt, nur wenn ein geeignetes Kreditinstitut die volle Gewährleistung übernommen hat.
- *Beibehaltung der 7,5% Quote bei ABS<sup>100</sup> und CLN<sup>101</sup>*: Bei den ABS und CLN Anlagen wird derzeit geltende 7,5% Quote beibehalten.
- *REITs als neue Anlageklasse*: Unverändert bleibt auch die Zulässigkeit von Anlagen in Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Anteile an Grundstücksgesellschaften. Jetzt darf aber auch das gebundene Vermögen in Immobilien in Form von Aktien einer Real Estate Investment Trust (REIT)-

---

<sup>99</sup> Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

<sup>100</sup> ABS (Asset Backed Securities) – strukturierte Finanzinstrumente, die mit Forderungsrechten besichert sind

<sup>101</sup> CLN (Credit Linked Notes) – mit Kreditrisiken verknüpfte Finanzinstrumente

Aktiengesellschaft oder Kapitalgesellschaft mit Sitz in einem Staat des EWR oder Vollmitgliedsstaat der OECD angelegt werden.

- *Anrechnung nun zulässiger Rohstoffindizes-Produkte auf Hedge-Fonds Quote*
- *Wegfall der Belegenheit:* Der Belegenheitsgrundsatz fällt ersatzlos weg. Demnach soll das gebundene Vermögen im EWR belegen sein, um Rechtsrisiken in ausländischen Judikaturen in Betracht nehmen zu können.<sup>102</sup>

#### **5.3.4. Aufsicht über die Solvabilität von Rückversicherungsunternehmen**

Die erweiterte Aufsicht über Rückversicherungsunternehmen ist mit dem am 1. Juli 2002 in Kraft getretenen Finanzmarktförderungsgesetz implementiert.

Die Rückversicherer haben eine geeignete Rechtsform nachzuweisen, die den zulässigen Rechtsformen des Erstversicherers entsprechen muss.<sup>103</sup> Auf der anderen Seite sind jedenfalls seit 1. Jänner 2005 die aufsichtsrechtlich definierte Sicherheitsstandards bei den Vermögensanlagen zu beachten.<sup>104</sup>

Besonders wichtig bei den Bestimmungen sind die Kapitalausstattung und die gesamte finanzielle Lage des Unternehmens und dessen Konzernstruktur. Die Geschäftsführer des Rückversicherers sind verpflichtet, ihre fachliche Eignung und Zuverlässigkeit zu bestätigen.

Die BaFin hat das Recht verbindliche Anordnungen zu treffen, falls sich herausstellt, dass die dauernde Erfüllbarkeit der Rückversicherungsverträge gefährdet ist.<sup>105</sup>

---

<sup>102</sup> vgl. Dr. Goretzky/ Sijanski (2007): Die neue Anlageverordnung: Ein bisschen Solvency II schon 2008?, in: VW, 62.Jg. Heft 24, S.2054-2058

<sup>103</sup> vgl. § 1a VAG

<sup>104</sup> vgl. § 1a Abs. 2 i.V.m § 1a Abs. 4 VAG

<sup>105</sup> vgl. § 1a Abs. 3 VAG

Basierend auf oben beschriebenen Regeln hat der Deutsche Bundestag am 1. Februar 2007 das Achte Gesetz zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes sowie zur Änderung des Finanzdienstleistungsgesetzes („8. VAG-Novelle“) verabschiedet. Somit hat der deutsche Gesetzgeber die Umsetzung der europäischen Richtlinie 2005/68 EG über die Rückversicherung frühzeitig abgeschlossen. In allen anderen Mitgliedsländern war sie bis spätestens 10. Dezember 2007 umzusetzen.<sup>106</sup>

Die 8. VAG Novelle hat eine wesentliche Neuerung gebracht: So werden jetzt die Verträge, durch denen ein deutscher Rückversicherer seine mit Erst- oder Rückversicherern abgeschlossenen Rückversicherungsverträge auf einen anderen Rückversicherer übertragen will, eine Genehmigung durch die BaFin brauchen. Diese wird erteilt und im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht, wenn alle Bedingungen<sup>107</sup> (Übernahme des Vertragsbestands und die erforderliche Solvabilitätsspanne) seitens übernehmenden Unternehmens erfüllt sind.

Bestandsübertragung ist jetzt auch als flexibles Instrument zur Konsolidierung und Umstrukturierung internationaler Konzernstrukturen innerhalb der EU zu betrachten. Damit stellt sie eine Alternative zu aufwendigen Verschmelzungs-, Spaltungs-, oder Ausgliederungsverfahren nach dem Umwandlungsrecht. Besonders wichtig und interessant ist die Schließung einer europäischen Tochtergesellschaft, die viel einfacher wird.

Neben diesen Konzernumbaumaßnahmen, können die Bestandsübertragungen auch zur Liquiditätsbeschaffung und zu Portfolio-Optimierung genutzt werden.

Ähnlich wie bereits die Erstversicherer können zukünftig auch Rückversicherer innerhalb der EU tätig werden, so dass die Aufsichtsbehörde des Herkunftslands nicht nur für die Erteilung der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb für den gesamten

---

<sup>106</sup> vgl. Dr. Galahn (2007): VAG-Novelle: Bald neue Möglichkeiten für Rückversicherer, in: VW, 62.Jg. Heft 6, S.390ff

<sup>107</sup> vgl. Richtlinie 2005/68/EG Artikel 18 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.11.2005 über die Rückversicherung und zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG sowie der Richtlinien 98/78/EG und 2002/83/EG

europäischen Raum zuständig ist, sondern wird auch allein die Finanzaufsicht über die gesamte Geschäftstätigkeit des Rückversicherungsunternehmens ausüben.<sup>108</sup>

Die Formulierung der Regelungen zur Rückversicherungsaufsicht ist noch nicht beendet. Sie befindet sich in einer dauernden Entwicklung.

## 5.4. Alternative Aufsichtsmodelle<sup>109</sup>

Auf der internationalen Ebene herrscht zwar das Konzept der Finanz- und Solvabilitätsaufsicht, doch in dem Sinne stützt man auf den unterschiedlichen Ausgestaltungen dieses Konzepts. Die einzelnen nationalen Regelungen des Aufsichtssystems weichen immer noch sehr stark voneinander ab.

International Association of Insurance Supervisors (IAIS) bestrebt langfristig international möglichst einheitliches Solvabilitätssystem für Versicherungsunternehmen zu entwickeln und durchzusetzen.

Man unterscheidet zwischen vier Grundformen von Modellansätzen:

- **Fixed-Ratio-Modell:** Hier wird das Risiko als grobe Näherung anhand von Bilanz- und GuV-Rechnung geschätzt, wobei es zur Vereinfachung eine rasche Schadenregulierung unterstellt wird. Das ist der Fall bei der Ermittlung des versicherungstechnischen Risikos in der Schadenversicherung.<sup>110</sup> Dabei werden die Verwaltungs- und Abschlusskosten vernachlässigt.

Diese Modelle werden in den Mitgliedsländern der Europäischen Union, bis auf Großbritannien verwendet.

---

<sup>108</sup> vgl. Dr. Galahn (2007): VAG-Novelle: Bald neue Möglichkeiten für Rückversicherer, in: VW, 62.Jg. Heft 6, S.390ff

<sup>109</sup> vgl. Von der Schulenburg (2005), S. 399-402

<sup>110</sup> In den EU-Solvabilitätsvorschriften geregelt.

Als Vorteile hier ist die einfache Handhabung als auch die leichte Nachvollziehbarkeit zu nennen.

Das Problem, bzw. der Nachteil liegt in der Tatsache, dass diese Modelle sehr pauschal sind. Weiters werden die individuelle Risikoprofile nicht berücksichtigt und die Berechnung folgt nach dem Vergangenheitsbezug. Es besteht keine Möglichkeit, die Veränderungen im Umfeld wahrzunehmen.

- **Risk-Based-Capital-Modell:** Die Anwendung dieser Modelle ist in den USA, Kanada und Japan zu finden.

Die Solvabilität eines Unternehmens ist erfüllt, wenn das verfügbare Sicherheits-(Eigen-)kapital (Total Adjusted Capital - TAC)<sup>111</sup> das notwendige Sicherheits-(Eigen-)kapital (Risk Based Capital - RBC) übersteigt. Somit ist dieses System der Relation einer Ist-Solvabilität zu einer Soll-Solvabilität ähnlich.

Die Aufsicht hat folgende Interventionsmöglichkeiten:<sup>112</sup>

- $TAC/RBC > 100\% \Rightarrow$  keine Intervention
- $75\% \leq TAC/RBC \leq 100\% \Rightarrow$  „Company action level“<sup>113</sup>: Das Versicherungsunternehmen muss ein Plan vorlegen, aus dem eine Wiederherstellung der angemessenen Eigenkapitalausstattung ersichtlich wird.
- $50\% \leq TAC/RBC \leq 75\% \Rightarrow$  „Regulatory action level“<sup>114</sup>: Die Aufsichtsbehörde schreibt dem Unternehmen die Korrekturmaßnahmen vor.
- $35\% \leq TAC/RBC \leq 50\% \Rightarrow$  „Authorised control level“<sup>115</sup>: Die Aufsichtsbehörde hat das Recht, die Kontrolle über das Versicherungsunternehmen zu übernehmen.

---

<sup>111</sup> TAC umfasst im Wesentlichen das im Jahresabschluss (nach amerikanischem Bilanzrecht) nachgewiesene Eigenkapital.

<sup>112</sup> vgl. AON Rück: Solvency II - Anforderungen der Finanzaufsicht

<sup>113</sup> Intervention auf Ebene des Versicherungsunternehmens

<sup>114</sup> Intervention auf Ebene der Regulierungsbehörde

<sup>115</sup> genehmigte Kontrollebene

- $TAC/RBC < 35\%$   $\Rightarrow$  „Mandatory control level“<sup>116</sup>: Das Versicherungsunternehmen wird zwingend der Kontrolle der Aufsichtsbehörden unterworfen.

Im Rahmen von Risk-Based-Capital-Modellen werden viele Risikofaktoren berücksichtigt.<sup>117</sup>

- Das versicherungstechnische Risiko (underwriting risk) ist von einer angemessenen Prämienkalkulation und ausreichenden versicherungstechnischen Rückstellungen abhängig und nach Versicherungszweigen untergliedert.
- Das Kapitalanlagerisiko (asset risk) wird nach der Kapitalanlagearten unterschieden und nach der Streuung der Kapitalanlagearten im Bezug auf einzelne Kapitalnehmer bewertet.
- Das operationale Risiko (off balance risk) ist z.B. im Falle einer Eventualverpflichtungen sowie aus einem übermäßigen Wachstum des Versicherungsbestandes zu berücksichtigen.

Diesem Modell stellt eine Weiterentwicklung der Fixed-Ratio-Modelle dar, da hier u.a. eine vereinfachende Annahme fester Korrelationen zu einer Gesamtrisikoposition festgelegt wird.

Als Vorteile gelten hier relativ operationale Komplexität, Möglichkeit der Berücksichtigung unterschiedlicher Risikoarten und feste Korrelationen zwischen einzelnen Risikofaktoren.

Als Nachteile sind wie beim letzten Modell keine Berücksichtigung individueller Risikoprofile, reiner Vergangenheitsbezug und Unmöglichkeit der Wahrnehmung von Veränderungen im Umfeld zu erwähnen. Auch dieser Ansatz ist empirisch und theoretisch kaum fundiert.

---

<sup>116</sup> obligatorische Kontrollebene

<sup>117</sup> vgl. Farny (1995), S.696



- **Risk or Ruin theoretic Approaches:** Diese Ansätze sind auf der Basis von Value-at-Risk-Betrachtung operationalisierbar, da man hier von der Grundannahme einer geringen Ausfallswahrscheinlichkeit des Unternehmens innerhalb eines zukünftigen Prognosezeitraums<sup>118</sup> ausgeht. Diese Modelle werden in Finnland und Großbritannien angewendet.

Durch die Einbeziehung von Prognoserechnung richten sich diese Modelle nach einer Zukunftsorientierung.

Die Probleme, die bei der Anwendung auftauchen könnten, sind durch die Willkürlichkeit der vorgegebenen Ruin-Wahrscheinlichkeiten und Prognosezeiträume sowie dadurch, dass es keine Möglichkeit der explizit theoretischen Herleitung der zu wählenden Größen gibt, verursacht. Außerdem besteht es keine Berücksichtigung seltener Ereignisse oder grundlegende zukünftige Veränderungen des Umfelds.

- **Scenario-Survivorship-Modelle und Dynamic Solvency Analysis:** Eine Weiterentwicklung der Risk or Ruin theoretic Approaches stellt gerade die Gruppe der dynamischen Szenario-Modelle dar. Hier werden die Verwendungen unterschiedlicher Szenarien bzw. Simulationsrechnungen bezüglich verschiedener zukünftiger Entwicklungen hervorgerufen. Dieser Ansatz findet seine Anwendung bei der Bewertung von Marktpreisrisiken im Bankenbereich.

Das dynamische Szenario-Modell ist zukunftsorientiert und präsentiert sich mit der Flexibilität bzw. mit der Anpassung an individuelle Gegebenheiten. Er bietet eine hohe Leistungsfähigkeit sowie eine Möglichkeit des Einbaus eines theoretischen Hintergrunds wie auch empirischer Daten.

Als Nachteile gelten hier die aufwendige Handhabung, Erfordernis großer Rechnerkapazitäten<sup>119</sup>, gewisse Willkürlichkeit bei der Wahl der Szenarien.

---

<sup>118</sup> Betrachtungszeitraum von einigen bis hin zu 30 Jahren

<sup>119</sup> Insbesondere bei Szenarioanalysen

Außerdem werden für die Simulationen meistens objektiv gewählte Volatilitäten und Korrelationen eingesetzt.

## **5.5. Kommentar**

In diesem Kapitel habe ich die bestehenden Rechtslagen und Aufsichtssysteme in Österreich und Deutschland nach der Umsetzung der Solvabilitätsrichtlinien „Solvency I“ erläutert.

Vielmehr interessant ist es aber, wie sich die Situation weiterentwickelt, bzw. was man von den kommenden Regelungen „Solvency II“ erwarten kann.

Obwohl die neuen Vorschriften erst in nächsten Jahrzehnten umgesetzt werden, müssen sich die europäischen, bzw. österreichische und deutsche Versicherungsunternehmen bereits jetzt darauf vorbereiten und notwendige Adaptierungen vornehmen.

Das kommende Ereignis sehen die Experten meistens als eine große Chance für die bessere Versicherungsmärkte. Sie glauben, dass Solvency II ein großer Schritt für die Versicherungswirtschaft Europas wird, indem die Unternehmen u.a. weit über die bisher angewandten Methoden der Risikobewertung hinausgehen werden. Auch was die Offenlegungspflichten und Transparenzempfehlungen betrifft, werden neue Anforderungen gestellt. Alle künftigen aufwändigen Analysen werden für die Unternehmen höhere Kosten darstellen. In dem Sinne folgt auch eine Belohnung, da die Unternehmen weniger Eigenkapital ausweisen werden müssen.

Auf der anderen Seite meinen die Experten, dass Solvency II auch als eine Bedrohung zu sehen ist. In der ersten Linie denkt man dabei auf die kleinen Unternehmen, die vielleicht nicht in der Lage sein werden, bei diesem Wettbewerb mitzuspielen. Denn kleinen Versicherern fehlt es häufig an erforderlichen Daten, passendem Know-how und personellen Kapazitäten. Deswegen müssen sie

manchmal auf vordefinierte Approximationslösungen und einfacheren Ansätze zurückgreifen.<sup>120</sup>

Außerdem fürchten die Experten, dass die Preise der von den Versicherungsunternehmen angebotenen Produkte enorm steigen könnten<sup>121</sup>.

Ob sich die neuen Solvabilitätsvorschriften als Chance oder Bedrohung auswirken werden, werden wir erst in ein paar Jahren sehen.

---

<sup>120</sup> vgl. Dr. Wehling/ Winter (2007): Ein transparenter Markt könnte das Vertrauen in die Assekuranz stärken, in: VW, 62.Jg. Heft 17, S.1389

<sup>121</sup> vgl. BaFin Journal, März 2007, S.11-14 (download unter:  
[http://www.bafin.de/cln\\_006/nn\\_722604/SharedDocs/Downloads/DE/Service/Mitteilungsblaetter/BaFinJournal/2007/bj\\_\\_0703,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/bj\\_0703.pdf](http://www.bafin.de/cln_006/nn_722604/SharedDocs/Downloads/DE/Service/Mitteilungsblaetter/BaFinJournal/2007/bj__0703,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/bj_0703.pdf))

## 6. Solvency II

*...modern, innovative and liberal regime for the prudential supervision of insurers, based on sound economic principles...*<sup>122</sup>

### 6.1. Warum Solvency II?<sup>123</sup>

Die EU Solvabilitätsrichtlinien fanden ihren Ursprung in den 70er Jahren. Die Regelungen haben vorgesehen, dass die Beträge auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen werden und diese müssen auf eine konservative Reservierung- und Investitionspraxis ausgerichtet werden. In Mitgliedsländern waren die Umsetzungen national geprägt. Wie bereits erwähnt, hat der Müller-Report die Auswirkungen der Deregulierung untersucht, was in Folge gleichzeitig zu neuen Richtlinien führte.

Mit dem Inkrafttreten von Solvency I, ab dem 1.1.2004, kam es zu einigen Veränderungen und Anpassungen auf dem Versicherungsmarkt. Zunächst wurde der Mindestgarantiefond angehoben, der künftig auch indexiert wurde. Weiters wurden die Schwellenwerte für Beitrags- und Schadenindex angepasst. Eine der wichtigsten Veränderungen jedoch war die Eingriffsmöglichkeit der Aufsichtsbehörde bereits vor Insolvenz, aber unter beschränkter Berücksichtigung der Aktivseite der Bilanz.

---

<sup>122</sup> vgl. Van Hulle, Head of Unit, Insurance and Pensions, DG Markt, European Commission, in: Solvency II – SAS Executive Roundtable; Brussels, 9 October 2007 (download unter: [http://www.sas.com/offices/europe/denmark/pdf/20071009\\_SAS\\_Solvency\\_II\\_ER\\_Karel\\_Van\\_Hulle.pdf](http://www.sas.com/offices/europe/denmark/pdf/20071009_SAS_Solvency_II_ER_Karel_Van_Hulle.pdf))

<sup>123</sup> vgl. AON Rück: Solvency II - Anforderungen der Finanzaufsicht

Die gerade erklärten Solvabilitätsregelungen weisen aber eine Reihe von Nachteilen auf:

- Das tatsächliche Risiko wurde durch die prämienbasierte Bestimmungsmethoden kaum ausgewiesen.
- Die Abhängigkeiten zwischen Aktiva und Passiva, und zwischen Geschäftsbereichen werden nicht berücksichtigt.
- Faktorbasierte Methoden sind nicht in der Lage, komplexe Formen des Risikotransfers adäquat zu berücksichtigen.

Auch wenn die zahlreichen technischen Verfahren zur Risikoanalyse und Kapitalallokation zur Verfügung standen, gab es immer wieder Schwierigkeiten bei den Eigenkapitalquotenberechnungen. Alle diese Nachteile sollten mit der neuen Richtlinie Solvency II beseitigt werden.

Die Einführung der neuen Rahmenrichtlinie wird europaweit einheitliche Vorschriften für die Kapitalausstattung von Versicherern regeln. Dadurch werden höhere Standards für das Risikomanagement und verbesserte Regeln zur Offenlegung geschaffen.<sup>124</sup>

Mit dem In-Kraft-Treten von Solvency II werden die derzeitigen Eigenmittelbestimmungen geändert, womit der Assekuranz einen besseren Blick auf die drohenden Gefahren ermöglicht wird. Es wird als Imperativ gesetzt, dass das Eigenmittelerfordernis vom Risiko, dem ein Unternehmen ausgesetzt ist, abhängig sein muss. Es geht hier nicht um die Risikovermeidung, sondern um den guten und bewussten Umgang mit den Risiken.<sup>125</sup> Nicht „nur“ Eigenmittelerfordernis wird damit neu geregelt, sondern auch einige neue qualitative Anforderungen. Jedenfalls wird auch geplant, dass die Eigenmittelbestimmungen zukunftsorientiert werden, im

---

<sup>124</sup> vgl. Niemann – Risiken besser erkennen, in: Versicherungsmagazin-Fachzeitschrift für Finanzdienstleistungen und Vertrieb; Ausgabe Nr.:2007-07 (download unter: <http://www.all4finance.de/index.php;do=show/sid=187654205647a9e59e7029d758626628/site=vm/Ing=de/id=6922/alloc=195>)

<sup>125</sup> vgl. Niemann – Risiken besser erkennen, in: Versicherungsmagazin-Fachzeitschrift für Finanzdienstleistungen und Vertrieb; Ausgabe Nr.:2007-07 (download unter: <http://www.all4finance.de/index.php;do=show/sid=187654205647a9e59e7029d758626628/site=vm/Ing=de/id=6922/alloc=195>)

Gegensatz zu den derzeitigen Bestimmungen, die vergangenheitsorientiert sind. Dabei werden nicht mehr die Prämien und Aufwendungen aus dem letzten Jahr berücksichtigt.

„Bei einer erfolgreichen Umsetzung wird das neue System den Verbrauchern mehr Schutz gegen Konkurse von Versicherungsgesellschaften bieten.“<sup>126</sup>

Um dieses Projekt durchführen zu können, hat man auch einige Vorschläge von der Kommission „bekommen“. Die Europäische Kommission hat am 10. Juli 2007 Vorschläge betreffend die Solvency II – Durchführung präsentiert. Dabei wurde erwähnt, dass es eine Konsolidierung von 13 aufsichtsrechtlichen Richtlinien bestehen soll, sowie dass die Solvency II-Bestimmungen eingearbeitet werden. Außerdem wurde auch bekannt gemacht, dass das Projekt auf einem Drei-Säulen-System basiert. Die Durchführungsbestimmungen sind mittel Lamfalussy-Konzept vorgestellt.<sup>127</sup>

#### **6.1.1. Lamfalussy-Prozess<sup>128</sup>**

Der Lamfalussy-Prozess wurde im März 2002 vom Europäischen Rat im Blick auf das Ziel einer fristgerechten Umsetzung des Financial Services Action Plan (FSAP) gebilligt.

Baron Alexandre Lamfalussy, damaliger Vorsitzende des Rates für Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Union entwickelte Verfahren, bzw. Bericht, der u.a. die Bedingungen für die Anwendung der Regulierungsmaßnahmen für die Wertpapiermärkte zu bewahren hat, sowie Vorschläge zur Beseitigung von

---

<sup>126</sup> Heijo Hauser, Managing Director von Tillinghast in Deutschland

<sup>127</sup> vgl. Harreither – Symposiumsskriptum: Wozu Solvency II?, Solvency II, der Paradigmenwechsel; Wien im November 2007

<sup>128</sup> vgl. Juristische Fakultät – Prof. Dr. Möllers – Datenbank zum deutschen und europäischen Wirtschaftsrecht – Kapitalmarktrecht – Lamfalussy-Bericht und Folgeprozesse (Bericht des Ausschusses der Weisen über die Regulierung der europäischen Wertpapiermärkte) (download unter: [www.jura.uni-augsburg.de/prof/moellers/materialien/5\\_kapitalmarktrecht/110\\_lamfalussy\\_prozess/\\_29k](http://www.jura.uni-augsburg.de/prof/moellers/materialien/5_kapitalmarktrecht/110_lamfalussy_prozess/_29k))

Hindernissen bei der Regulierung der europäischen Wertpapiermärkte durch die Europäische Union beinhaltet.

Somit wird der komplexe und langwierige regulären EU-Gesetzgebungsprozess im Rahmen eines vierstufigen Plans vereinfacht.

Im Dezember 2002 hat der Europäische Rat beschlossen, diesen Prozess auf den gesamten Finanzsektor auszudehnen.<sup>129</sup>

Der Lamfalussy-Prozess ist durch vier Stufen gekennzeichnet und hier wird das Wichtigste erörtert.

- *1. Stufe – Rahmenrichtlinie*

Auf der ersten Ebene wird den Erlass von Rahmenmaßnahmen empfohlen. Diesen von der EU festgelegten Rahmenmaßnahmen, sollten verschiedene politische Prinzipien und Regelungen beinhalten.

- *2. Stufe – Durchführungsbestimmungen*

Die Rahmenregelungen sollten auf der zweiten Stufe umgesetzt werden. Dabei setzt man zwei neue Ausschüsse, ESC (European Securities Committee)<sup>130</sup> und CESR<sup>131</sup> (Committee of European Securities Regulators) ein, welche die Europäische Kommission bei der Umsetzung unterstützt sollten. CESR entwickelt die technische Entwürfe, die der Kommission vorgelegt werden, und weiter, nach der Erarbeitung, an den ESC weitergeleitet. ESC entscheidet schließlich über den Vorschlag.

- *3. Stufe – konsistente Umsetzung*

Die Stufe 3 beschäftigt sich mit der Verbesserung der Umsetzung und Durchführung der Rechtsvorschriften von beiden vorherigen Stufen.

Hier werden Leitlinien für die auf nationaler Ebene zu verabschiedende Verwaltungsvorschriften (Guidelines), Empfehlungen zu Auslegungsfragen

---

<sup>129</sup> Erweiterung des Lamfalussy-Konzepts auf die Versicherungsregulierung, MARKT 2519/02 vom 27. September 2002 (download unter:

[http://europa.eu.int/comm/internal\\_market/insurance/docs/markt-2519/markt-2519-02-solv2-lamfalussy\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/internal_market/insurance/docs/markt-2519/markt-2519-02-solv2-lamfalussy_de.pdf))

<sup>130</sup> ESC (European Securities Committee) besteht aus hochrangigen Vertretern der Mitgliedsstaaten und wurde im 2001 eingesetzt.

<sup>131</sup> CESR (Committee of European Securities Regulator) setzt sich aus hochrangigen Mitgliedern nationaler Regulierungsbehörden zusammen und wurde ebenfalls im Jahr 2001 eingesetzt.

(Recommendations) und die Setzung gemeinsamer Standards (Standards) vom CESR herausgegeben.

- *4. Stufe – Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts in den Mitgliedsstaaten*

Diese Stufe beinhaltet verbesserte Maßnahmen zur Durchsetzung der EU-Vorschriften.

## **6.2. Kernpunkte von Solvency II**

In den letzten Jahren haben sich die Marktbedingungen für die Versicherungsbranche durch die Globalisierung und Deregulierung erheblich verändert. Es ist eine Entwicklung auf den Kapitalmärkten eingetreten, die nicht nur neue Produkte, sondern auch neue Risiken mit sich bringt. Die EU-Kommission hat bereits Anfang 2000 das Projekt „Solvency II“ gestartet, um das Solvabilitätssystem in Europa weiter zu verbessern und darüber hinaus mit den Regelungen des Banksystems (Basel II) zu harmonisieren.

Die Hauptaufgabe von Solvency II ist es, die Aufsichtsregeln im ganzen Finanzdienstleistungssektor zu klären, indem die versicherungsspezifische Normen und Auslegungen in den Mitgliedsstaaten sowie die Aufsichtsmodelle im Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor, einander angepasst werden.

Solvency II ist ein neues europäisches Aufsichtssystem für den Versicherungsmarkt, welches den Aufsichtsbehörden qualitativ und quantitativ geeignete Werkzeuge zur Verfügung stellen sollen, um die Gesamtsolvabilität eines Versicherungsunternehmens ausreichend beurteilen zu können. Mit dem neuen System sollen Methoden zur risikobasierten Steuerung der Gesamtsolvabilität von Versicherungsunternehmen geschaffen werden. Dadurch wurden unterschiedliche Risikokategorisierungen identifiziert und vorgeschlagen (siehe Punkt 3.2.). Eine detaillierte Risikokategorisierung ermöglicht die Berechnung einer adäquaten Eigenmittelunterlegung für Versicherungsunternehmen.



### Bewertung von Risiken.<sup>132</sup>

Wenn die Risiken schon identifiziert sind, dann folgt in der nächsten Phase eine Bewertung von Risiken, bzw. Quantifizierung der Risiken hinsichtlich ihres Erwartungswerts und möglicher Risikomasse - wie etwa Standardabweichung, Value at Risk. Als Bewertungsmethodik wurden entweder ein „Top-Down“- oder ein „Bottom-up“-Ansatz angeboten.

Eine „Top-Down“-Methode geht von den bekannten Folgen der Risiken im Vordergrund aus. Sie bietet den Vorteil einer relativ schnellen Erfassung der Hauptrisiken aus strategischer Sicht. Hier werden die Daten der Gewinn- und Verlustrechnung mit deren Volatilitäten konfrontiert. Dieser Ansatz kann jedoch auch dazu führen, dass bestimmte Risiken nicht erfasst werden, bzw. die Korrelationen zwischen Einzelrisiken nicht korrekt bewertet werden.

Bei einem „Bottom-Up“-Ansatz stehen die Ursachen der verschiedenen Risikokategorien im Vordergrund. Diese Methode ist viel aufwendiger als die „Top-Down“-Methode, bietet aber jedoch den Vorteil, dass alle Geschäftsbereiche und Prozesse erfasst und analysiert werden können.

In der Praxis ist eine Kombination von beiden Methoden bekannt.

Die Risikosteuerung ist eine Gesamtheit von Maßnahmen, die zur Reduzierung des Gesamtrisikos eines Unternehmens führen müsste (siehe Abbildung 7). Sie ist eine der Phasen des Risikomanagements, die die Risikosituation des Unternehmens beeinflussen kann, bzw. die Risikolage positiv verändern kann.

Die Risikoexperten haben die identifizierten und bewerteten Risiken zu streuen, so dass das Gesamtrisiko auf die minimalen Grenzen liegt. Zuerst werden die erforderlichen Maßnahmen durchgesetzt, die das Gesamtrisiko vermeiden können. Folglich wird versucht, das Risiko bestmöglich zu vermindern und zu begrenzen. Primäre Zielsetzung der ursachenbezogenen Maßnahmen ist die präventive Beeinflussung von Risiken in ihrer Entstehung. Den Rest ist von Versicherungsunternehmen selbst zu tragen und/oder zu finanzieren.

---

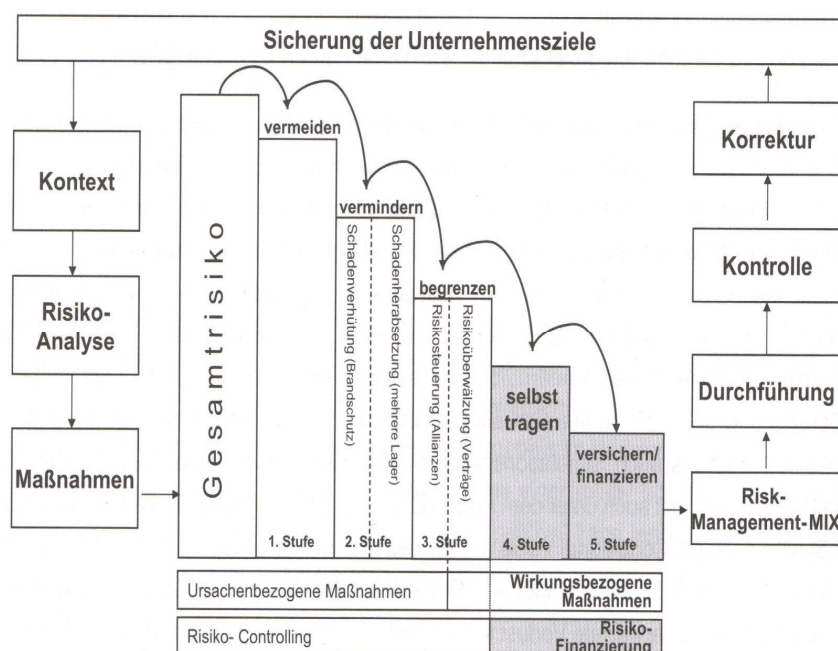
<sup>132</sup> vgl. Romeike: Risikomanagement in Versicherungen – Ein Überblick, in: Wirtschaft und Management, Schriftenreihe zur Wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Praxis, S.12ff

Die Maßnahmen der Risikofinanzierung gehören zu den wirkungsbezogenen Maßnahmen. Sie greifen in dem Moment ein, wenn das Risiko bereits realisiert war (z.B. Feuerversicherung) und begleichen den entstandenen Schaden. Die folgenden Weisen der Risikofinanzierung sind denkbar:

- Das eigentlich Risikodeckungskapital, nämlich das Eigenkapital bzw. die Liquiditätsreserve steht dem Unternehmen im Rahmen der Risiko-Selbstfinanzierung zur Verfügung.
- Abhängig von der Gesamtrisikoposition (die Einzelrisiken des Unternehmens werden in die Unternehmensplanung integriert) wird festgestellt, wie viel Risiko von einem Unternehmen in Eigentragung genommen wird.

Eine Risiko-Fremdfinanzierung erfolgt meistens durch eine Versicherungspolice. Dabei geht es um Übertragung des Risiko gegen eine Risikoprämie an eine andere Versicherungsgesellschaft oder vereinzelt an sonstige Risikoträgergesellschaften (Banken, Kapitalmarkt...).<sup>133</sup>

**Abbildung 6:** Die Prozessstufen der Risikosteuerung



**Quelle:** Romeike: Risikomanagement in Versicherungen – Ein Überblick, in: Wirtschaft und Management, Schriftenreihe zur Wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Praxis

<sup>133</sup> vgl. Loeffler/ Romeike (2007): Integration des Versicherungsmanagements in den Risikomanagement-Prozess, in: VW, 62.Jg. Heft 18, S.1500

Einen großen Einfluss auf die Entwicklung von Solvency II, hatten vorher veröffentlichte Studien:<sup>134</sup>

- KPMG Studie 2002, die als Auftrag an der KPMG Deutsche Treuhand Gesellschaft für eine Untersuchung über die Methoden zur Beaufsichtigung der Finanzlage eines Versicherungsunternehmens gegeben wurde.

In diesem Bericht wurden verschiedenen Themen der Leistungsbeschreibung untersucht. Das wichtigste Ergebnis dieses Berichts ist jedoch die Annahme eines „Drei-Säulen-Systems“. Außerdem wurden hier auch die Risiko-Berechnungsformeln befürwortet.<sup>135</sup>

- Sharma Report, wurde von einer aus der Konferenz der europäischen Aufsichtsbehörden gegründete Arbeitsgruppe veröffentlicht, mit dem Ziel, eine historische Entwicklung, Gründe für die Ausfälle von Versicherungsunternehmen, sowie die kommende Regelungen der Risikoanalyse von Versicherungsunternehmen zu untersuchen.

Da die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe mit den geheimen Informationen der Versicherungsstandes im jeweiligen Mitgliedsstaat verfügten, gab es die Möglichkeit eine sehr gute Analyse durchzuführen und die angemessenen Maßnahmen bei der Risikoanalyse festzulegen.<sup>136</sup>

### 6.2.1. Die Phasen von Solvency II

Das Projekt „Solvency II“ wurde in zwei Phasen aufgeteilt.

Die **erste Phase** begann im Mai 2001 und ist mit dem Dokument „Solvency II- Reflections on the general outline of a framework directive and mandates for further technical work“<sup>137</sup> der Europäischen Kommission vom 19. September 2003 abgeschlossen. Dieses Dokument bestätigte das Arbeitspapier „Design of a future prudential supervisory system in the EU – Recommendations by the Commission

---

<sup>134</sup> vgl. AON Rück: Solvency II - Anforderungen der Finanzaufsicht

<sup>135</sup> vgl. Markt/2535/02, Nr.4-6

<sup>136</sup> vgl. Markt/2535/02, Nr.4-6

<sup>137</sup> vgl. Markt/2539/03

Services“<sup>138</sup> vom 3. März 2003 in seiner fachlicher Ausrichtung und weiteren Konkretisierung. Weiters wurde ein Dokument entworfen, welches zukünftige Pläne und Zeitrahmen für die nächste Phase präziserte.

Als erster Schritt in Phase I wurde die oben genannte KPMG Studie 2002 erstellt, die einer Bestandsaufnahme der Versicherungswirtschaft glich und weiter als Antriebsmotor für einen Diskussionsprozess diente, der in Phase II mit der Umsetzung in eine EU-Richtlinie resultierte. In der vorgelegten Studie vom Mai 2002 wurde ein „Drei-Säulen-System“ für die Solvenzaufsicht der Versicherungsunternehmen vorgeschlagen. Die kommenden Arbeitspapiere vom September und März 2003 haben dieses Konzept bestätigt und konkretisiert.

Die Mitgliedsstaaten und die Kommissionsdienststellen haben in der ersten Phase unterschiedliche Gebiete untersucht, wie z.B. die Verwendung von internen Modellen, die Definition der Risikoquellen, die Übernahme des 3-Säulen-Ansatzes, die Verbindung zwischen Jahresabschlüssen und der Rechnungslegung gegenüber der Versicherungsaufsicht (IAS-IFRS Normen), Lamfalussy-Konzept sowie der Einsatz von auf Risiken abgestimmte Eigenkapitalsystem.

In dieser Phase wurde ein Zielkonzept erstellt, nach dem sich die Solvency II-Regelungen richten sollten.

- Ein Drei-Säulen-System wird als Basis des Aufsichtssystems angesehen, analog zu Basel II (Bestimmungen in Bankensektor).
- Es wird einem risikobasierten Standardansatz gegeben.
- Die Ermittlung der Eigenmittelerfordernisse soll durch interne Modelle zugelassen werden.
- Das Eigenmittelerfordernis richtet sich nach dem ökonomischem Kapital (target capital) und dem Mindestkapital (minimum level).<sup>139</sup> Darauf wird später im Detail eingegangen.

Im Zeitraum vom September 2001 bis September 2002 wurden zwei anderen Arbeitsgruppen eingesetzt, sodass nicht nur auf der KPMG-Studie und dem

---

<sup>138</sup> vgl. Markt/2509/03

<sup>139</sup> vgl. Markt/2535/02 und Markt/2509/03

Sharma-Bericht gearbeitet wurde. Die Experten aus mehreren Mitgliedsstaaten als auch ein Vertreter der Groupe Consultatif Actuariel Europeen haben die versicherungstechnische Fragen auf dem Gebiet der Lebens- bzw. Schadenversicherung untersucht.

Die Arbeitsgruppe **Lebensversicherung** setzte sich mit den Punkten der Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen auseinander. Auch die Frage des Aktiv-Passiv Managements der Unternehmen wurde beleuchtet. Der Bericht dieser Arbeitsgruppe<sup>140</sup> umfasst eine lange Liste von bearbeiteten Themen, die ganz besonders wichtig aus der Sicht der Aufsichtsbehörden sind. Dazu zählen Zinsgarantie, das mit den Renten verbundene Leibrentenrisiko, die Gewinnbeteiligungsklauseln, enthaltene Optionen aus bestimmten Verträgen sowie die Produkte in Rechnungseinheiten. Im Bericht sind Verbesserungsvorschläge, besonders im Bereich der europäischen Vorschriften, zu jedem einzelnen Thema erwähnt. Darüber hinaus hat die Arbeitsgruppe Lebensversicherung auch die gesetzlichen Mindestanforderungen des Aktiv-Passiv-Managements befürwortet, die als Hilfsmittel bei der Aufsichtskontrolle dienen könnten („Stress-Tests“).<sup>141</sup>

In der **zweiten Phase** wurden die Bestimmungen für Konkretisierung und Spezifizierung von den schon in der vorherigen Phase entworfenen Rahmenbedingungen vorgelegt. Die Europäische Kommission und die CEIOPS Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit der Erarbeitung der technischen Details, wobei sich die EU-Kommission in der ersten Linie mit der Erarbeitung der Rahmenrichtlinie und dem inhaltlichen Umfang von Solvency II beschäftigt.

Alle weiteren Schritte in der Phase II hat die Europäische Union im Februar 2004 mittels Arbeitsdokument „Solvency II – Organisation of work, discussion on pillar I work areas and suggestions of further work on pillar II for CEIOPS“ vorgestellt, welches sich auch mit den Einzelheiten und Vorschriften zur Solvenzmessung

---

<sup>140</sup> vgl. Markt/2529/02

<sup>141</sup> vgl. Markt/2535/02, Absatz 25-27

beschäftigt. Hier wurde auch im November 2003 die Anwendung des Lamfalussy-Konzepts auf den Banken- und Versicherungsbereich vorgeschlagen.<sup>142</sup>

### **6.2.2. Zeitplan des Projekts**

Die Europäische Union bevorzugt eine stufenweise Einführung von den Richtlinien, statt einer sofortigen Umsetzung. Es wurde ein komplexes Ziel der Einführung ausgearbeitet.

Das Lamfalussy-Konzept hat dazu beigetragen, die Durchführungsstrategie und komplettes Gesetzgebungsverfahren effizienter zu gestalten.

Am 10. Juli 2007 hat die Europäische Kommission einen Solvency II - Richtlinienentwurf (Level 1) vorgelegt, dessen Erörterung und Annahme durch Europäische Kommission, Rat und Parlament folgt. Von April bis November 2008 sind die Ergebnisse einer neuen Studie QIS 4 zu erwarten.<sup>143</sup> Nach dem Fahrplan ist zu erwarten, dass die Annahmen der Rahmenrichtlinie im Jahr 2009 stattfinden, und die Durchführungsvorschriften (Level II) bis 2010 angenommen werden sollen. Außerdem, soll das Gesetzgebungsverfahren durch die stärkere Nutzung der Aufsichtsbehörden-CEIOPS (Level 3) effizienter gestaltet werden. Das Inkrafttreten und die Anwendung der neuen Regelungen in allen Mitgliedsstaaten sind für den 1. November 2012 vorgesehen.<sup>144</sup>

Im Frühjahr 2004 wurden von CEIOPS ursprünglich fünf Arbeitsgruppen geschaffen, die als Aufgabe ein Drei-Säulen-System haben. Im April 2005 wurde die Arbeitsgruppe Pillar I für Leben und Nicht-Leben zusammengelegt, sodass zurzeit nur noch vier Arbeitsgruppen an verschiedenen Subthemen arbeiten.

---

<sup>142</sup> Erweiterung des Lamfalussy-Konzepts auf die Versicherungsregulierung, Markt 2519/02 vom 27. September 2002 (download unter: [http://europa.eu.int/comm/internal\\_market/insurance/docs/markt-2519/markt-2519-02-solv2-lamfalussy\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/internal_market/insurance/docs/markt-2519/markt-2519-02-solv2-lamfalussy_de.pdf))

<sup>143</sup> vgl. Dr. Wehling/ Winter (2007): Ein transparenter Markt könnte das Vertrauen in die Assekuranz stärken, in: VW, 62. Jg. Heft 17, S. 1386

<sup>144</sup> vgl. Harreither – Symposiumsskriptum: Wozu Solvency II?, Solvency II, der Paradigmenwechsel; Wien im November 2007

Auf der Abbildung 8 ist eine genaue Position der Arbeitsgruppen im gesamten Gesetzgebungsprozess dargestellt.

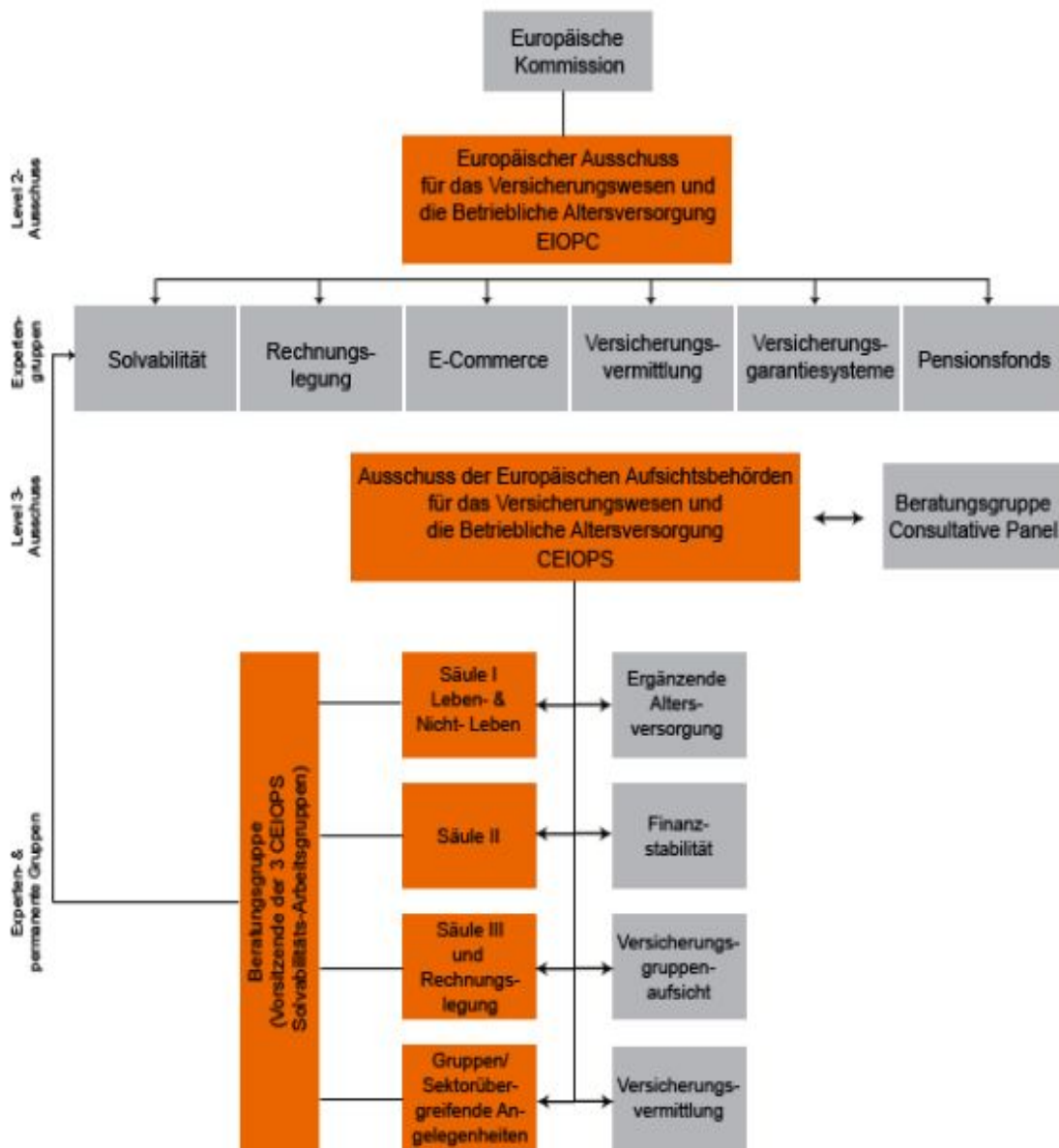
Arbeitsgruppe I – Leben und Nicht-Leben hat zur Aufgabe eine Entwicklung von Vorschriften für die Berechnung der Eigenmittelausstattung unter Berücksichtigung aller wichtigen Risiken. Dabei handelt es auch um die Festlegung von Anforderungen an die internen Modelle und die Bestimmungen der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen.

Im Rahmen der Arbeitsgruppe II – Aufsichtsbehördlicher Überprüfungsprozess, wird an der Ausgestaltung des Überprüfungsverfahrens gearbeitet. Die Fragen des Managements, vor allem des Risikomanagements werden auch von dieser Gruppe bearbeitet.

Arbeitsgruppe III – Accounting and Disclosure klärt die Fragen der Transparenz und Veröffentlichungspflichten auf.

Die Aufgabe der Arbeitsgruppe IV – Group and Cross Sectoral Issues ist es, die oben erwähnten Fragestellungen im Rahmen der risikobasierten Eigenmittelberechnung auf Gruppenebene zu diskutieren und der EU-Kommission Lösungsvorschläge zu präsentieren.

**Abbildung 7:** Aufbau der EU-Kommission und CEIOPS Arbeitsgruppen



**Quelle:** <http://fma.gv.at/cms/solvency2/DE/einzel.html>

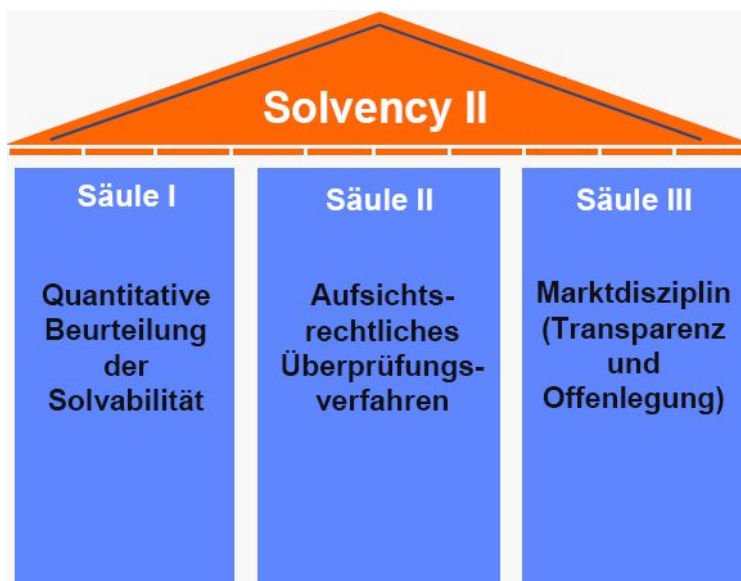
Das Projekt Solvency II wird durch oben beschriebenes Lamfalussy-Verfahren umgesetzt. Dieses Konzept bietet ein Vorteil relativ rasch künftig notwendige Änderungen vornehmen zu können, ohne eine Richtlinie ändern zu müssen.



## 6.3. Drei-Säulen-System

In der Versicherungsbranche wurde, analog zu dem Projekt Basel II des Bankensektors ein Drei-Säulen-System entwickelt. Die drei Hauptelemente sorgen dafür, einem sicheren Schutz den Versicherungsnehmer leisten zu können. Die erste Säule setzt sich mit den Normen der Finanzausstattung auf der Grundlage eines risikobasierten Ansatzes. Die zweite befasst sich mit den umfassenden Regelungen im Bereich des Risikomanagements, die gleichzeitig eine große Umgestaltung in den Versicherungsunternehmen mit sich bringt. Hier werden auch die Bestimmungen der internen Kontrolle festgelegt. Die Ziele der dritten Säule sind in Richtung der Marktdisziplin gestaltet, wobei Veröffentlichungs- und Transparenzprinzipien im Vordergrund stehen.

**Abbildung 8:** Das neue Drei-Säulen-Modell der Versicherungsaufsicht



**Quelle:** Münchener Rück: Auf dem Weg zu Solvency II - Aktueller Stand, Rolf Stölting, Köln am 8. November 2004

Nur das gemeinsame Zusammenwirken der Anforderungen von allen drei Säulen garantiert eine perfekte Organisation in der Versicherungsbranche, die tatsächlich zum Schutz des Versicherungsnehmers dienen sollte.

### 6.3.1. Erste Säule - Kapitalanforderung<sup>145</sup>

Die erste Säule des Solvency-Modells spiegelt die Regelungen zur Bestimmung der Finanzausstattung der Versicherungsunternehmen wieder, wobei eine besonders wichtige Rolle die quantitativen Anforderungen hinsichtlich der Dotierung versicherungstechnischer Rückstellungen, der Vermögensanlage und der Solvabilitätsspanne spielen.

Mit der ersten Säule empfiehlt die Kommission den Finanzaufsichtsbehörden, im Bezug auf die versicherungstechnischen Rückstellungen, eine Konvergenz der Rückstellungspraxis zu fördern und die „Überwachung“ des Schadenmanagements und der Rückstellungspraxis zu verstärken.

Die Frage der versicherungsmathematischen Rückstellungen soll etwa näher die neuen Bestimmungen im Bereich der Lebensversicherung regeln. Hier stoßt man auf die Grundsätze aus den Richtlinien der dritten Generation, die nicht im Einklang mit den kommenden internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen (IAS<sup>146</sup>) stehen. Unter anderem ist auch eine korrekte Anwendung des versicherungstechnischen Zinssatzes<sup>147</sup> zu konkretisieren.

Nach der Definition sind die Rückstellungen eine Summe aller diskontierten künftigen Cash Flows aus dem bestehenden Geschäft, d.h. kein Neugeschäft, die nach aktuellen Methoden berechnet werden (keine Case by Case Betrachtung). Im Bereich der Lebensversicherung sind jedenfalls folgende Cash Flows zu berücksichtigen:<sup>148</sup>

---

<sup>145</sup> Zur ersten Säule siehe Markt/2535/02, Absatz 143-218

<sup>146</sup> International Accounting Standards

<sup>147</sup> Der versicherungstechnische Zinssatz darf höchstens 60% des Zinssatzes von Staatsanleihen betragen. Nach der Richtlinie der dritten Generation ist es nicht eindeutig festgelegt, ob der Zinssatz zum Vertragsbeginn festgelegt werden kann (und bleibt unverändert während der Vertragsdauer) oder ob er regelmäßig in Abhängigkeit von der Entwicklung der Staatsanleihen für den gesamten Vertragsbestand geändert werden kann, bzw. muss.

<sup>148</sup> vgl. Mag. Heigl – Symposiumsskriptum: Solvency II und die Lebensversicherung; Wien im November 2007

- Langlebigkeit, Sterblichkeit, Invalidität
- Garantien und sonstige eingebettete Optionen
- Künftige Managementregeln
- Künftige Gewinnbeteiligungspolitik
- Inflation
- Steuern
- Rückversicherungspolitik
- ...

In den neubeschriebenen Anlage- und Deckungsvorschriften wird festgehalten, dass das gebundene Vermögen „unter Berücksichtigung der Art der betriebenen Versicherungsgeschäfte sowie der Unternehmenskultur“ den Anlagegrundsätzen (Sicherheit, Rentabilität, Liquidität, Mischung und Streuung) entsprechend angelegt werden sollen.<sup>149</sup>

Um das schon bestehendes System zu verbessern, sollten nach Meinung der Kommission detaillierter Vorschriften erlassen werden. So entstanden im Bereich der Anlagevorschriften drei Varianten: 1- neue Vorschriften durch die Aufgabe der bisherigen Vorschriften und Einbeziehung einer Berechnung der Mindesteigenkapitalausstattung, vergleichbar mit den R(isk)B(based)C(apital)-Modellen, 2- Beibehaltung des bisherigen Aufsichtsprinzips, wobei nur die bestehende Schwellenwerte überarbeitet werden und die Mitgliedsstaaten die Möglichkeit haben, zusätzliche quantitative Lösungen zu erlassen, 3- Vereinheitlichung von quantitativen Begrenzungen und Bewertungsvorschriften für zulässige Anlagearten, bei gleichzeitigem Verbot für die Mitgliedsstaaten, strengere quantitative Regelungen zu erlassen.

Nach den Eigenkapitalvorschriften sollen eventuellen Aufsichtsinterventionen und Eingriffsbefugnisse zwei Funktionen bieten: Wenn das Kapital unter die absolut

---

<sup>149</sup> vgl. AON Rück: Solvency II - Anforderungen der Finanzaufsicht

minimale Grenze fällt, hat die Versicherungsaufsicht das Recht, vom Management direkte Maßnahmen zur Wiederherstellung der Solvenz zu verlangen.

Im Normalfall sollte eine Versicherung mindestens eine wünschenswerte Kapitalausstattung, bzw. das Zielkapital (target capital) halten. Bei der Unterschreitung dieser Kapitalausstattung, wird die Gesellschaft von der Aufsicht genauer beobachtet, ein Dialog zwischen ihnen wird geführt, aber direkte Eingriffe in die Geschäftsführung der Versicherung gibt es jedoch nicht.<sup>150</sup>

Das Zielkapital wird von der EU-Kommission folgendermaßen definiert:

„Das Zielkapital entspricht dem Kapital, mit welchem ein Versicherungsunternehmen mit einer relativ geringen Ausfallswahrscheinlichkeit über eine bestimmte Periode fortbestehen kann.“<sup>151</sup> Unter dieser Sehensweise hat das Zielkapital einige Gemeinsamkeiten mit dem ökonomischen Kapital bzw. geforderten Kapital der Ratingagenturen. Durch die Quantifizierung der den Aktivitäten des Versicherungsunternehmens innewohnenden Risiken soll die Berechnung des Zielkapitals erfolgen.

Für die Anrechenbarkeit von Eigenmitteln wird ein neues Kategorisierungs- und Limitierungssystem eingeführt. Demnach wurden die Eigenmittelkomponenten in drei Werthaltigkeitsklassen (sog. Tiers) unterteilt, die als solche nur beschränkt für die Bedeckung von **Solvency Capital Requirement** and **Minimum Capital Requirement** herangezogen werden können. Um herangezogen zu werden, müssen die einzelnen Tiers einige von der Europäischen Kommission vorgeschriebenen Kriterien wie Nachrangigkeit, Verlustausgleichsfähigkeit, Permanenz, keine festgelegte Laufzeit und kein Bedienungsaufwand erfüllen. Damit besteht die Gefahr, dass bestimmte Kapitalbestände nicht als anrechenbare Eigenmittel anerkannt werden.<sup>152</sup>

---

<sup>150</sup> vgl. Koller, Director General, in: SAS Solvency II Executive Roundtable; Brussels, 9 October 2007 (www.sas.com)

<sup>151</sup> vgl. Markt/2539/03 Absatz 88

<sup>152</sup> vgl. Dr. Wehling/ Winter (2007): Ein transparenter Markt könnte das Vertrauen in die Assekuranz stärken, in: VW, 62.Jg. Heft 17, S.1388

Für die Bestimmung des Ziel-Solvenzkapitals soll ein EU-einheitliches Standardmodell entwickelt werden. Die Kommission hat die Beaufsichtigung des Zielkapitals eingeführt, um Anreize zur effektiven Risikomessung durch die Unternehmen zu schaffen. Für die Versicherer besteht die Möglichkeit, eigene interne Risikomanagementmodelle zur Festlegung dieser Kapitalausstattung zu entwickeln.<sup>153</sup> Allerdings müssen die Versicherer nachweisen, dass ihre Risikomodelle für die spezifischen Belange des Unternehmens besser geeignet wären.

Interne Unternehmensmodelle können im Unternehmen eine wichtige Hilfestellung leisten, besonders im Falle von veränderten Rahmenbedingungen, wenn Höhe Anforderungen an das Management entstehen. Hier sind die wichtigsten Einsatzbereiche eines internen Modells aufgelistet:<sup>154</sup>

- *Aktuariat*: Bewertung von Schadenrückstellungen, Ermittlung von SCR, MCR, ASM im Rahmen von Solvenzanforderungen von Solvency II
- *Asset-Liability-Management*: Teil des Risikomanagements, Risikokapitalallokation, Aspekte der Risikotragfähigkeit
- *Risikomanagement*: direkte Verknüpfung des Risikomanagements und der internen Modelle von CEIOPS gefordert
- *Rückversicherung*: Unterstützung bei der Wahl des geeigneten RV-Schutzes, Beurteilung von Konditionen
- *Management/Controlling*: Unternehmenssteuerung, Kontrolle der erreichten Wertschöpfung
- *Kapitalanlagen*: Asset-Allokation, Optimierung, Risikomodellierung
- Produktentwicklung: Tarifikalkulation, Produkt- und Zeichnungspolitik
- *Vertrieb*: Vertriebssteuerung
- *Datawarehouse*: ausreichende Datentiefe

Welche Berechnungsmethode im Unternehmen verwendet wird, ist in einem wichtigen Grundsatz „Principle of Proportionality“ zu finden. Dabei spielen eine

---

<sup>153</sup> vgl. Markt/2539/03 Absatz 106

<sup>154</sup> vgl. Dr. Diers (2007): Interne Unternehmensmodelle, in: VW, 62.Jg. Heft 10, S.784

entscheidende Rolle die Komplexität der Berechnung sowie die Komplexität des Risikos im Versicherungsunternehmen.

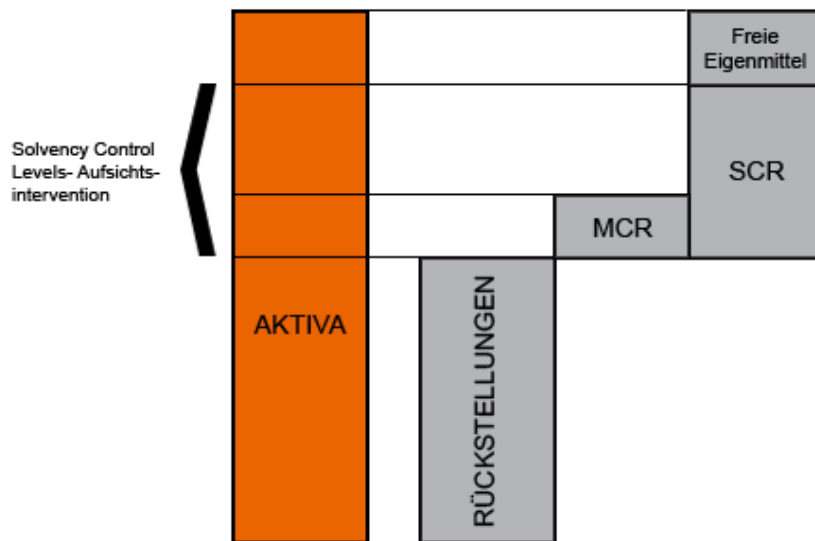
Falls die Prämieinnahmen unter 5 Millionen Euro liegen, so kommt es zu keiner Anwendung der Richtlinie. Etwa größere Unternehmen (im Sinne von Prämieinnahmen) verwenden allerdings die Standardformeln mit den Berechnungsvereinfachungen. Bei der noch komplexeren Risikobemessung hat man die Standardformeln mit unternehmensindividuellen Parametern zu benutzen. Die Unternehmen mit sehr hohem Grad an der Komplexität der Risikoberechnung verwenden ein partielles internes Modell zur Festlegung der Kapitalausstattung. Ein vollständiges internes Modell ist jedoch als Synonym für die komplizierteste Berechnung der Risiken in größten Unternehmen zu betrachten.<sup>155</sup>

Die von der Eu-Kommission vorgegebene Berechnungsmethode des Mindestkapitals und des Zielkapitals, sollte relativ einfach und nachvollziehbar sein. Wie schon gesagt, können die Versicherer bei der Berechnung des Zielkapitals zwischen diesem Standardmodell und der Anwendung der internen Methoden wählen. Die folgende Abbildung stellt die Relation zwischen dem Ziel- und Mindestkapital vereinfacht dar:

---

<sup>155</sup> vgl. Harreither – Symposiumsskriptum: Wozu Solvency II?, Solvency II, der Paradigmenwechsel; Wien im November 2007

**Abbildung 9:** Mindestkapitalanforderung – Aufsichtsintervention



**Quelle:** [www.fma.gv.at/cms/solvency2/DE/einzel.html](http://www.fma.gv.at/cms/solvency2/DE/einzel.html)<sup>156</sup>

Solvency II versucht die Vorschriften des Bankensektors und die der Versicherungsbranche einander anzunähern. Dabei merkt man, dass es viele konkurrierende, quantitative Vorschriften in beiden Sektoren gibt. Aus diesem Grund, versucht man für diese Geschäftsfelder, auf denen Banken Versicherungsunternehmen konkurrieren, leicht unterschiedliche quantitative Vorschriften zu präsentieren.

<sup>156</sup> Fällt das Kapital unter die absolute minimale Grenze (unter **MCR**-Minimum Capital Requirement), so hat die Aufsicht das Recht, direkte Maßnahmen zur Wiederherstellung der Solvenz zu verlangen. Die Meinung der Arbeitsgruppe, die auf der ersten Phase des Projekts tätig war ist, dass das derzeitige Niveau der Mindestsolvabilitätsspanne niedrig genug ist, um als Bezugswert für die Höhe einer absoluten Mindestspanne zu dienen.

**SCR** (Solvency Capital Requirement) ist eine wünschenswerte Kapitalausstattung, bzw. das Zielkapital, das das Unternehmen unter normalen Bedingungen halten sollte. Fällt das Kapital unter dieser Grenze, wird das Unternehmen nur genauer beobachtet. Es gibt aber jedoch keine direkte Intervention seitens der Aufsicht.

### 6.3.2. Zweite Säule – Supervisory Review Process<sup>157</sup>

Risiko-Management ist seit jeher das Geschäft der Lebensversicherer.<sup>158</sup> Um dieses Geschäft bestmöglich zu arrangieren, werden mit der zweiten Säule die Vorschriften für die internen Modelle und Prozesse des Risikomanagements und die Risikokontrolle durch die Aufsichtsbehörde festgelegt. Die zweite Säule basiert auf dem so genannten „Sharma-Bericht“, benannt nach dem Vorsitzenden einer Arbeitsgruppe der Konferenz europäischer Versicherungsaufsichtsbehörden (EISA). Dieser Bericht wurde Anfang 2003 vorgelegt, und präsentiert das Projekt Solvency II aus der Perspektive der wichtigsten Nutzer der Aufsichtsvorschriften, den Aufsichtsbehörden der Europäischen Union. Nach diesen Regelungen, wo die Grundsätze der internen Kontrolle und Verwaltung vorgeschlagen sind, ist eine interne Koordination der „Werte“ und der strategischen Ziele des Versicherungsunternehmens zu erfolgen. Dabei denkt man natürlich auch an die hierarchischen Ebenen und verschiedene Verantwortlichkeiten, die für die Einführung einer effektiven Kontrolle zuständig sein sollten. Weiters werden im Sharma-Bericht die Grundsätze des Risikomanagements für alle anderen Bereiche eines Versicherungsunternehmens festgelegt.<sup>159</sup>

Diese Grundsätze des Risikomanagements werden in vier Stufen dargelegt: Unternehmensorganisation und -führung („Organisation and governance“), Strategie und Entscheidungsfindung („strategy and decision making“), Überwachung und Information („monitoring and information“) und Untersuchung und Abhilfemaßnahmen („investigation and corrective action“).<sup>160</sup>

In dieser Säule ist eine umfassende Anforderung vorgelegt. Aus der Sicht des Versicherungsunternehmens herrscht ein „Governance System“, das sich mit dem vorsortigem und solidem Management aber auch mit der Suche nach einer

---

<sup>157</sup> Zur zweite Säule siehe Markt 2535/02, Nr.224-289

<sup>158</sup> vgl. Fellner – Symposiumsskriptum: Solvency II-Integration in die Geschäftsprozesse eines Lebensversicherers -erste Erfahrungsberichte, Wien, 22.November 2007

<sup>159</sup> vgl. AON Rück: Solvency II - Anforderungen der Finanzaufsicht

<sup>160</sup> vgl. Markt/2535/02 Absatz 238



strategischen Position des Unternehmens auseinander setzt. Dieses System beschäftigt sich mit den folgenden Punkten:

- Art.41 – Allgemeine Governance-Anforderungen
- Art.42 – Fit and Proper
- Art.43 – Risikomanagement
- Art.44 – Interne Bewertung des Risikos und der Solvabilität
- Art.45 – Interne Kontrolle
- Art.46 – Interne Revision
- Art.47 – Versicherungsmathematische Funktion
- Art.48 – Auslagerung

Die Aufsicht sieht dieses System aus einer anderen Perspektive – „Supervisory Review Process“, d.h. die Aufsichtsbehörden prüfen gerade mit der breiten Auswahl von Methoden, Mitteln und Befugnissen die Qualität des Governance-Systems. Alles was vom Unternehmen durchgeführt wird, muss auch ausführlich dokumentiert werden.<sup>161</sup>

Das wichtigste Element des Governance-Systems ist jedenfalls die Anforderung an das Risikomanagement (Art.43). Dieser Kern umfasst die Abdeckung der Risiken wie z.B. Risikoannahme und Rückstellungen, Veranlagung, Liquidität und Rückversicherung.

Die Vorschriften besagen, dass der Versicherungsschutz von einem Unternehmen nur dort angeboten werden soll, wo die Risiken tragbar und kontrollierbar sind. So wäre z.B. im Falle des ausreichend verfügbaren Rückversicherungsschutzes, der der Zeichnungspolitik angepasst sein sollte, sollte der Rückversicherungspartner ständig auf Bonität und Liquidität kontrolliert werden.

Um die Risikokontrolle auf ein höheres Niveau zu bringen, musste man auch im Bereich des Vertrags-, Schaden- und Rückstellungsmanagements neue Vorschriften zur Bewertung von Rückstellungen einsetzen. Zeichnungstätigkeit und Schadensmanagement sind durch klar vorgeschriebene und getrennte

---

<sup>161</sup> vgl. Fellner – Symposiumsskriptum: Solvency II-Integration in die Geschäftsprozesse eines Lebensversicherers -erste Erfahrungsberichte, Wien, 22.November 2007

Verantwortlichkeiten festzulegen. Man sollte auch auf die Regelungen zur exakten Erfassung und laufenden Aktualisierung der Schäden achten.<sup>162</sup>

Die neuen Normen des Aktiva- und Finanzmanagements sollten im Rahmen einer Anlagestrategie das akzeptierte Risikoniveau und die angestrebte Asset-Allokation regeln. Die Selbstbeschränkungen für Emittenten, Geschäftsbereiche, Regionen, Währungen und Art der Vermögenswerte wurden auch vorgegeben. Im Weiteren soll die Liquidität der Anlagen im Blickpunkt stehen und die Sicherstellung der Aktiva mit dem Risikoprofil der Passiva sollte gewährleistet sein.<sup>163</sup>

Risikoarten, die eine wichtige Rolle bei der Gestaltung eines finanziellen Ergebnisses haben, und dabei keine Zugehörigkeit zu den vorgenannten Risikoarten ausweisen, sollten als operationelle, rechtliche oder kommerzielle Risiken eingeordnet werden. In diesem Fall sind alle unternehmensexternen Faktoren in Szenarioanalysen zu testen, um festzustellen, wie sich diese Faktoren auf die Risikoexponierung des einzelnen Versicherers auswirken können.

Die Implementierung eines Risikomanagements in der Lebensversicherung ist ein langzeitiger, evolutionärer Prozess, der immer neuen Folgen mit sich bringt. Dieser Prozess basiert auf dem Prinzip „lessons learned“. In der Praxis haben sich eine Vielzahl von Fragen als Herausforderungen in der Umsetzung des Risikomanagements ergeben<sup>164</sup>:

- *Risiko-Kultur*: Es besteht immer das Gefahr des Verharrens in „alltäglicher, protokollarischer“ Berichts-Kultur. Da ist die Risiko-Kultur vielmehr als Entscheidungs- und Konflikt-Kultur anzusehen. Um die Implementierung erfolgreich durchzuführen, muss man sie ganz genau konkretisieren und praktizieren.

---

<sup>162</sup> vgl. Markt/2535/02 Abs. 243-247

<sup>163</sup> vgl. AON Rück: Solvency II - Anforderungen der Finanzaufsicht

<sup>164</sup> vgl. Fellner – Symposiumsskriptum: Solvency II-Integration in die Geschäftsprozesse eines Lebensversicherers- erste Erfahrungsberichte, Wien, 22.November 2007

- *Change Management*: Bei der Implementierung neuer Prozesse braucht jedes Versicherungsunternehmen ein Veränderungs-Konzept, das im Kampf von neuem gegen Altbewährtes helfen könnte. Um Hindernisse bei der Implementierung abzuschaufen, muss ein Mindsetting für neue Begrifflichkeiten und Sichtweisen vorbereitet werden. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch das „Beziehungs-Management“.
- *Dokumentation*: Die Vorgehensweise „Dokumentation als Selbstzweck“ könnte auch einer Gefahr darstellen, da es nach den neuen Regelungen und Richtlinien alles für die Aufsicht nachvollziehbar und ersichtlich sein muss. Es genügt jetzt nicht mehr ein Risikomanagement nur erfolgreich zu betreiben, sondern das auch gut zu dokumentieren.
- *Bewertung von Qualität*: Das ist eine Frage, die sich Aufsicht als wichtigste Herausforderung stellt. Erstens muss ein „Bewertungsprinzip“ gegeben sein, nach dem die Qualität vom implementierten Risikomanagement skaliert, bzw. bewertet wird.
- *„Independent Oversight“*: Dies ist als Gefahr zu sehen, da es bei der Implementierung um eine Vielzahl von sämtlichen Themen, Komplexität und Miteinbeziehung der Nicht-Lebensversicherungs-Unternehmens-Bereiche geht. Jedes Unternehmen sollte eine eigene Risikoabteilung formieren, wo eine Verdichtung und Priorisierung (statt Verlieren in Details) als methodische und intellektuelle Herausforderung zu setzen ist.

## ***Exkurs: Säule II – Governance (Design und Umsetzung) anhand des Beispiels Versicherungsunternehmens „Allianz“<sup>165</sup>***

Das Versicherungsunternehmen „Allianz“ ist ein von vielen Unternehmen, das seine „Politik und Handlungen“ nach den neuen Vorschriften schon richtet. So geschah auch mit der Implementierung eines Risikomanagements, bzw. mit der Durchführung von den Regelungen der zweiten Säule des Projekts „Solvency II“.

Um die Implementierung gut durchführen zu könne, hat sich das Unternehmen mit der 1) Stärkung der Risikokultur, 2) Schutz der Kapital-Basis und 3) Unterstützung der Wertschöpfung auseinander gesetzt. Der Prozess „Risk Diagnostic“ hat dabei eine nachhaltige Implementierung gesichert.

*1) Stärkung der Risikokultur:* Um die alltägliche, protokollarische Risikokultur nicht zu gefährden, hat das Unternehmen an der Stärkung der Kultur mit der Hilfe von den verschiedensten Instrumenten gearbeitet. Somit entstand zuerst eine Risiko-adäquate Organisation, die von der entsprechenden Politik<sup>166</sup> begleitet wurde. In dieser Sektion werden die Risiken beschrieben, bzw. hier wird jedenfalls ein Risiko-Reporting entstanden.

Das Versicherungsunternehmen „Allianz“ legt eine große Aufmerksamkeit darauf, dass periodische Meetings organisiert werden. Auf diesen Tagungen werden aktuelle Reports aus jedem Quartal präsentiert. Außerdem werden auch die Entwürfe von den neuen Produkten vorgestellt

---

<sup>165</sup> vgl. Fellner – Symposiumsskriptum: Solvency II-Integration in die Geschäftsprozesse eines Lebensversicherers -erste Erfahrungsberichte, Wien, 22.November 2007

<sup>166</sup> Die Risikopolitik umfasst alle risikorelevanten Themen: Risiko Strategie, Risiko-Kategorien (welcher Modell verwendet das Unternehmen?), Risiko Organisation, Risiko Prozess, Limits, operationales Risiko...

2) *Schutz der Kapital-Basis:* In dieser Phase setzt das Unternehmen die Komponenten wie Internes Modell, Stresstests und Limit System voraus.

Das Risikomanagement wird durch zwei Parameter charakterisiert. Auf einer Seite findet man die Risikoarten und auf der anderen Seite stehen die unterschiedlichen Methoden, die man verwendet um Risiko zu bewerten.

Mittels zahlreichen Analysen werden unternehmensspezifische Risiken, wie z.B. Markt-, Kredit-, Aktuarielles-, Geschäftsrisiko und weitere nicht kapitalisierte Risiken untersucht. Die wichtigste Form des Risikos, Marktrisiko, wird mit Hilfe von ALM (Assets-Liability-Measurement) -Analysen, Stresstest und Limit-Controlling bemessen und analysiert. Mit diesen Aktivitäten schützt das Unternehmen die Kapital-Basis, die ganz eng mit den Risiken liegt.

3) *Unterstützung der Wertschöpfung:* Darunter versteht das Versicherungsunternehmen „Allianz“ eine richtige Allokation der risikobasierten Ressourcen und die Integration von RC in Management-Prozess.

### **6.3.3. Dritte Säule – Marktdisziplin und Veröffentlichungspflichten**

Die dritte Säule setzt sich mit den Vorschriften und Anforderungen an die Publizitätspflicht der Versicherungsunternehmen – Marktdisziplin, Transparenz und Veröffentlichungspflichten stehen an erster Linie. Eine Koordination der vorgeschriebenen Informationsanforderungen ist hier erforderlich, da es neben diesen weitere Bedürfnisse gibt, beispielsweise seitens Finanzmärkte, der Ratingagenturen und der Rechnungslegung.<sup>167</sup>

Die Überschneidungen mit dem International Financial Reporting Standards (IFRS) und International Accounting Standards Board (IASB) werden hier berücksichtigt.<sup>168</sup>

---

<sup>167</sup> vgl. Markt/2535/02 Absatz 290-298

<sup>168</sup> Auf IFRS und IASB wird im nächsten Kapitel im Detail eingegangen.

Schließlich ist bei der Offenlegung<sup>169</sup> von Informationen eine strikte Grenze zwischen dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit und dem Wettbewerbsinteresse der Versicherer zu finden.<sup>170</sup> Die Offenlegung wird durch einen jährlichen Bericht mit den wesentlichen und kurzen Informationen über Solvabilität und Finanzlage des Unternehmens gekennzeichnet. Sie spiegelt sich anhand der folgenden Aspekte wieder:<sup>171</sup>

- Geschäftstätigkeit und Leistungen des Unternehmens
- Governance-System und Bewertung der Angemessenheit für das unternehmensindividuelle Risikoprofil
- Für jede Risikokategorie: Risikoexponierung, Risikokonzentration, Risikominderung, Risikosensitivität
- Bewertungsgrundlagen und –methoden für die Vermögenswerte, versicherungstechnischen Rückstellungen, und sonstigen Verbindlichkeiten mit Erläuterung der Hauptunterschiede zur bilanziellen Bewertung im Jahresabschluss
- Beschreibung der Kapitalmanagements
  - o Struktur, Betrag und Qualität der Eigenmittel
  - o Betrag der Mindestkapitalanforderung und der Solvenzkapitalanforderung
  - o Hauptunterschiede zwischen der Standardformel und jedem internem Voll-/Partialmodell
  - o Betrag für die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung oder einer wesentlichen Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung sowie Ursprung, Konsequenzen und etwaige ergriffene Abhilfemaßnahmen

---

<sup>169</sup> Offenlegung ist im Artikel 50-55 des Arbeitsdokuments definiert.

<sup>170</sup> vgl. AON Rück: Solvency II - Anforderungen der Finanzaufsicht

<sup>171</sup> vgl. Smrekar – Symposiumsskriptum: Offenlegungsvorschriften nach IFRS für

Versicherungsunternehmen – Ausgangsbasis für Säule 3 von Solvency II?; Wien, November 2007

Die Unternehmen entscheiden freiwillig, ob auch noch zusätzliche Informationen offen gelegt werden.

Eine Strategie für die Veröffentlichung und Genehmigung durch das Verwaltungs- und Managementorgan vor Veröffentlichung ist notwendig.

## 7. Die Rechnungslegungsvorschriften

Der rasche Globalisierungsprozess der Wirtschaft und der Kapitalmärkte hat dazu geführt, dass die Forderungen nach einer Internationalisierung der Rechnungslegung immer stärker werden.<sup>172</sup> So ist es neben der Entwicklung des „Solvency II“ - Projekts eine Neugestaltung der Bilanzierungsvorschriften für Versicherungsunternehmen vom International Accounting Standards Board (IASB<sup>173</sup>) vorgesehen.<sup>174</sup> IASB hat ein Plan mit Rechnungslegungsvorschriften erarbeitet, die so genannten International Accounting Standards (IAS<sup>175</sup>), bzw. International Financial Reporting Standards (IFRS<sup>176</sup>). An diesen Regeln wird weitergearbeitet, wodurch es möglich werden soll, den Wert von Versicherungsverträgen, Versicherungsportfolios und ganzen Versicherungsunternehmen einheitlicher zu bewerten und somit die internationale Vergleichbarkeit und Transparenz zwischen den Versicherungsunternehmen besser zu stellen. IAS/IFRS beruhen in vielen Aspekten auf Grundlagen der US GAAP, Rechnungslegungsstandards, die international sehr gebräuchlich sind.

Zwischen beiden Vorhaben (Solvency und IAS/IFRS) besteht es eine enge inhaltliche und formale Verknüpfung.

Wie schon in vorigem Kapitel erwähnt ist, beschäftigt sich die dritte Säule des Projekts „Solvency II“ mit den Transparenzvorschriften und der Offenlegung

---

<sup>172</sup> vgl. Dr. Wagner/ Schminke (2006): Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen nach IAS/IFRS, in: VW, 61.Jg. Heft 10, S.786

<sup>173</sup> IASB ist der Nachfolger des IASC (International Accounting Standards Committee). Die Umbenennung in IASB erfolgte im Jahr 2001

<sup>174</sup> vgl. Sauer (2006): Solvency II und Rechnungslegung – Diskussion einer solvabilitätsorientierten Bilanzierung von Versicherungsunternehmen in: Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft, Supplement Jahrestagung 2006, S.49

<sup>175</sup> IAS sind weiterhin gültigen Standards, die vom IASC (International Accounting Standards Committee) verabschiedet worden sind.

<sup>176</sup> IFRS sind die vom IASB (International Accounting Standards Board) verabschiedeten neuen Standards.



aufsichtsrechtlicher Informationen. Um die Publizitätserfordernisse der Finanzmärkte, der Ratingagenturen und des externen Rechnungswesens koordinieren zu können, ist eine Zusammenarbeit mit dem IASB von großer Bedeutung.

Da das Eigenkapital in Zukunft noch mehr Geld koste, sei die Bilanzierung nach bisherigem Recht ungeeignet, um Solvency II umzusetzen. Ein Überblick über die wahre Lage jeder Sparte sei kaum möglich. Als richtiger Ausweg sei die künftige Bilanzierung nach IAS-Vorschriften.

In diesem Kapitel werden die europäischen Rechnungslegungsvorschriften und deren Anwendung kurz vorgestellt, um einen besseren Überblick über die Wichtigkeit beiden Projekten (Solvency II und IAS/IFRS) zu bekommen.

Die Versicherungsunternehmen, die auf der EU-Ebene tätig sind und deren Finanztitel an einer Börse gehandelt sind, sind ab 2005 verpflichtet, ihre Konzernabschlüsse nach IAS/IFRS zu erstellen.<sup>177</sup>

Die staatliche Finanzaufsicht über Versicherungsunternehmen in Österreich und Deutschland basierte bisher auf der handelsrechtliche Bilanzierung.

Die Vorteile bzw. Fortschritte von IAS/IFRS im Vergleich zu den HGB Regelungen sind insbesondere in der besseren internationalen Vergleichbarkeit der Unternehmensabschlüsse. Weniger bedeutsam sehen die neuen Rechnungslegungsvorschriften im Bereich der Transparenz und dem Detaillierungsgrad der Berichterstattung aus.<sup>178</sup>

Die vorhandenen Normensysteme basieren auf dem Vorsichtsprinzip. Der Kernelement sind die Kapitalerhaltung und der Schutz der Gläubiger.<sup>179</sup> Bei den IFRS steht dagegen die Informationsfunktion für Investoren im Vordergrund.

---

<sup>177</sup> vgl. Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates

<sup>178</sup> vgl. Dr. Wagner/ Schinke (2006): Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen nach IAS/IFRS, in: VW, 61.Jg. Heft 10, S.791

<sup>179</sup> vgl. Sauer (2006): Solvency II und Rechnungslegung – Diskussion einer solvabilitätsorientierten Bilanzierung von Versicherungsunternehmen in: Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft, Supplement Jahrestagung 2006, S.67

Dadurch ist die wesentliche Anforderung an den Jahresabschluss die „fair presentation“, die nicht von den Aspekten der Vorsicht und der Risikovorsorge geprägt sind.<sup>180</sup>

Der Bereich der Bilanzpolitik ist auch durch erheblichen Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede gekennzeichnet. Nach IFRS besteht die Tendenz eines höheren Eigenkapitalausweises, weil die Bildung von stillen Reserven verhindert wird. Hier werden einige Beispiele der unterschiedlichen Grundprinzipien der Rechnungslegung nach HGB und IFRS erwähnt:

- Nach IFRS ist der Goodwill aus Unternehmenserwerben zwingend zu aktivieren und nur im Falle einer Wertminderung abzuschreiben. Dagegen ist nach HGB eine planmäßige Abschreibung bei der Aktivierung vorgeschrieben.
- Unter bestimmten Voraussetzungen besteht nach IFRS eine Ansatzpflicht von selbst erstellten immateriellen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, während der Ansatz nach HGB verboten ist.
- Nach IFRS sind die fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten bei vielen Vermögenswerten nicht als Obergrenze der Bewertung zu sehen. Aus dem Grund kommt es nach IFRS bei unterschiedlichen Bewertungen in vielen Fällen zu einer Überschreitung der nach HGB bewerteten Werte.
- Eine vorzeitige Gewinnrealisierung in bestimmten Bereichen stellt nach IFRS eine Pflicht dar. Im Gegensatz dazu, schreibt das HGB das absolute Verbot des Ausweises noch nicht realisierter Gewinne.
- Aktivierungspflicht gilt nach IFRS auch für die aktiven latenten Steuern. Nach HGB besteht ein Aktivierungswahlrecht.
- IFRS-Regeln verboten jegliche Arten von Aufwandsrückstellungen.<sup>181</sup>

---

<sup>180</sup> vgl. IFRS/IAS Portal: Was sind IFRS/IAS? (download unter: [http://www.ifrs-portal.com/Grundlagen/Was\\_sind\\_IFRS\\_IAS/Was\\_sind\\_IFRS\\_IAS\\_01.htm](http://www.ifrs-portal.com/Grundlagen/Was_sind_IFRS_IAS/Was_sind_IFRS_IAS_01.htm))

<sup>181</sup> vgl. IFRS/IAS Portal: Was sind IFRS/IAS? (download unter: [http://www.ifrs-portal.com/Grundlagen/Was\\_sind\\_IFRS\\_IAS/Was\\_sind\\_IFRS\\_IAS\\_01.htm](http://www.ifrs-portal.com/Grundlagen/Was_sind_IFRS_IAS/Was_sind_IFRS_IAS_01.htm))

Derzeit wird ein Vorschlag mit dem Asset Liability Measurement-Ansatz diskutiert. Er bezieht sich auf die Abbildung von Versicherungsverträgen und unterscheidet sich stark von verwendeten Konzepten in nationalen Rechnungslegungssystemen. Dieser Ansatz versucht den ökonomischen Wert eines Versicherungsvertrages zu ermitteln, was durch eine zeitwertorientierte Bewertung der aus den Versicherungsverträgen resultierenden Vermögenswerte und Schulden vorkommen soll. Somit wird zum Bilanzierungsstichtag die anzusetzende assets und liabilities aus den Versicherungsverträgen zu ihren Zeitwerten bilanziert.

Diese strenge Bilanzorientierung, wobei nur die assets und liabilities angesetzt werden, und auf Abgrenzungsposten vollständig verzichtet wird, entspricht gerade dem Konzept der Solvabilitätsbilanz.<sup>182</sup>

Im Anhang A findet man einen Musterkonzernabschluss, der eine exemplarische Darstellung eines IAS/IFRS-Konzernabschlusses auf Grundlage des zum 1. Jänner 2006 anzuwendenden Standards ist.

---

<sup>182</sup> vgl. Sauer (2006): Solvency II und Rechnungslegung – Diskussion einer solvabilitätsorientierten Bilanzierung von Versicherungsunternehmen in: Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft, Supplement Jahrestagung 2006, S.67-72

## 8. Das Schlusswort

Das Projekt „Solvency II“ leitet sowohl an die Versicherungsunternehmen als auch an die Aufsichtsbehörden neue Herausforderungen weiter. Aus diesem Grund ist eine wechselseitige Information zwischen beiden Institutionen als unbedingt notwendig. Die Versicherungsunternehmen sind erstmals gefordert, die Eigenkapitalunterlegung ihrer Produkte streng unter Risikoaspekten vorzunehmen.

Solvency II und Risikomanagement sollten keinen regulatorischen Selbstzweck verfolgen. Es liegt vielmehr im Interesse der Wirtschaft, für stürmische und turbulente Zeiten gerüstet zu sein

Die Mehrheit der europäischen Versicherer glaubt, dass die EU-Richtlinie Solvency II die Risiko- und Kapitalmanagementfunktionen ihrer Unternehmen verbessern wird. Etwa die Hälfte der Versicherungsunternehmen hat bereits Programme zur Umsetzung der Richtlinie gestartet. Je früher die erforderlichen Optimierungen im Angriff genommen werden, desto früher können die Versicherungsunternehmen von den damit verbundenen Vorteilen profitieren.

Nach der Durchsetzung des Projekts ist zu erwarten, dass die Versicherer mit einem gut diversifizierten Portfeuille und einem guten Risikomanagement zukünftig auch weniger Eigenkapital vorhalten werden müssen. Auf der anderen Seite werden die Versicherungsunternehmen mit hohem Risiko im Bereich der Kapitalanlagen zukünftig noch mehr Eigenkapital zur Verfügung benötigen.

Bei einer erfolgreichen Umsetzung wird das neue System den Konsumenten mehr Schutz gegen Konkurse von Versicherungsunternehmen bieten.

Außerdem wird das Projekt einen europaweit einheitlichen Standard schaffen, wodurch den Wettbewerb auf dem Versicherungsmarkt gefördert wird und letztendlich auch die Preise der Versicherungsprodukte niedriger werden.

Im Bezug auf das kommende Projekt werden viele Analysen aus wissenschaftlicher Perspektive durchgeführt. Um richtig beurteilen zu können, wie sich die EU-

Richtlinie Solvency II tatsächlich auf die Aufsichtssysteme auswirken lässt, bleibt es noch bis deren kompletter Umsetzung abzuwarten.

## 9. Literaturverzeichnis

**BORCH, K.:** *Economics of Insurance /*

Ed. and completed after Borch's death by Knut K, North-Holland, Amsterdam, 1990

**DIBOKY, F.:** *Finanzdienstleistungen 1 (Theorie)*, Vorlesungsskriptum Universität Wien, 2005

**DIERS:** *Interne Unternehmensmodelle*, in: Versicherungswirtschaft, 62.Jg. Heft 10, 2007

**EICHLER, H.:** *Versicherungsrecht*, Verlag Versicherungswirtschaft, Karlsruhe, 1976

**FARNY, D.:** *Versicherungsbetriebslehre*, 2. Auflage, Verlag Versicherungswirtschaft, Karlsruhe, 1995

**GALAHN:** *VAG-Novelle: Bald neue Möglichkeiten für Rückversicherer*, in: Versicherungswirtschaft, 62.Jg. Heft 6, 2007

**GOROTZKY / SIJANSKI:** *Die neue Anlageverordnung: Ein bisschen Solvency II schon 2008?*, in: Versicherungswirtschaft, 62.Jg. Heft 24, 2007

**GÜNTER, F.:** *Solvency II - Integration in die Geschäftsprozesse eines Lebensversicherers - erste Erfahrungsberichte*, Symposiumsskriptum, Wien, 22.November 2007

**HARREITHER, K.:** *Wozu Solvency II?, Solvency II, der Paradigmenwechsel*, Symposiumsskriptum, Wien im November 2007

**HEIGL, K.:** *Solvency II und die Lebensversicherung*, Symposiumsskriptum, Wien, im November 2007

**HORSCH / SCHÖLISCH / STURM:** *Stress-Test: Regulierung der Kapitalanlagen von Lebensversicherungsunternehmen*, in: Finanzbetrieb 12/2003

**KOCH, M. / UMANN, S. / WEIGERT, M.M.:** *Lexikon der Lebensversicherung*, München; Wien: Oldenburg, 2002

**LÖFFLER / ROMEIKE:** *Integration des Versicherungsmanagements in den Risikomanagement-Prozess*, in Versicherungswirtschaft, 62.Jg. Heft 18, 2007

**NIEMANN, S.:** *Risiken besser erkennen*, in: Versicherungsmagazin-Fachzeitschrift für Finanzdienstleistungen und Vertrieb; Ausgabe Nr.:2007-07

**OTT / FREY / BOROWSKI:** *Marktorientierte Konzepte im Risikomanagement*, in: Versicherungswirtschaft, 62.Jg. Heft 7, 2007

**PROMBERGER, A.:** *Die Fondsgebundene Lebensversicherung*, Vorlesungsskriptum Universität Wien, 2005

**ROMEIKE, F.:** *Risikomanagement in Versicherungen – Ein Überblick*, in: Wirtschaft und Management, Schriftenreihe zur Wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Praxis-Risikomanagement in Versicherungen und Pensionskassen, Jahrgang 4, Nr.6, Wien, 2007

**ROMEIKE, F. / MÜLLER-REICHART, M.:** *Risikomanagement in Versicherungsunternehmen*, Wiley-V CH Verlag, 2005

**SAUER:** *Solvency II und Rechnungslegung – Diskussion einer solvabilitätsorientierten Bilanzierung von Versicherungsunternehmen*, in: Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft, Supplement Jahrestagung 2006

**SCHIERENBECK, H. / HÖLSCHER, R.:** *BankAssurance, Institutionelle Grundlagen der Bank- und Versicherungsbetriebslehre*, 3. Auflage, Schaeffer-Poeschel Verlag, Stuttgart, 1993

**SMREKAR, T.:** *Offenlegungsvorschriften nach IFRS für Versicherungsunternehmen – Ausgangsbasis für Säule 3 von Solvency II?*, Symposiumsskriptum, Wien, im November 2007

**VON DER SCHULENBURG, J.-M.:** *Versicherungsökonomik*, Verlag Versicherungswirtschaft Karlsruhe, 2005

**WAGNER / SCHMINKE:** *Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen nach IAS/IFRS*, in: *Versicherungswirtschaft*, 61.Jg. Heft 10, 2006

**WEHLING / WINTER:** *Ein transparenter Markt könnte das Vertrauen in die Assekuranz stärken*, in: *Versicherungswirtschaft*, 62.Jg. Heft 17, 2007



## **Diplomarbeiten:**

**AICHINGER, S.:** *Solvency I und II – Harmonisierung der Eigenmittelausstattung von Versicherungen auf europäischer Ebene*, Diplomarbeit Universität Wien, 2005

**CVIJANOVIC, D.:** *Der Österreichische Lebensversicherungsmarkt und die Berücksichtigung der Konsequenzen hinsichtlich einer Teilnahme Österreichs am Europaeischen Binnenmarkt*, Diplomarbeit Universität Wien, 2006

**GARTLER, A.:** *Vergleich österreichischer, deutscher und britischer Lebensversicherungsunternehmen*, Diplomarbeit Universität Wien, 2003

## Elektronische Quellen:

**BaFin Journal**, März 2007, S.11-14 (download unter:

[http://www.bafin.de/clin\\_006/nn\\_722604/SharedDocs/Downloads/DE/Service/Mitteilungenblaetter/BaFinJournal/2007/bj\\_\\_0703,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/bj\\_0703.pdf](http://www.bafin.de/clin_006/nn_722604/SharedDocs/Downloads/DE/Service/Mitteilungenblaetter/BaFinJournal/2007/bj__0703,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/bj_0703.pdf))

**Bestehende** Solvabilitätsvorschriften – Solvency I (download unter:

<http://www.fma.gv.at/cms/solvency2/DE/einzel.html?channel=CH0399>)

**Deutsches** Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) (download unter:

<http://www.versicherungsgesetze.de/versicherungsaufsichtsgesetz>)

**EU-Kommission:** *Erweiterung des Lamfalussy-Konzepts auf die Versicherungsregulierung*, MARKT/2519/02 vom 27. September 2002 (download unter: [http://europa.eu.int/comm/internal\\_market/insurance/docs/markt-2519/markt-2519-02-solv2-lamfalussy\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/internal_market/insurance/docs/markt-2519/markt-2519-02-solv2-lamfalussy_de.pdf))

**EU-Kommission:** *Entwurf eines künftigen Aufsichtssystems in der EU – Empfehlung der Kommissionsdienststellen*, MARKT/2509/03 vom 3. März 2003 (download unter: [http://ec.europa.eu/internal\\_market/insurance/docs/markt-2509-03/markt-2509-03\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/insurance/docs/markt-2509-03/markt-2509-03_de.pdf))

**EU-Kommission:** *Bericht der Arbeitsgruppe-Versicherungstechnische Rückstellungen an den VA Unterausschuss "Solvabilität"*, MARKT/2529/02 vom September 2002 (download unter: [http://ec.europa.eu/internal\\_market/insurance/docs/markt-2529/markt-2529-non-life-report\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/insurance/docs/markt-2529/markt-2529-non-life-report_de.pdf))

**EU-Kommission:** *Informationspapier für den Unterausschuss "Solvabilität"*, MARKT/2535/02 vom 28. November 2002 (download unter:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/insurance/docs/markt-2535/markt-2535-02\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/insurance/docs/markt-2535/markt-2535-02_de.pdf))

**IFRS/IAS Portal** (download unter: <http://www.ifrs-portal.com>)

**Juristische** Fakultät – Prof.Dr.Möllers – Datenbank zum deutschen und europäischen Wirtschaftsrecht – Kapitalmarktrecht – Lamfalassy-Bericht und Folgeprozesse (Bericht des Ausschusses der Weisen über die Regulierung der europäischen Wertpapiermärkte) (download unter: [www.jura.uni-augsburg.de/prof/moellers/materialien/5\\_kapitalmarktrecht/110\\_lamfalussy\\_prozess/\\_29k](http://www.jura.uni-augsburg.de/prof/moellers/materialien/5_kapitalmarktrecht/110_lamfalussy_prozess/_29k))

**KOLLER, M.:** Director General, in: *SAS Solvency II Executive Roundtable*; Brussels, 9 October 2007 (download unter: [www.sas.com](http://www.sas.com))

**MUELLER** Report: *Solvency of insurance undertakings – Conference of insurance supervisory services of the member states of the European Union* (download unter: [http://www.ceiops.eu/media/files/publications/reports/report\\_dt\\_9704.pdf](http://www.ceiops.eu/media/files/publications/reports/report_dt_9704.pdf))

**NELSON, L. / STRICKER, M. / THOFERN, J.:** *Anforderungen der Finanzaufsicht an die Versicherungswirtschaft*, AON Rück, Hamburg, 2004 (download unter: <http://www.aon.com/de/dege/pdf/solv2d.pdf>)

**Richtlinie** 79/267/EWG des Rates vom 05. März 1979 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Direktversicherung (Lebensversicherung) (<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31979L0267:DE:HTML>)

**Richtlinie** 2002/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. November 2002 über Lebensversicherung (download unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2002:345:0001:0051:DE:PDF>)

**Richtlinie** 2002/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. März 2002 zur Änderung der Richtlinie 73/239/EWG des Rates hinsichtlich der

Bestimmungen über die Solvabilitätsspanne für Schadensversicherungsunternehmen (download unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2002:077:0017:0022:DE:PDF>)

**Richtlinie** 73/239/EWG des Rates vom 24. Juli 1973 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) (download unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31973L0239:DE:HTML>)

**Richtlinie** 98/78/EG des Europaeischen Parlaments und des Rates vom 27. Oktober 1998 über die zusätzliche Beaufsichtigung der einer Versicherungsgruppe angehörenden Versicherungsunternehmen (download unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:1998:330:0001:0012:DE:PDF>)

**Richtlinie** 2005/68/EG des Europaeischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2005 über die Rückversicherung und zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG, 92/49/EWG des Rates sowie der Richtlinien 98/78/EG und 2002/83/EG (download unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2005:323:0001:0050:DE:PDF>)

**Rundschreiben** der FMA vom 12. November 2003 GZ 9 000 601/2-FMA-II/4/03 betreffend Änderungen der Solvabilitätsvorschriften des VAG (download unter: [http://fma.cms.apa.at/cms/site//attachments/0/0/5/CH0237/CMS1139480790169/15\\_rundsch9.pdf](http://fma.cms.apa.at/cms/site//attachments/0/0/5/CH0237/CMS1139480790169/15_rundsch9.pdf))

**Rundschreiben** der BaFin 2/2006 - Hinweise zur Berechnung der bereinigten Solvabilität und zum Nachweis gemäß § 19 Solvabilitätsbereinigungs-Verordnung (SolBerV) (download unter: [http://www.bafin.de/cln\\_011/nn\\_722754/SharedDocs/Downloads/DE/Service/Rundschreiben/Anlagen/rs\\_\\_0602\\_\\_va\\_\\_gesamt,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/rs\\_0602\\_va\\_gesamt.pdf](http://www.bafin.de/cln_011/nn_722754/SharedDocs/Downloads/DE/Service/Rundschreiben/Anlagen/rs__0602__va__gesamt,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/rs_0602_va_gesamt.pdf))

**Solvency II – Grundlagen** (download unter: <http://www.fma.gv.at/cms/solvency2/DE/einzel.html?channel=CH0422>)

**Stellungnahme** des BMF zu dem Dokument der EU-Kommission MARKT/2539/03 vom 19. September 2003 (download unter: [http://ec.europa.eu/internal\\_market/insurance/docs/markt-2539-03/comments/member\\_states/de-comments-2539-03\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/insurance/docs/markt-2539-03/comments/member_states/de-comments-2539-03_de.pdf))

**VAN HULLE**, K.: Head of Unit, Insurance and Pensions, DG Markt, European Commission, in: *Solvency II – SAS Executive Roundtable*; Brussels, 9 October 2007 (download unter: [http://www.sas.com/offices/europe/denmark/pdf/20071009\\_SAS\\_Solvency\\_II\\_ER\\_Karel\\_Van\\_Hulle.pdf](http://www.sas.com/offices/europe/denmark/pdf/20071009_SAS_Solvency_II_ER_Karel_Van_Hulle.pdf))

**Verordnung** (EG) Nr.1606/2002 des Europaeischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards (download unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2002:243:0001:0004:DE:PDF>)

**Versicherungsverband** Österreich (download unter: <http://www.vvo.at/>)

**Wikipedia** (download unter: [www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de))

## 10. Anhang A

<b>Tabelle 1:</b> Musterkonzernabschluss: Konzernbilanz für das Geschäftsjahr 2006 .....	110
--	-----

<b>Tabelle 2:</b> Musterkonzernabschluss: Konzern-Gewinn-Und-Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2006 (Umsatzkostenverfahren) .....	112
---	-----

<b>Tabelle 3:</b> Musterkonzernabschluss: Konzern-Gewinn-Und-Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2006 (Gesamtkostenverfahren) .....	113
---	-----

<b>Tabelle 4:</b> Musterkonzernabschluss: Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2006 .....	114
--	-----

<b>Tabelle 5:</b> Musterkonzernabschluss: Veränderung des Konzerneigenkapitals in Form eines Eigenkapitalspiegels .....	115
---	-----

**Tabelle 1:** Musterkonzernabschluss: Konzernbilanz für das Geschäftsjahr 2006

<b>AKTIVA</b>	Anhang	<u>31.12.06</u>	<u>31.12.05</u>
		€	€
<b>Langfristige Vermögenswerte</b>			
Geschäfts- oder Firmenwert	1		
Immaterielle Vermögenswerte	2		
Sachanlagen	3		
Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	4		
At-Equity bewertete Beteiligungen	5		
Wertpapiere	7		
Sonstige Vermögenswerte			
Latente Steueransprüche	8		
<hr/> <i>Summe langfristige Vermögenswerte</i>			
 <b>Kurzfristige Vermögenswerte</b>			
Vorratsvermögen	9		
Forderungen aus Lieferung u. Leistung	6		
Wertpapiere	7		
Laufende Ertragsteueransprüche	10		
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	11		
Sonstige Vermögenswerte			
<hr/> <i>Zwischensumme kurzfristige Vermögenswerte</i>			
 <i>Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen</i>			
<hr/> <i>Summe kurzfristige Vermögenswerte</i>			
 <b>Bilanzsumme</b>		<hr/>	<hr/>

**Quelle:** [www.ifrs-portal.com](http://www.ifrs-portal.com)

Tabelle 1: Fortsetzung

<b>PASSIVA</b>	Anhang	<b>31.12.06</b>	<b>31.12.05</b>
<b>Eigenkapital</b>			
<b>Den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zurechenbarer Anteil am Eigenkapital</b>			
Gezeichnetes Kapital	14		
andere Rücklagen	15 ff		
Gewinnrücklagen	19		
Direkt im Eigenkapital erfasste Erträge oder Aufwendungen in Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen sowie aufgegebenen Geschäftsbereichen			
<b>Eigene Anteile</b>	20		
<b>Minderheitsanteile</b>			
<i>Summe Eigenkapital</i>			
<b>Schulden</b>			
<b>Langfristige Schulden</b>			
Rückstellungen	21		
Finanzverbindlichkeiten	22,23		
Abgegrenzte Zuwendungen der Öffentlichen Hand	25		
Sonstige Verbindlichkeiten	26		
Latente Steuerverbindlichkeiten	8		
<i>Summe langfristige Schulden</i>			
<b>Kurzfristige Schulden</b>			
Rückstellungen	21		
Laufende Ertragsteuerverbindlichkeiten	10		
Finanzverbindlichkeiten	22		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	24		
Sonstige Verbindlichkeiten	26		
<i>Zwischensumme kurzfristige Schulden</i>			
Schulden in direktem in Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten	27		
<i>Summe kurzfristige Schulden</i>			
<b>Summe Schulden</b>			
<b>Bilanzsumme</b>			



**Tabelle 2:** Musterkonzernabschluss: Konzern-Gewinn-Und-Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2006 (Umsatzkostenverfahren)

	Anhang Nr.	2006 €	2005 €
<b>Fortzuführende Geschäftsbereiche</b>			
Umsatzerlöse	28		
Umsatzkosten			
<b>Bruttoergebnis</b>			
Sonstige betriebliche Erträge			
Vertriebskosten			
Verwaltungsaufwendungen			
Sonstige betriebliche Aufwendungen			
Anteile am Ergebnis assoziierter Unternehmen			
Restrukturierungsaufwendungen	29		
<b>Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit</b>	30		
Erträge aus Kapitalanlagen	31		
Finanzierungskosten	32		
Ergebnis vor Steuern			
Ertragsteuern	33		
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen			
<b>Einzustellende Geschäftsbereiche</b>			
Ergebnis aus einzustellenden Geschäftsbereichen	14		
<b>Jahresüberschuss</b>			
davon: den Anteilseignern des Mutterunternehmens zustehend auf Minderheiten entfallend			
<b>Ergebnis pro Aktie</b>			
Aus fortzuführenden Geschäftsbereichen			
unverwässert	34		
verwässert	34		
Aus fortzuführenden und einzustellenden Geschäftsbereichen			
unverwässert	34		
verwässert	34		

Quelle: [www.ifrs-portal.com](http://www.ifrs-portal.com)

**Tabelle 3:** Musterkonzernabschluss: Konzern-Gewinn-Und-Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2006 (Gesamtkostenverfahren)

	Anhang	<u>31.12.06</u>	<u>31.12.05</u>
		€	€
<b>Fortzuführende Geschäftsbereiche</b>			
Umsatzerlöse	28		
Sonstige betriebliche Erträge			
Bestandsveränderungen			
Materialaufwand			
Personalaufwand	35 36		
Abschreibungen			
Sonstige betriebliche Aufwendungen			
Anteile am Ergebnis assoziierter Unternehmen			
Restrukturierungsaufwendungen	29		
<b>Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit</b>	<b>30</b>		
Erträge aus Kapitalanlagen	31		
Finanzierungskosten	32		
Ergebnis vor Steuern			
Ertragsteuern	33		
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen			
<b>Einzustellende Geschäftsbereiche</b>			
Ergebnis aus einzustellenden Geschäftsbereichen	14		
Ergebnis vor Minderheitsanteilen			
Ergebnisanteil Minderheiten			
<b>Jahresüberschuss</b>			
davon: den Anteilseignern des Mutterunternehmens zustehend auf Minderheiten entfallend			
<b>Ergebnis pro Aktie</b>			
Aus fortzuführenden Geschäftsbereichen			
unverwässert	34		
verwässert	34		
Aus fortzuführenden und einzustellenden Geschäftsbereichen			
unverwässert	34		
verwässert	34		

Quelle: www.ifrs-portal.com

**Tabelle 4:** Musterkonzernabschluss: Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2006

	Anhang Nr.	2006 TEUR	2005 TEUR
Aus laufender Geschäftstätigkeit erwirtschaftete Zahlungsmittel			
Gezahlte Ertragssteuern			
Gezahlte Zinsen			
<b>Netto Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	13		
<b>Investitionstätigkeit</b>			
Erhaltene Zinsen			
Dividenden assoziierter Unternehmen			
Dividenden aus zu Handelszwecken gehaltener Finanzinvestitionen			
Erlöse aus Abgang von zu Handelszwecken gehaltener Finanzinvestitionen			
Erlöse aus Abgang von zur Veräußerung verfügbarer Finanzinstrumente			
Erlöse aus dem Abgang von TU	38		
Erlöse aus dem Abgang von Sachanlagen			
Erwerb von Sachanlagen			
Erwerb von Anteilen assoziierter Unternehmen			
Erwerb von zu Handelszwecken gehaltener Finanzinvestitionen			
Erwerb von Patenten und Warenzeichen			
Investition in Produktentwicklung			
Erwerb von Tochterunternehmen	39		
<b>Cash Flow aus Investitionstätigkeit</b>			
<b>Finanzierungstätigkeit</b>			
Gezahlte Dividenden	40		
Rückzahlung langfristiger Verbindlichkeiten			
Einzahlungen aus der Ausgabe eigener Eigenkapitalinstrumente			
Einzahlungen aus der Ausgabe von Anleihen			
Rückzahlung von Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing			
Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen			
Aufnahmen neuer Darlehen			
Zu-, Abnahme Kontokorrentkredite			
<b>Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit</b>			
<b>Nettozu-, Abnahme des Finanzmittelbestandes</b>			
<b>Finanzmittelbestand am Anfang der Periode</b>			
Auswirkungen von Wechselkursänderungen			
<b>Finanzmittelbestand am Ende der Periode</b>			

Quelle: www.ifrs-portal.com

**Tabelle 5:** Musterkonzernabschluss: Veränderung des Konzerneigenkapitals in Form eines Eigenkapitalspiegels

in Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklagen	Gewinn- rücklagen	übriges Eigen- kapital	Eigene Anteile	Anteile anderer Gesell- schafter	Gesamt
<b>Stand 31.12.2004</b>							
Erwerb von eigenen Anteilen							
Dividendenzahlungen							
Währungsveränderungen							
Finanzinstrumente							
Versicherungsmathe- matische Veränderung aus Pensionszusagen							
Latente Steuern auf direkt im Eigenkapital erfasste Transaktionen							
Jahresüberschuss 2005							
<b>Stand 31.12.2005</b>							
Erwerb von eigenen Anteilen							
Dividendenzahlungen							
Währungsveränderungen							
Finanzinstrumente							
Versicherungsmathe- matische Veränderung aus Pensionszusagen							
Latente Steuern auf direkt im Eigenkapital erfasste Transaktionen							
Jahresüberschuss 2006							
übrige Veränderungen							
<b>Stand 31.12.2006</b>							

Das übrige Eigenkapital beinhaltet die Unterschiede aus Währungsumrechnung, die Marktbewertung der Wertpapiere, Derivate Finanzinstrumente und Pensionszusagen.

## 2. Veränderung des Konzerneigenkapitals in Form einer Gesamteinkommensrechnung

	Anhang	31.12.06 TEUR	31.12.05 TEUR
Erhöhung (Verminderung) des Wertansatzes aus Neubewertung von Grundstücken und Gebäuden			
Erhöhung (Verminderung) des Wertansatzes aus der Neubewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten			
Erhöhung (Verminderung) des Wertansatzes von Cashflow-Heges			

**Tabelle 5:** Fortsetzung

Währungsumrechnungsdifferenzen  
wirtschaftlich selbständiger Teileinheiten

Versicherungsmathematische Anpassung  
von Pensionsplänen

Steuern aus Neubewertung von  
Vermögenswerten

**Summe der direkt im Eigenkapital  
erfassten Wertänderungen**

**Umbuchungen:**

Umbuchung in GuV durch Verkauf von  
zur Veräußerung verfügbarer  
Finanzinstrumente

Umbuchung in GuV durch Cashflow-  
Hedges

Umbuchung zum Anfangsbuchwert des  
abgesicherten Bestandteils eines  
CashFlow-Hedges

Steuern auf umgebuchte Posten aus dem  
Eigenkapital

**Periodengewinn**

**Summe der erfassten Erträge und  
Aufwendungen der Periode**

davon: den Anteilseignern des Konzerns  
zustehend  
auf Minderheiten entfallend

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**Quelle:** [www.ifrs-portal.com](http://www.ifrs-portal.com)

## **11. Anhang B**

**A) Zusammenfassung .....118**

**B) Curriculum Vitae .....120**

## A) Zusammenfassung

In dieser Diplomarbeit wurden vergangene und derzeitige gesetzliche Bestimmungen im Bereich der Lebensversicherung dargestellt. Dabei wurde der österreichische und der deutsche Versicherungsmarkt in Betracht genommen.

Im Mittelpunkt der Arbeit steht jedoch das kommende Projekt „Solvency II“, das momentan die entscheidende Rolle in der versicherungswirtschaftlichen Szene spielt.

Dieses Projekt ist als ein Drei-Säulen-System konstruiert und stellt sowohl den Versicherungsunternehmen als auch den Aufsichtsbehörden eine Herausforderung dar.

Die erste Säule beschäftigt sich mit den Regelungen zur Bestimmung der Finanzausstattung der Versicherungsunternehmen. Dabei wird eine wichtige Rolle den quantitativen Anforderungen hinsichtlich der Dotierung versicherungstechnischer Rückstellungen, der Vermögensanlage und der Solvabilitätsspanne zugeteilt.

Da das Risiko-Management eigentlich als Geschäft der Lebensversicherer anzusehen ist, haben die Experten versucht, eine bestmögliche Lösung für die Regulierung der internen Modelle und Prozesse des Risikomanagements zu finden. Neben diesen Vorschriften, bestimmt die zweite Säule auch die genaue Risikokontrolle durch die Aufsichtsbehörde. Damit werden Versicherungsunternehmen aufgefordert, die Eigenkapitalunterlegung ihrer Produktpalette streng unter Risikoaspekten vorzunehmen.

Die dritte Säule klärt die Vorschriften und Anforderungen an die Publizitätspflicht der Versicherungsunternehmen. Darunter zählen vor allem Marktdisziplin, Transparenz und Veröffentlichungspflichten.

Die europäischen Versicherer glauben, nach der Durchsetzung der EU-Richtlinie Solvency II, mit einem gut diversifizierten Portfeuille und einem guten Risikomanagement, zukünftig weniger Eigenkapital vorhalten zu müssen.

Außerdem werden Konsumenten in Zukunft mit einem besseren Schutz gegen Konkurse der Versicherungsunternehmen rechnen können.



## B) Curriculum Vitae

### Persönliche Daten

Name:	Nikolic Marija
Wohnort:	Taborstraße 67/4, 1020 Wien
Geburtsdatum:	24.10.1983
Geburtsort:	Doboj, Bosnien-Herzegowina
Staatsbürgerschaft:	Bosnien-Herzegowina

---

### Schulbildung

Von...bis...	Feb. 2007 - Juli 2007 Università Cattolica del Sacro Cuore, Mailand
Seit	2002 Universität Wien, Studiengang: Internationale Betriebswirtschaftslehre
Von...bis...	1998 - 2002 Gymnasium
Von...bis...	1994 - 1998 Hauptschule
Von...bis...	1990 - 1994 Volksschule

---

### Berufserfahrung

Von...bis...	Aug. - Okt. 2007 MN-Flex, d.o.o, Doboj, B&H Unterschützung in der internationalen Abteilung
Von...bis...	Dez. 2005 - Dez. 2006 Volksbank Wien, Filiale Schottentor Allgemeine Korrespondenz, Diverse Verwaltungstätigkeiten
Von...bis...	Juli - Sept. 2005 MN-Flex, d.o.o, Doboj, B&H Unterschützung in der internationalen Abteilung

---

### Weitere Kenntnisse

Sprachen:	Serbisch (Muttersprache)/Kroatisch/Bosnisch, Deutsch, Englisch, Italienisch
EDV:	Windows 95/98/NT/2000,XP, Office 97/2000, Internet, Maschinenschreiben
Sonstiges:	Führerschein B

---

Wien, am 16.04.2008